

Arbeiter

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 20 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Zeit“ 10 Pf.
 Postabonnement: 1,10 Mk. pro Monat, eingetragene in die Post-Bestellungsliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengröße und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Landwirtschaftliche Betriebe.

I.

Der antikonkurrenzistische Bauernschädel, den vor genau zwanzig Jahren der allerbeste Schäffle als Argument gegen den Sozialismus in die nationalökonomische Literatur einführte, bildet heute noch ein Trostmittel für alle die, die an der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung tatächlich oder in falschem Wahn interessiert sind. Als der Verfasser der „Quintessenz des Sozialismus“ dieses Blüchlein in Vergessenheit bringen wollte und deshalb daranging, die „Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ dem Spießbürger zu beweisen, waren eben die Zahlen der Berufszählung vom Jahre 1882 bekannt geworden. Sie lehrten, daß auf je 1000 Erwerbstätige im Deutschen Reich 434 in der Land- und Forstwirtschaft, 337 in der Industrie und im Bergbau und 83 im Handel Tätige kamen, daß somit in der Land- und Forstwirtschaft mehr Erwerbstätige festgestellt wurden als in Industrie, Bergbau und Handel. Auch heute sucht der Verteidiger des kapitalistischen Ausbeutungssystems Trost in den Ergebnissen der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik. Ob ein Schäffle heute noch in dem Bauernschädel die Garantie für die Herrschaft des Privateigentums sehen würde, glauben wir bezweifeln zu dürfen. Schon die Ergebnisse des großen Zählwerkes 1895 zeigten, daß das Deutsche Reich ein Industriestaat geworden war. Von den Resultaten der vorletzten Berufszählung ausgehend, schrieb der Leiter des deutschen statistischen Amtes van der Vorholt: „Seitdem (seit 1882) haben also in der wirtschaftlichen Arbeit des Volkes die nicht landwirtschaftlichen Berufe an Bedeutung zugenommen. Handel und Verkehr umfassen in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika einen größeren, in allen anderen Kulturländern einen kleineren Prozentsatz als im Reich, und die absolute Zahl der in diesen Berufen erwerbstätigen Personen ist nur in den Vereinigten Staaten größer, dagegen schon in Großbritannien — wenn auch nicht erheblich — kleiner.“ Heute würde auch Herr van der Vorholt kaum mehr fortzufahren wagen: „daß die deutsche Volkswirtschaft sich auf landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeit in gleichem Maße stützt, eine einseitige Entwicklung also zu vermeiden gewußt hat.“

Das kaiserliche statistische Amt kann zwar in den Gang unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht bestimmend eingreifen, der Entfaltung der industriellen Kräfte keinen Hemmschuh anlegen und die Bedeutung des Deutschen Reichs als eines Agrarstaates nicht stützen; was es aber tun konnte, geschah, indem man sorgsam bemüht war, die Bedeutung des landwirtschaftlichen Interessentenkreises in den Ergebnissen der Berufszählung möglichst groß, größer erscheinen zu lassen, als sie tatsächlich war. Die agrarische Beeinflussung der Verwaltung des Reichs macht nicht einmal Halt vor der Statistik.

Die tendenziöse Fragestellung des Landwirtschaftsbogens der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 wird besonders klar gestellt durch die mit dem Datum des 5. Juni 1907 herausgegebene Sondernummer der „Statistischen Korrespondenz“ (Berlag des königlichen statistischen Landesamtes in Berlin. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. E. Wendt, bekanntlich der oberste statistische Beamte in Preußen).

In dem Kommentar zur Landwirtschafts-Parte heißt es:

„8. Land- und Forstwirtschaftsarten sind überall da auszuheben, wo eine Bodenfläche, wenn auch von kleinstem Umfange, landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich bewirtschaftet wird; nur Biergärten, auch solche, in denen nebenher ein unbedeutender Anbau von Nutzpflanzen stattfindet, sind hiervon ausgenommen. Ob eine Landwirtschaftsart auszufüllen ist, hängt nicht von der Größe der bewirtschafteten Fläche ab, auch nicht davon, ob der Ertrag in der eigenen Haushaltung verbraucht oder ob er verkauft wird, ebensowenig davon, ob das bewirtschaftete Land Eigentum, Pachtung oder sonst dem Bewirtschafteter überwiesenes Land ist, auch nicht davon, ob die bewirtschaftete Fläche zur Grundsteuer veranlagt ist, oder ob der Betrieb beitragspflichtig für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft ist. Der Umstand allein, daß eine Fläche landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstwirtschaftlich benutzt wird, ist entscheidend für die Anstellung einer Landwirtschaftsart. In gewissen Grenzfällen bei sehr kleinen Flächen, wo man Zweifel darüber haben kann, wird nach der Sachlage zu urteilen sein: ist der Anbau von Nutzpflanzen für die betreffende Haushaltung von einer gewissen wirtschaftlichen Bedeutung, so wird ein Landwirtschaftsbetrieb zu zählen sein, andernfalls nicht. Wer die Gartenwirtschaft nur zum Vergnügen betreibt und sich das Pfund selbstgezeugenen Spargels 5 R. kosten läßt, braucht für seinen Garten keine Landwirtschaftsart auszufüllen; die Haushaltung kleiner Leute dagegen, die auf wenigem Acker Land einen Teil ihres Kartoffelbedarfs baut und dergleichen, hat einen Landwirtschaftsbetrieb. — Auch für das Deputatland von landwirtschaftlichen Tagelöhnern ist eine Landwirtschaftsart auszufüllen. Das Deputatland ist aber von dem des Gutbesitzers usw. abzuheben (nicht doppelt anzurechnen).“

Die „Neue Zeit“ kommentierte diese Anweisung der obersten statistischen Stelle Preußens scharf in ihrer Nummer vom 6. Juli 1907:

„Die Tendenz, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe möglichst groß erscheinen zu lassen, kommt hier mit einer — Ungenauigkeit zum Ausdruck,

die den extremsten Gegensatz zu der Diplomatie bildet. Man beachtete durch die Tendenzstatistik die Zahl der selbständigen Landwirte sehr groß erscheinen zu lassen und damit den Glauben zu erwecken, daß die Industrialisierung Deutschlands sich verlangsamt und die agrarische Politik ihre wirtschaftliche Berechtigung habe. Man kann nicht früh genug zur größten Vorsicht bei der Benützung der Landwirtschaftsstatistik mahnen.“

Die sozialistische Kritik hatte schon früher eingesetzt, indem sie über die Fragebogen schon vor der Erhebung richtig urteilte:

„... die Land- und Forstwirtschaftsart (ist) direkt von der Absicht diktiert, den Umfang des landwirtschaftlichen Besitzes nicht erkennen zu lassen, den Personenkreis möglichst groß erscheinen zu lassen, womit im Sinne der Agrarier leicht zu erkennende Tendenzstatistik getrieben werden und den Verteidigern der These von der Vermehrung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs und des Rückwärtsfindens einer Akkumulation in der Landwirtschaft Material geliefert werden soll. Diese Absichten gehen aus der Anleitung zur Beantwortung der Fragen in der Land- und Forstwirtschaftsart klar hervor. So sollen über Fläche und Besitzverhältnis die Angaben von demjenigen gemacht werden, der die Bodenfläche bewirtschaftet und den Ertrag gewinnt, bei „verpachteten Grundstücken vom Pächter, nicht vom Eigentümer“, bei „Grundstücken, die auf Halbpacht oder gegen einen anderen Ertragsanteil vergeben sind, vom Anteilpächter (Teilbauer), nicht vom Eigentümer“, „Grundstücke, die als Teil des Lohnes an Tagelöhner, Arbeiter usw. ausgegeben und von diesen selbst bewirtschaftet werden (sogenanntes Deputatland, zum Beispiel Kartoffelfeld, Weinland) vom Tagelöhner usw., nicht vom Dienstherrn oder Arbeitgeber; Deputatland, welches vom Dienstherrn zwar bestellt wird, dessen Ertrag aber dem Deputatisten (Tagelöhner oder Arbeiter) zukommt, ist von der Betriebsfläche des Dienstherrn auszuschneiden und bei der Haushaltung des Deputatisten (Tagelöhners oder Arbeiters) anzugeben.“

Auch sonst liegen sich aus der Land- und Forstwirtschaftsart für das Königreich Preußen Stellen zitiert, welche des größten Beifalls des Bundes der Landwirte sicher sind. Man wird jedenfalls gut tun, bei Benützung der agrarischen Ergebnisse den Inhalt des Fragebogens und der amtlichen Anleitung zur Beantwortung der Fragen im Auge zu behalten.“

Nun, wo die vorläufigen Ergebnisse der preussischen Landwirtschaftsstatistik vorliegen, muß auf die sozialistische Kritik der Erhebung dieser Zahlen hingewiesen werden. Zum Glück gibt es auch Möglichkeiten der Kritik und der Korrektur tendenziöser Statistik. Die Agrarier selbst und die mit ihnen verbündeten Pastoren und Bureaukraten klagen und jammern ja ohne Unterlaß über die Entvölkerung des Landes, über den steigenden Mangel an ländlichen Arbeitskräften, was man schon seit Längerem so schön die „ländliche Arbeitsfrage“ nennt. Immer wieder denkt man, wie schon Riquel, der Liebling der Agrarier, an die Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen im Interesse der landwirtschaftlichen Besitzer. Die staatlichen Maßnahmen gegen die Landflucht ist eines der Probleme, das dem Bund der Landwirte besonders beschäftigt. Die Tatsache der Entvölkerung der durch das Vorherrschen der Landwirtschaft charakterisierten Gebiete im Deutschen Reich beweist trotz aller tendenziösen Statistik das Zurücktreten der agrarischen, das Vorwärtstreiben der industriellen Wirtschaftsfaktoren in deutschen Wirtschaftsgebieten. Dr. Walter Claasen, ein ehemaliger Sozialdemokrat, kein agrarischer Reformator der Sozialdemokratie, sondern wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Bureau des Bundes der Landwirte, lag in dem im Jahre 1908 erschienenen Buch „Die deutsche Landwirtschaft“: „Sechs Millionen Menschen, Nachkommen derer, die 1879 im ostelbischen Lande lebten, haben die Heimat verlassen. Fast zweimal soviel Menschen sind im übrigen Deutschland denselben Weg in die Städte gegangen, den Weg der Revolution. ... Die Landwirtschaft verschlechtert sich beständig, da ihr die entzogenen Kräfte — und es sind die besten — fast nie zurückerstattet werden. Und an einer anderen Stelle seines Buches jammert der frühere Sozialdemokrat:

„Von 1850 an und besonders seit 1870 beginnt der Massenübergang zur Industrie und gleichzeitig auch der mächtig anwachsende Andrang der gebildeten Klassen nach den Städten. In Ostelbien verminderte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 7 1/2 Millionen im Jahre 1849 auf etwa 6 Millionen im Jahre 1905, während die gewerbliche Bevölkerung fast aufs Doppelte wuchs. Die Landwirtschaft, die 1849 noch drei Viertel der ostelbischen Bevölkerung ernährte, ernährte 1905 nicht mehr drei Fünftel. Von den Nachkommen der Kossäten und Tagelöhner, die 1849 noch fast alle auf dem Lande lebten, ist die Hälfte in die Städte gewandert. Von den Einwohnern des Deutschen Reichs wurden 1849 wahrscheinlich noch mehr Prozente durch die Landwirtschaft ernährt, als in Ostelbien allein, also mehr als 75, 1870 immer noch an 65, 1882 waren es noch 42,5, 1895 35,8 und heute sind es sogar schon unter 30 Proz.“

Bei der Kunst, Statistik zu frisieren, die Dr. Claasen wohl im wissenschaftlichen Bureau des Bundes der Landwirte erlernt hat, kommt er übrigens ohne jede Begründung und Erklärung zu dem lustigen Satze: „Immerhin stehen heute noch etwa 52 Proz. aller deutschen Familien mit der Landwirtschaft durch die Tätigkeit ihres Oberhauptes in irgendwelcher Verbindung, worunter allerdings auch wohl die Berliner Laubenzönlis usw. mit inbegriffen sind.“ Und nach diesem Satze, der fast wie Selbstironie klingt, heißt es weiter: „In Orten mit weniger als 2000 Einwohnern lebten Ende 1905 42,6 Proz. des deutschen Volkes. Von diesen gehörte etwa ein Viertel nicht mehr dem landwirtschaftlichen

als ihrem Hauptberufe an. Von dem gesamten preussischen Nationaleinkommen flossen um 1800 drei Viertel, heute nur kaum ein Fünftel aus der Landwirtschaft.“ Das klingt doch ganz anders, als der von dem gegenwärtigen Chef der amtlichen Statistik des Deutschen Reichs niedergeschriebene Satz: „... die deutsche Volkswirtschaft stützt sich in gleichem Maße auf landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeit, eine einseitige Entwicklung hat sie also zu vermeiden gewußt.“ Bei dieser Zurechnung offenkundiger wirtschaftlicher Tatsachen zur Freude der Agrarier muß die deutsche Landwirtschaftsstatistik, die unter Führung des Herrn van der Vorholt in Angriff genommen und ausgeführt wurde, das schärfste Mißtrauen herausfordern. Für die van der Vorholt, Wendt und anderen maßgebenden geheimen und sonstigen Räte in der amtlichen Statistik sind die Berufs- und Betriebszählungen Verwaltungsstatistik im schlechten Sinne des Wortes. Sie sollen, soweit das irgend möglich ist, erweisen, daß die agrarische Politik im Reich und in Preußen nicht im Widerspruch mit den Ergebnissen der wirtschaftlichen Bestandaufnahme steht. Und doch wäre eine objektive Feststellung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und Tatsachen in der deutschen Landwirtschaft ein dauernder Gewinn für Wissenschaft und Leben, für Theorie und Politik.

Der Poststreik.

Die streikenden Beamten haben der Regierung den Beweis geliefert, daß ihr Nachbündel ein schlechter Berater war. Ihre Hoffnung, die Streikenden durch Militär ersetzen zu können, hat sich als eitel erwiesen und vor Vernichtung ihres Koalitionsrechtes schützt die Beamten die Solidarität der Arbeiter, für die jede Antastung des Koalitionsrechtes den Kriegsfall bedeuten würde. So hat das Komitee des Syndikats der französischen Eisenbahnen beschlossen, unerbittlich Maßnahmen zu ergreifen, um mit den in Betracht kommenden Gruppen Beratungen zu pflegen für den Fall, daß die Regierung versuchen sollte, den Ausständigen gegenüber Zwangsmahregeln anzuwenden.

Deshalb mußte die Regierung versuchen einzulenken. Clemenceau und Barthou empfingen eine Deputation der Streikenden und erklärten ihnen, daß sie zwar über die Demission des Hauptschuldigen, des Postministers Simhan nicht verhandeln wollten, daß aber wegen des Streiks keine Entlassungen stattfinden werden, falls bis Dienstag die Arbeit aufgenommen werde. Außerdem aber erschien bereits eine offizielle Überlegung, daß die von Simhan zuungunsten der Streikenden abgeänderten Abkommensbedingungen in einer den Forderungen der Beamten entsprechenden Weise ändere. Die Streikenden haben damit bereits zur Hälfte gesiegt.

Angeht diese Sachlage empfahl das Streikkomitee die Wiederaufnahme der Arbeit. Gestern stattgefundenen Streikversammlungen haben aber dieses Verlangen abgelehnt, solange Simhan nicht demissioniert habe. Deshalb fand heute eine neue Versammlung statt, die von ungefähr 6000 Beamten besucht war. Unter kühnen Beifallsbedingungen wurde die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Es wurden 12 Delegierte ernannt, welche beauftragt wurden, sich zum Rabinettchef und Minister der öffentlichen Arbeiten zu begeben, um von diesem den Rücktritt des Unterstaatssekretärs Simhan, sowie das schriftliche Versprechen zu verlangen, daß keine Amtsentscheidung gegen Ausständige verfügt werde. Hieraus löste sich die Versammlung auf. Um 3 Uhr sollten die Delegierten in einer neuen Versammlung über das Ergebnis der Schritte bei Clemenceau Rechenschaft ablegen. Auch die Unterbeamten, welche die Wiederaufnahme der Arbeit für heute beschlossen hatten, hielten eine Versammlung ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, den Zustand weiter fortzusetzen. Es wurden Delegierte ernannt, die sich zu Clemenceau begeben sollten, um ihm zu erklären, daß der Zustand einen rein persönlichen Charakter trage. Clemenceau und Barthou erklärten den 12 Delegierten gegenüber, daß sie unter keinen Umständen die Frage des Rücktritts des Unterstaatssekretärs Simhan diskutieren wollten. Clemenceau erklärte weiter, irgendwelche Bedingungen seitens der Ausständigen nicht entgegen nehmen zu wollen, da die Regierung bereits Entgegenkommen gezeigt habe.

Unter diesen Umständen ist die Beilegung des Konfliktes wieder hinausgerückt worden. Um einen unsfähigen Beamten zu halten, wie es das verrückte Autoritätsprinzip will, fügt die republikanische Regierung dem Lande den schwersten Schaden zu und treibt die Beamten, die durchaus keine Sozialdemokraten sind, in immer größere Erbitterung hinein.

Eine Interpellation der Sozialisten.

Paris, 22. März. Kammer. Genosse Rouanet brachte heute seine bereits angeforderte Interpellation über die Ungenauigkeit der am Freitag von Barthou gemachten Angaben ein. Der Interpellant behauptet, daß die dreifache Art, nach der die Beförderung vollzogen wurde, durch keinen Erlaß abgeschafft worden sei und appellierte an alle Minister, sie möchten sich persönlich zeigen und sich nicht auf die Staatsraison berufen. Minister Barthou erwiderte, die Debatte sei abgeschlossen, er gestatte nicht, daß man an seiner am Freitag abgegebenen Erklärung, und zwar in ihrem ganzen Umfange, zweifle. Die Beamten hätten nach ihrer Besprechung mit der Regierung nicht den geringsten Zweifel gehabt, daß die dreifache Art der Beförderung abgeschafft sei. Der Staat als Arbeitgeber wolle mit dem Empfang der Abordnung den Industriellen ein gutes

Beispiel geben. Er hoffe, daß die Wiederaufnahme der Arbeit morgen allgemein sein werde, ohne daß die Regierung von ihren Rechten Gebrauch machen müßte. Gauthier de Clagny warf in einer kurzen Zwischenbemerkung der Regierung vor, den Unterstaatssekretär Simyan geopfert zu haben. Vorhau protestierte heftig und sagte, die Regierung habe es vielmehr entschieden abgelehnt, über diese Frage mit den Ausständigen zu verhandeln. Ueberdies beweise der Empfang der Abordnung keineswegs, daß die Regierung den Beamten das Streikrecht gewähre, er hoffe, daß die Kammer das Vorgehen der Regierung billigen werde. (Beifall links.) Einige Abgeordnete beantragten die einfache Tagesordnung. Diese wurde von Vorhau abgelehnt, der die Vertrauensfrage stellte. Die einfache Tagesordnung wurde mit 319 gegen 240 Stimmen verworfen, hierauf nahm die Kammer mit 344 gegen 138 Stimmen eine Tagesordnung an, deren Eingang lautet: Die Kammer vertraut auf die Regierung, billigt ihre Erklärungen und weist jeden Zusatz zurück. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

In der Provinz.

Paris, 21. März. Die Streiklage ist in Lille, Marseille und Lyon unverändert. Das Zentralkomitee der Union der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter nahm in der Arbeitsbörse eine Tagesordnung an, in welcher die Arbeiter erklären, sofort eine Propagandaaktion ins Werk setzen zu wollen, mit dem Ziele, alle Organisationen der Staatsarbeiter in die Ausständbewegung hineinzuziehen, falls die Verwaltung den Postbeamten nicht Genugtuung gewährt.

Die Balkankrise.

Es ist das Grab der militärischen Stärke Rußlands, auf dem immer wieder die Friedenshoffnung aufgepflanzt wird. Aber gerade Rußlands Schwäche hat den Balkanfragen erst ihre bedrohliche Bedeutung gegeben. Die Niederlage im japanischen Kriege hat Rußland den Weg nach dem fernen Osten verlegt und es gezwungen, die schon verlassene Richtung seiner Politik wieder aufzunehmen, deren letztes Ziel die Vorherrschaft Rußlands auf dem Balkan und die Enderlebung Konstantinopels bildet. Diese Aenderung der russischen Politik hat Oesterreich veranlaßt, zuerst durch das Projekt des Sandhaselbahnbauens, dann durch die Annexion Bosniens dem alten Rivalen zuzukommen und die eigene Stellung auf dem Balkan zu stärken. Rußland konnte dies und kann es auch heute nicht mit Gewalt hindern, denn dazu ist es zu schwach. Aber seine Diplomatie war per se genug, um durch Erregung eifriger Hoffnungen das erzregte Serbenvolk in einen Kampf hineinzutreiben, der, mag er auch für die Serben ein fürchterliches Unglück bedeuten, doch — und dies ist Rußlands Interesse — für Oesterreich eine starke finanzielle Schwächung und eine beträchtliche Vindung militärischer Machtmittel — vielleicht für längere Zeit — bedeutet. Die Serben sind so zum Kanonensutler für Rußland bestimmt und haben die Funktion, die Stärkung der Stellung Oesterreichs zu vereiteln, bis die russische Wehrmacht notdürftig reorganisiert ist.

Die Schwäche Rußlands aber hat dieses Reich auch in verstärkter diplomatischer Abhängigkeit von Frankreich und England gebracht. Der deutsch-englische Gegensatz vor allem, den die verderbliche Kolonial- und Marinepolitik erzeugt hat, hat die englische Diplomatie in den ersten Phasen des Konflikts zur Unterstützung der russischen verleitet, um in der Schwächung Oesterreichs zugleich die des verbündeten Deutschen Reiches zu erreichen. Herr Jowofski, der in Vuchlau der Annexion im voraus zugestimmt hatte, kehrte nach dem Besuch von Paris und London als der erbitterte Bekämpfer der österreichischen Politik zurück, deren Resultate er durch eine europäische Konferenz wieder zunichte zu machen hoffte.

Unterdessen aber hat das Werk der russischen Diplomatie in Belgrad seine Wirkung getan und dort eine nationale Erregung geschaffen, die es außerordentlich zweifelhaft machen muß, ob der serbischen Regierung ein Rückzug noch möglich ist. Soll dieser aber doch noch möglich sein, so nur, wenn die serbische Regierung ihrem Volke zeigen kann, daß sie sich nicht freiwillig, sondern nur gezwungen zur Umkehr entschließt. Einen solchen Zwang kann aber nur die Erklärung Rußlands darstellen, daß Serbien die österreichischen Forderungen erfüllen und abstrahieren müsse, da auf irgend eine Unterstützung Rußlands nicht mehr zu rechnen sei. Eine solche Erklärung aber bedeutete für die russische Regierung einmal den Bankrott ihrer bisherigen Politik: aus einer Bekämpferin müßte sie zu einer Erfüllerin der österreichischen Forderungen werden. Sodann müßte ein solches Vorgehen in Serbien selbst als völlige Preisgabe empfunden werden und aus den Vasallen Rußlands enttäuschte und darum immer erbittertere Gegner machen. Rußlands Stellung auf dem Balkan erfähre dadurch eine weitere Schwächung.

Aber Rußland ist zu schwach, um selbständig handeln zu können; es ist diplomatisch wie finanziell auf die Hilfe Frankreichs und Englands angewiesen. Und für Frankreich bedeuten Wirren im Orient die Gefährdung eines Milliardenbesitzes, während England zwar an der Rivalität Oesterreichs und Rußlands, die ihm die Stellung eines sich freudigen Dritten gewährt, Interesse hat, aber nicht an kriegerischen Entscheidungen, in die es nicht entscheidend eingreifen kann und die vielleicht Oesterreich für die nächste Zeit eine übertragende Stellung geben könnten.

So erklärt es sich, daß die russische Diplomatie jetzt durch die englische und französische korrigiert wird, die versuchen, Rußland zu einer gemeinsamen Aktion in Belgrad zu bewegen, die die österreichischen Forderungen erfüllt und die Abrüstung vorbereitet. In derselben Richtung bewegt sich der italienische Vorschlag, das Programm der Konferenz den Wünschen Oesterreichs gemäß so zu begrenzen, daß eine Erfüllung der serbischen Forderungen von vornherein ausgeschlossen bleibt. England hat in Wien nochmals gefragt, welche Forderungen Serbien erfüllen müsse, um wieder in normale Beziehungen zu Oesterreich zu gelangen. Oesterreich soll darauf geantwortet haben, es habe keine neuen Mitteilungen zu machen. Das würde bedeuten, daß Oesterreich durch die Schroffheit, mit der es von Serbien die Einleitung direkter Verhandlungen verlangt, die gemeinsame Aktion der Mächte überaus erschwert, ein Vorgehen, das auf das schärfste beurteilt werden müßte. Doch ist es fraglich, ob diese Meldung richtig ist. Es ist aber auch nicht das Entscheidende. Denn in Wirklichkeit existiert diese gemeinsame Aktion der Mächte vorläufig gar nicht, weil bisher die russische Regierung sich auch von jeder gemeinsamen Aktion ausgeschlossen hat. So lange aber Rußland dem Druck seiner Verbündeten nicht nachgibt — und dies ist nicht allzu wahrscheinlich — so lange bleiben die Aussichten für die Erhaltung des Friedens überaus geringe.

Eine Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten.

Wien, 22. März. Abgeordnetenhaus. Vor Uebergang zur Tagesordnung gab Ministerpräsident Freiherr v. Wienert folgende Erklärung ab: Ich halte mich für verpflichtet, dem hohen Hause im gegenwärtigen Zeitpunkt einige Mitteilungen über die auswärtige Lage nach ihrem augenblicklichen Stande zu machen. Wie ich bereits in der Vorwoche mitzuteilen in der Lage war, hat die Note, welche die serbische Regierung in Verantwortung unserer unlängst in Belgrad unternehmenen Demarche an uns gerichtet hat, unseren Erwartungen nicht entsprochen. Nach dem bisher an uns gelangten Nachrichten habe ich hinzuzufügen, daß die serbische Antwort auch seitens anderer Kabinette als unbefriedigend erachtet worden ist. Wir haben es unterlassen, auf die serbische Note sofort zu antworten, weil eine umgehende Erwiderung auf dieselbe eine weitere Verschärfung der Situation im Gefolge gehabt hätte, welche wir, soweit es von uns abhängt, vermeiden wollen. Das Ziel unserer Politik ist die Sicherung und Konsolidierung des durch die Annexionserklärung geschaffenen Zustandes. Wir hegen keine aggressiven Absichten und verfolgen keine Prestige-Politik. Serbien hat demnach demnachmalen Zeit, über seine Lage klar zu werden und uns gegenüber einzuhalten. Wir ziehen es aber auch aus dem Grunde vor, uns mit der Verantwortung der jüngsten serbischen Note nicht allzu sehr zu belasten, weil wir erfahren haben, daß andere Mächte Serbien neuerdings Ratsschläge erteilen wollen, welchen dieses diesmal hoffentlich vollkommen Rechnung tragen wird. Wenn wir aber auch, wie aus dem Gesagten hervorgeht, fortfahren, die größte Geduld an den Tag zu legen, so erfüllen wir doch andererseits nur eine Pflicht gegen uns selbst, wenn wir auf die baldige Wendigung des unhaltbaren Zustandes an unserer Grenze (lebhaft Zustimmung) mit allem Nachdruck hinarbeiten. Wir bleiben jedoch auch heute unserer bisherigen Methode treu, indem wir Serbien die Hand reichen, damit, wenn dieses zur Erkenntnis seiner Situation gelangt ist, es sie ergreifen kann. (Beifall.)

Für die Mobilisierung.

Belgrad, 22. März. In der Skupstina sprach der Ultralibale Djitsich in einer Anfrage an den Ministerpräsidenten von der Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Grenztruppen und meinte, die serbische Regierung werde diesen Vorgängen keine Aufmerksamkeit zu und treffe nicht die notwendigen Maßnahmen. Obgleich die Regierung die serbische Sache den Großmächten anvertraut habe, müsse sie doch die notwendigen militärischen Maßnahmen und die Mobilisierung anordnen, um nicht überrascht zu werden. Markowitsch (Jungradikal) verwies darauf, daß die bevorstehende Antwort der serbischen Regierung auf die Vorstellungen der Großmächte von der größten Tragweite für die Zukunft des serbischen Volkes sei, und forderte, daß die Regierung jedesmal vor Abendung der Antworten von nun ab die Meinung der Skupstina einhole.

Serbische Rüstungen.

Serajewo, 22. März. Die serbische Kriegsverwaltung hat, wie neuerdings verlautet, die Reservisten des ersten Aufgebots entlassen und die des zweiten zu einer Waffenübung einberufen. Man erblickt hierin ein Anzeichen dafür, daß die Zeit bis zu einem eventuellen Ausbruch der Feindseligkeiten benutzt werden soll, um weitere Mannschaften militärisch auszubilden und die Rüstungen zu vervollständigen.

Die Haltung Bulgariens.

Sofia, 21. März. In Besprechung des österreichisch-serbischen Konfliktes sagt die offizielle „Breme“: Die öffentliche Meinung in Bulgarien hat sich bisher mit dem Konflikt wenig befaßt, schließlich drängt sich aber die Frage auf, welche Haltung sie bei einem eventuellen Ausbruch der Feindseligkeiten einnehmen wird. Die russische Presse hat in letzter Zeit den Wunsch geäußert, Bulgarien an der Seite Serbiens zu sehen. Bulgarien könnte wohl alles Wölfe vergessen, das es von serbischer Seite erfahren hat, vielleicht auch die serbischen Missetaten in Mazedonien. Keineswegs aber kann Bulgarien seine eigenen realen Interessen aufgeben und sich den Hoff eines anderen Staates zuschreiben, bloß um unnütze Opfer zu bringen, welche die nationalen und staatlichen Interessen schädigen würden. —

Zum Verständnis der Flottendebatte.

London, 20. März. (Fig. Ver.)

Es ist zweifellos, daß die herrschenden Klassen Großbritanniens in eine gewisse Panik über die deutschen Flottenrüstungen geraten sind. Die Gründe für diese Stimmung sind wie folgt:

1. Der Engländer stellt sich Deutschland als eine große Kaserne vor, in der alle erwachsenen Männer gedrillt und kriegsbereit seien: eine Nation in Waffen, die willenlos, automatisch dem obersten Kriegsherrn gehorche. Und die leitende Diplomatie dieser Nation habe kein anderes Motiv als militärische Größe, maritime Herrschaft und wirtschaftliche Blüte.

2. Diese Nation von 60 Millionen Menschen ist in einen Gegensatz zu England geraten, das unmillitärisch und nur lose organisiert ist. Die Briten verabscheuen militärischen Zwang und lieben die bürgerliche Freiheit, die sich nur auf Kosten militärischer Schlagfertigkeit und starrer Organisation entwickeln kann.

3. Großbritannien ist eine Insel. Seine Existenz hängt von der Seeherrschaft ab. Sein Reich könne deshalb nur so lange bestehen, als seine Flotte allen Flotten seiner Nachbarstaaten überlegen ist. Der größte Teil seiner Nahrungsmittel und seiner Rohstoffe sind überseeischen Ursprungs. Sein Reich wird nur durch die Flotte in ein Ganzes verbunden. Wird Großbritannien nur auf kurze Zeit von der See ausgeschlossen, so verhungert seine Bevölkerung und sein Reich fällt auseinander.

4. Seit dem Jahre 1898 macht Deutschland Anstrengungen, eine große Seemacht zu werden. Die Landmacht genügt ihm nicht mehr. Aber bis zum Jahre 1905 waren die Aussichten Deutschlands, eine große Seemacht zu werden, nur gering, da die englische Flotte eine große Ueberlegenheit besaß. In jenem Jahre begann aber England, Schlachtschiffe vom Typ Dreadnought zu bauen, der die früheren Schiffstypen nach und nach verdrängt. Die neue Dreadnought-Ära hat es allen Reichen und technisch ausgereiften Staaten ermöglicht, im Flottenbau mit England zu rivalisieren, denn die frühere Flottenüberlegenheit ist durch den Dreadnoughttyp beseitigt worden.

5. Zuerst glaubte England, daß es trotz alledem einen großen Vorsprung in den Dreadnoughtbauten habe. Seine Regierung nahm an, Deutschland besitze noch nicht die nötigen technischen Hilfsmittel, die es ihm ermöglichen würde, mit England Schritt zu halten. Noch im Jahre 1903 gab die britische Regierung dieser Meinung öffentlichen Ausdruck. Zudem erhielt sie von der deutschen Regierung die offizielle Mitteilung, daß letztere nicht die Absicht habe, ihr Flottenprogramm zu beschleunigen. Diese Mitteilung war jedoch nicht in Form eines Versprechens gegeben.

6. Im Oktober 1903 erfuhr aber die britische Regierung auf geheimem Wege, daß Deutschland sein Flottenprogramm nicht nur beschleunige, sondern auch, daß die deutschen Reeder und die Firma Krupp alle Vorbereitungen treffen, damit so rasch als nur technisch möglich, Dreadnoughts gebaut werden könnten.

Die unter 5 und 6 angegebenen Umstände teilten der Premierminister Asquith und Marineminister Mar Kenna in den letzten Tagen dem Unterhause mit, um die Größe ihres Flottenetats zu rechtfertigen. Diese Mitteilungen haben die Panik verursacht, da aus ihnen geschlossen wurde, daß die deutsche Regierung — trotz aller Abkennungen — eine Flotte schaffe, um England die Spitze zu bieten und seine Seeherrschaft, also seine Existenz zu vermindern.

In den nächsten Tagen wird Mr. Balfour folgendes Misstrauensvotum gegen die Regierung im Unterhause begründen:

„Das Haus ist der Ansicht, daß die von der Regierung dargelegte Politik betreffend den Bau von Linienschiffen neuesten Typs nicht genügt, den Schutz des Reiches zu sichern.“

Dann wird der linksliberale Abgeordnete Madarneß den Premierminister fragen, wann die britische Regierung an die deutsche mit dem Vorschlage herantreten sei, eine Einschränkung des Flottenetats herbeizuführen.

Im ganzen Lande ist die Flottenagitation tätig, die selbstredend eine Stärkung der antideutschen Strömung zur Folge hat. Die „patriotischen“ Wogen gehen hoch, um so höher aber ist die Prinzipienfestigkeit der Arbeiterpartei anzuschlagen, die einzig und allein aus der internationalen bezüglichen proletarischen Solidarität fließt.

Reir Hardie hat in einer öffentlichen und stark besuchten Volksversammlung in Nord-London Deutschland verteidigt. Die Versammlung schloß mit einem Gruß an die deutsche Sozialdemokratie.

Die Verhandlungen mit Deutschland.

London, 22. März. Unterhaus. George Faber richtete an den Premierminister Asquith die Frage, ob er im Hinblick auf die jüngst vom deutschen Staatssekretär der Marine v. Tirpitz abgegebene Erklärung, daß der deutschen Regierung von der englischen Regierung kein Vorschlag bezüglich einer Flotten-Abrüstung gemacht worden sei, eine Erklärung darüber geben könne, was zwischen den beiden Regierungen bezüglich einer beiderseitigen Herabsetzung der Marineausgaben vorgegangen sei. Auch andere Mitglieder des Hauses, konservative wie liberale, richteten Fragen gleichen Inhalts an den Premierminister, der alle Fragen wie folgt beantwortete: Ich muß auf die Erklärung verweisen, die ich am letzten Dienstag in diesem Hause abgegeben habe, die die genauen Tatsachen darlegt, und an der ich in jeder Hinsicht festhalte. Die Angelegenheit ist im vergangenen Jahre mehr denn einmal Gegenstand nicht formellen Gedankenaustausches zwischen beiden Regierungen gewesen und zwar von unserer Seite in der Absicht, uns zu vergewissern, ob irgendwelche Vorschläge der Art, wie sie in den an mich gestellten Fragen bezeichnet werden, in Erwägung gezogen werden würden. Wir haben keinerlei Vorschläge gemacht, weil man uns zu verstehen gegeben hatte, das deutsche Flottenprogramm sei geschichtlich festgelegt und in keiner Weise von dem Großbritanniens abhängig. Soviel ich weiß, liegt ein authentischer Bericht über die Bemerkungen, die Staatssekretär v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstages gemacht haben soll, nicht vor. Doch wird, wie ich aus den deutschen Zeitungen ersehe, der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen alsbald die Gelegenheit wahrnehmen, über die Sachlage Mitteilungen zu machen. Ich zweifle nicht, daß über seine Erklärungen ein vollständiger Bericht erstattet werden wird, und ich behalte mir jeden weiteren Kommentar vor, bis wir diesen Bericht vor uns haben.

Hierauf richtete Madarneß an Asquith die Anfrage, ob zu irgendeiner Zeit, seit der britischen Regierung im Herbst vergangenen Jahres die Mitteilung zugegangen sei, daß im deutschen Flottenprogramm der Bau von vier Schiffen beschleunigt werden solle, freundschaftliche Nachfrage irgendwelcher Art an die deutsche Regierung gerichtet worden sei, um sich über Ausdehnung und Zweck dieser Beschleunigung zu vergewissern. Asquith erwiderte, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey alsbald die Gelegenheit ergreifen werde, eine Erklärung abzugeben, die diesen und andere Gegenstände umfassen werde, welche so befriedigender, als durch Frage und Antwort hergestellt werden könnten. Das Tadelvotum, das von der Opposition eingebracht werden solle, werde dem Staatssekretär die Gelegenheit geben, seine Erklärung zu machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März 1905.

Die Militärverwaltung.

Aus dem Reichstage. (22. März.) Nach der Generalausdebatte mit dem Kriegsminister verteilte sich die Debatte zum Militärretat bei den einzelnen Titeln über alle möglichen Dinge. Genosse Zubeil, ebenso wie der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer nahmen sich der Zivilmilitär an, denen durch die Militärminister eine ungeschöne Konkurrenz gemacht wird. Die Klagen darüber sind seit Jahren von der Sozialdemokratie wie von anderen Parteien im Reichstage vorgebracht worden, ohne daß bisher ein Erfolg erzielt wurde.

Dann brachte der konservative Abgeordnete Stebenbürger die agrarische Forderung vor, daß die Garnisonen möglichst in kleine Orte verlegt würden, damit die Soldaten dem Landleben nicht völlig entfremdet würden. Die Regierung würde nämlich herzlich gern auch diesen agrarischen Wunsch erfüllen. Dem steht aber das militärische Interesse viel zu stark entgegen. Wollen die Agrarier sich die verabschiedeten Soldaten als Landarbeiter in größerem Maße zurückholen, so werden sie doch wohl höhere Löhne zahlen müssen als bisher. Der volksparteiliche Abgeordnete Wieland hielt es für angebracht, zur Verherrlichung der Kriegervereine eine Pause zu halten, die als Festrede bei dem Stiftungsfest seines heimischen Vereins in Göttingen sich sehr gut ausnehmen wird, die im Reichstage aber nur Heiterkeit erweckte und mit allseitigen ironischen Dravos begleitet wurde.

Schließlich brachte Genosse Zubeil noch das unglückliche Schicksal eines Soldaten zur Sprache, der im Winter über in Untersuchungshaft gehalten wurde und vergebens es zu erreichen gesucht hatte, daß seine Zelle ausreichend geheizt würde. Infolge der fürchterlichen Kälte hat er den Gebrauch seiner Gliedmaßen verloren. Er ist völlig arbeitsunfähig geworden. Die Militärverwaltung weigert sich aber, ihn, trotzdem er eine Familie zu ernähren hat, über seine Pension von 3 M. monatlich hinaus eine Unterstützung zukommen zu lassen. Auf diese kompromittierende Feststellung hin schwieg die Militärverwaltung.

Morgen Fortsetzung des Militärretats. —

Abgeordnetenhaus.

Am Montag setzte das Abgeordnetenhaus die Beratung des Etats der Eisenbahnerverwaltung fort. Zunächst streiften verschiedene Redner, namentlich Redner des Zentrums, nochmals die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter. So regte Abg. v. Sabigny (S.) die Einstellung eines neuen Fonds zur Bewilligung höherer Pensionen für Eisenbahnarbeiter an. Abg. König (S.) wünschte gleichfalls eine Erhöhung der Pensionsbezüge und eine Erweiterung des Erholungsurlaubes für die Bahnarbeiter, und Abg. Schöder (natl.) nahm sich besonders der Güttnerarbeiter an. Dieselben Herren, die am Sonnabend dem Oberscharfmacher Freiherrn v. Jellity und dem Minister v. Breitenbach genügt genug jubelten konnten, als diese beiden „Sozialpolitiker“ in ihrem Genossen Leinert ob seines Eintretens für die Staatsarbeiter abkanzeln zu können glaubten, wagten es jetzt, sich als Befürworter von Arbeiterwünschen aufzuspielen. Dies Manöver ist nur allzu durchsichtig, es wird den Herren auch nichts nützen, da die Eisenbahnarbeiter Unterscheidungsvermögen genug besitzen, um zu erkennen, wo ihre wahren Vertreter im Parlament sitzen. Daß nach Ansicht des Ministers alles in schönster Ordnung ist und daß die Eisenbahner eigentlich die am besten entlohnten und am besten behandelten Arbeiter sind, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

In der weiteren Debatte kamen die Vertreter lokaler Interessen zur Sprache. Zahlreiche Redner wünschten Zugverbindungen für ihren Wahlkreis, Umbauten oder Erweiterung von Bahnhöfen und dergleichen. All das, was sie während des Wahlkampfes den Wählern, denen große politische Gesichtspunkte allgemeiner Natur fehlten, versprochen hatten, brachten sie nun vor. Der einzige Zweck, den sie damit erzielten, war der, daß das Haus sich unheimlich schnell leerte und daß bald auch auf den Tribünen der letzte Zuhörer in festen Schlaf versank.

Morgen: Fortsetzung und kleinere Vorlagen.

Das Uebereinkommen mit England.

Die Budgetkommission hat heute so etwas wie Mannhaftigkeit gezeigt. Sie hat den Antrag unseres Genossen Singer angenommen, die Beratung über die Flottenneubauten vorzuschoben und statt dessen den Etat „Reichskanzler und Reichskasse“ auf die Tagesordnung gesetzt. Fürst Bülow hat eben durch sein Nichterscheinen und seine Auskunftsverweigerung über die englischen Vorschläge zur Einschränkung des Flottenbaus sogar die bürgerlichen Abgeordneten zum Widerstand gegen eine solche verächtliche Behandlung des Reichstages aufgestachelt. Es wird allerdings abzuwarten sein, wie lange die Entschlossenheit der Herren vorhalten wird und namentlich, ob sie ihr Budgetrecht so handhaben werden, daß der Kanzler seine Politik wird ändern und mit England in die täglich dringender werdenden Verhandlungen über die gegenseitige Beschränkung des Flottenbaus eintreten wird müssen.

Aus der Geschäftsordnungskommission.

In der letzten Sitzung wurde die Debatte über die sogenannten kleinen Anfragen weitergeführt, ohne daß sie zu Ende gebracht wurde. Es liegen dazu Anträge vor von den Freisinnigen und Nationalliberalen gemeinsam, dann Anträge von den Sozialdemokraten, die die Rechte des Reichstages erweitern, und Anträge der Konservativen, die auf noch weitere Abschwächung der liberalen Anträge abzielen.

Die Hauptdifferenzpunkte sind die folgenden: die Konservativen und Freikonserverativen wollen den Kreis der zugelassenen Anfragen nach Möglichkeit einengen. Sie wollen alle schwebenden Fragen der Verwaltung und Rechtsprechung ausschalten und die übrigen Fragen mit der Bestimmung belassen, daß sie von allgemeiner Bedeutung sein müssen. Die Liberalen sind diesen Einengungsbestimmungen insofern entgegen gekommen, daß sie Fragen eines schwebenden Gerichtsverfahrens und eines Verwaltungsstreitverfahrens ausgeschaltet wissen wollen. Die Sozialdemokraten wollen sich auf derartige Einschränkungen überhaupt nicht einlassen und die Zentrumredner haben sich dieser Auffassung angeschlossen.

Ein anderer wesentlicher Differenzpunkt ist die Zahl der Tage und das Reittmaß, das an jedem Fragetage für Anfragen zur Verfügung stehen soll. Die Konservativen wollen nur eine halbe Stunde an je zwei Tagen wöchentlich, die Liberalen dreiviertel Stunde an je zwei Tagen zusehen; die Sozialdemokraten verlangen je eine Stunde an allen Sitzungstagen. Auch darin schloß sich das Zentrum ihnen an.

Schließlich verlangen die Sozialdemokraten auch noch, daß nicht nur der Fragesteller, wie die Wochpartei es wollen, sondern jedes Mitglied des Hauses zur Berichtigung wie auch zu Ergänzungen das Wort nach Beantwortung der Frage durch die Regierung erhalten soll.

In der Debatte wurde von den Herren Jung (natl.) und Müller-Weinigen zugegeben, daß sie sich den Rat des Reichskanzlers in dieser Angelegenheit erbeten hätten. Die Sozialdemokraten betonten, daß die Konservativen ihre Parlamentsgegnerschaft in den Einengungsbestimmungen deutlich zeigten. Ginge es nach ihnen, so würde das Fragerecht ein Messer ohne Klinge werden, dem das Heft fehlt. Aber auch die Liberalen seien viel zu engherzig und ängstlich. Was das Zeitmaß anbetreffe, so möchten sie doch wenigstens 1/2 Stunden an vier Wochentagen konzedieren; zwei Tage seien viel zu wenig. Die Liberalen beharrten bei ihren Einschränkungsbestimmungen. Die Konservativen malten die Schreckgespenster der Gefährdung des Reichsinteresses durch Anwendung des Fragerechts an die Wand und wollen den Reichskanzler vor Plitierungen in den Reichstag sichergestellt wissen. Während die Zentrumsdiegeordneten Kirsch und Koeren sich wesentlich im Sinne der sozialdemokratischen Anträge ausgesprochen hatten, überzachte der kurz vor Schluß der Sitzung erschienene Dr. Spahn die Kommission mit der Erklärung, daß er überhaupt grundsätzlicher Gegner der Einführung kurzer Anfragen sei.

Dann wurde die Debatte auf Dienstag, 23. März, verlagert.

Gesetz das Branntweinmonopol.

Den agrarischen Großbrennern ist das von der Regierung ausgearbeitete Branntweinhandelsmonopol-Projekt lieber als das Branntweinsteuerkompromiß der Finanzkommission; denn wenn ihnen auch dieses schöne Profite gewährt, so hat doch das Monopol insofern einen großen Vorzug, als es sie für die Zukunft von allen Abzügen befreit. Die „Deutsche Agrarcorrespondenz“ des Herrn Klapper ist deshalb mit der Forderung, die die Branntweinsteuervorlage in der Subkommission der Finanzkommission erfahren hat, durchaus nicht einverstanden. Sie schreibt:

„Es scheint, als solle die deutsche Landwirtschaft für ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit, eine großartige (?) Finanzreform mit dem vollen Erfordernis von 500 Millionen schaffen zu helfen, dadurch abgestraft werden, daß man die ihrem wichtigsten Industriezweig, dem Brennereiwesen, zugeachtete schwere Sonderbelastung in die denkbar schädlichste Form kleidet. Der an Stelle der Monopolvorlage von der Finanz-Subkommission ausgearbeitete

Entwurf muß von der Landwirtschaft prinzipiell abgelehnt werden.

Die Gründe hierfür sind von der Steuerkommission des Vertriebsverbandes deutscher Spiritusfabrikanten in ihrer letzten Sitzung, durch einstimmigen Beschluß, wie folgt dargelegt worden:

„Die Vorschläge der Subkommission, die der Finanzkommission des Reichstages als Unterlage für die weiteren Beratungen für eine höhere Besteuerung des Branntweins dienen sollen, müssen als für das Brennereiwesen unannehmbar bezeichnet werden;

1. weil durch die große Mehrbelastung ein starker Rückgang des Brennereiwesens eintreten muß, und infolge davon die bisherige Produktion der Brennereien nicht annähernd aufrecht erhalten werden kann;
2. weil dadurch nicht nur jede Sicherheit für einen auskömmlichen Preis fehlt, sondern im Gegenteil ein Druck auf die Preise eintreten muß; denn auch die an sich hohe Vergütung für den vergällten Branntwein wird in absehbarer Zeit den Rückgang an Brennereiwesen selbst bei niedrigen Preisen nicht mehr ausgleichen können; aber erst mit diesem Ausgleich können auskömmliche Preise erreicht werden;
3. weil dieser Preisdruck in Verbindung mit einer Kontingentspannung von 10 R. zur völligen Vernichtung des Brennereibetriebes in Süd-, West- und Mitteldeutschland führen muß;
4. weil nicht angenommen werden kann, daß mit dem geplanten Gesetz die Vernichtung des Brennereiwesens aufhören wird, die nun schon Jahrzehnte anhält und
5. weil die gewerbliche Brennerei in diesem Gesetzentwurf dem landwirtschaftlichen Brennereiwesen gegenüber zu sehr bevorzugt wird.“

Die „Agrarcorrespondenz“ verlangt deshalb, daß die Agrarier sich für das Monopol entscheiden und das Kompromiß ablehnen, indem sie hinzufügen:

„Das sächsische Brennereiwesen hat die Folgerungen hieraus auch bereits gezogen und sich einmütig für das Monopol erklärt. Das ist natürlich, denn das sächsische Gewerbe ist es, das in erster Linie und am schwersten durch den neuen Entwurf geschädigt wird.“

Aber wir meinen, daß das ganze Gewerbe jetzt wohl Ursache hat, in ähnlicher Weise Stellung zu nehmen. Der Reich einer starken Vermehrung der durch das Gewerbe aufzubringenden Steuerbelastung geht nun einmal nicht an und vorher. Die einzige Form, unter der sie aufgebracht werden kann, ohne daß die Existenzbedingungen des Gewerbes vernichtet werden, ist das Monopol; deshalb halten wir es an der Zeit, daß wir nunmehr für das Monopol eintreten.“

Geradezu komisch klingt es, wenn die „Agrarcorrespondenz“ es den Vertretern der „Landwirtschaft“ als ein Verdienst anrechnet, daß sie der Regierung 500 Millionen Mark an neuen Steuern bewilligen wollen. Aus der Tasche der anderen läßt sich leicht etwas bewilligen!

Zur Tabaksteuer.

Wie verschiedene Abendblätter von gut unterrichteter Seite erfahren haben wollen, ist zwischen den verbündeten Regierungen und der Steuerkommission eine grundsätzliche Einigung nach der Richtung hin erfolgt, daß der Vorkauf von Tabak ein Kiegel vorgeschoben werden soll. Man beabsichtigt, sofortige Sperremaßnahmen zu ergreifen, damit nicht große Mengen Tabak nach vor Inkrafttreten der Steuererlässe zu den seitherigen Zollätzen eingeführt werden können. Die Interessenten hätten den Betrag, der über die jetzige Tabaksteuer hinausgeht, bei den Zollämtern zu hinterlegen. Sollte das Gesetz scheitern, dann wird ihnen der Betrag zurückgezahlt.

Das kann unmöglich in allen Teilen richtig sein; denn die Regierung ist nicht befugt, ehe der Reichstag eine Zollserhöhung beschlossen, von den Tabakinteressenten einen höheren Betrag zu erheben, als wie das Gesetz ihn vorsieht. Daß die Regierung ein großes Interesse daran hat, zu verhindern, daß große Tabakvorräte nach zu den alten Zollätzen eingeführt werden, ist begreiflich; der von der bürgerlichen Presse angegebene Weg ist aber auf keinen Fall gangbar.

Um die Tabaksteuer.

Die Petitionsbewegung gegen die Mehrbelastung des Tabaks, wie sie die sogenannte Reichsfinanzreform bringen soll, ist immer noch im Fluß. Es ist nötig, daß nun die Sammlung der Unterschriften schleunigt beendet wird und daß die Petitionsbogen, die noch im Umlauf sind, im Laufe des Monats an das Bureau des Reichstages in Berlin gesandt werden. Gleichzeitig ist dem Abgeordneten des betreffenden Wahlkreises von dem Vorkauf der Petition und der Zahl der Unterschriften Mitteilung zu machen.

Ein demokratisches Diplomatenstückchen.

Stuttgart, den 20. März.
Wie der Telegraph bereits gemeldet hat, hat sich in der Finanzkommission des württembergischen Landtages auf die Anfrage des Volksparteilers Liesching, des Eisenfreundes des Herrn v. Payer, der württembergische Finanzminister v. Gehler gegen die Vorkaufsteuer bezw. das Kompromiß der Wochpartei des Reichstages ausgesprochen. Nach dem „Staatsanzeiger“ vom Sonnabend lautete die Erklärung des Ministers:

„Die Regierung habe von Anfang an die Nachlasssteuer als die gleichzeitige im Interesse der Einzelstaaten wie des Reiches gelegene beste Lösung angesehen. An diesem Standpunkt habe die Regierung festgehalten und ihn auch an geeigneter Stelle mit Entschiedenheit vertreten. Sie halte an diesem Standpunkte auch jetzt noch fest und hieraus ergebe sich ihre Stellung zum Steuerkompromiß.“

Der Volksparteiler Liesching begründete seine Anfrage unter anderem mit der zutreffenden Bemerkung, daß das Kompromiß einen Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten und einen Verstoß gegen Artikel 4 der Reichsverfassung bedeute. Seine Freunde hätten in der Kommission des Reichstages nur aus formalen Gründen für das Kompromiß gestimmt.

Der Sprecher der Sozialdemokratie und der Vertreter der nationalliberalen Partei erklärten sich gleichfalls gegen das Kompromiß; das Zentrum ließ erklären, daß es eine bestimmte Haltung noch nicht einnehmen könne; ein Konservativer erklärte das gleiche, der zweite Konservative erklärte sich als Gegner der Nachlasssteuer. Schließlich wurde folgende von volksparteilicher Seite beantragte Erklärung mit 7 gegen 2 Stimmen (Konservative und Bauernbund) und 4 Enthaltungen (Zentrum) angenommen:

„Die Finanzkommission nimmt Kenntnis von der namens der Staatsregierung abgegebenen Erklärung des Herrn Finanzministers, daß die württembergische Regierung entschlossen ist, im Bundesrat an der Nachlasssteuer als wesentlichen Bestandteil der Reichsfinanzreform mit Entschiedenheit festzuhalten, und fordert die Regierung auf, dahin zu wirken, daß der Bundesrat auf diesem gleichmäßig im Interesse des Reichs wie der Einzelstaaten gelegenen Standpunkt beharrt und dem vorgeschlagenen, die Grundgedanken der Reichsverfassung verletzenden Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten grundsätzlichen entgegentritt.“

Im württembergischen Landtage also bestimmen sich die Herren Demokraten auf ihre Grundlage, damit sie der Herr

Minister vertritt gegen die aus Demokraten, Liberalen und Junkern gebildete Mehrheit der Finanzkommission des Reichstages! Von den Staatsministern erhoffen diese „Demokraten“ die Rettung ihrer „Grundsätze“ vor der „praktischen Politik“ der Wochdemokraten! Eine tollere Komödie ist dem Volke kaum jemals vorgespielt worden.

Die Wahl in Ulm.

Die Wahl zum württembergischen Landtag in Ulm-Stadt (für den verstorbenen Volksparteiler Rechtsanwalt Mayer) hat einen erfreulichen Stimmengewinn für die Sozialdemokratie gebracht. Unsere Stimmzahl stieg von 1458 im Winter 1900 auf 1901. Unser Kandidat, Genosse Gähring, steht an zweiter Stelle. Die nationalliberale Partei hat mit 2348 Stimmen die Führung. Die Volkspartei, die bisher das Mandat inne hatte, ist an die dritte Stelle gerückt. Ihre Stimmzahl fiel von 1888 auf 1746. Auch das Zentrum hat einen Stimmenverlust zu beklagen, es brachte diesmal 904 Stimmen auf gegen 988 bei der Hauptwahl 1900.

Es ist ein zweiter Wahlgang notwendig, zu dem sämtliche Kandidaten wieder und neue dazu aufgestellt werden können, jedoch entscheidet nunmehr die relative Mehrheit, während zur Entscheidung im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erforderlich ist. 1900 zog die Sozialdemokratie ihre Kandidatur zugunsten der Volkspartei zurück. Der Volksparteiler wurde im zweiten Wahlgang mit 3357 Stimmen gegen 2228 des nationalliberalen Kandidaten gewählt. Nunmehr hat die Sozialdemokratie die Volkspartei überflügelt; an letztere tritt die Frage heran, ob sie für den Sozialdemokraten eintreten will, wie seinerzeit die Sozialdemokratie für den Volksparteiler eintrat, um den Wahlkreis nicht in die Hände einer nur dem Namen nach liberalen Partei fallen zu lassen — oder ob die Volkspartei den Wahlkreis der mit dem Bauernbund aufs engste verflochtenen nationalliberalen Partei ausliefern will.

Unsere Genossen können dem Gang der Dinge ruhig und gelassen entgegensehen. Denn darüber wird auch wohl in volksparteilichen Kreisen kein Zweifel herrschen: Lieber die Volkspartei den Wahlkreis der nationalliberalen Partei aus, so scheidet sie damit für alle Zukunft aus der Zahl der ernstlichen Bewerber aus. Entschieden sich die Volkspartei für die Nationalliberalen, so fällt für die Sozialdemokratie jeder zwingende Grund weg, in Zukunft jemals wieder sich gegen die nationalliberalen und für die Volkspartei einzusetzen. Die Parole für den Nationalliberalen würde übrigens in der Volkspartei nicht nur bei dieser Wahl als Sprengpulver wirken, sondern auch einen Teil der Volksparteiler endgültig der Sozialdemokratie zuführen. Die Wochpolitik hat bereits gut vorgearbeitet. Für die Sozialdemokratie handelt es sich nur darum, ob wir das Mandat jetzt schon oder erst später erobern, für die Volkspartei aber heißt die Frage: Sein oder Nichtsein?

Sie hat die Wahl.

Operation auf Befehl

Liegt der in Stöcker geborene Soldat Franz von der 7. Kompagnie des 9. Infanterieregiments Nr. 133 (Zwickau) nicht an sich vornehmen. Er wurde deshalb wegen Gehorsamsverweigerung unter Anklage gestellt, die vor dem Kriegsgericht der 4. Division Nr. 40 in Chemnitz verhandelt wurde. Folgender Tatbestand lag der Anklage zugrunde. Als er sich auf dem Marsch befand, wurde er von einem Fußsoldaten und einem Fußknecht von demselben zurückgehalten. Bei Marschen plagte die Fußknecht wiederholt auf. Zweimal ließ er sich deshalb im Lazarett operativ behandeln; Besserung trat aber nicht ein. Am 21. Januar sollte er sich einer dritten Operation unterziehen. Das lehnte er ab. Er war der Meinung, daß er gegen seinen Willen eine Operation an sich nicht vornehmen zu lassen brauche, zumal die ersten beiden ohne Erfolg geblieben waren. Er blieb auch bei seiner Weigerung trotz des dreimal vom Stabsarzt erteilten Befehls, sich auf den Operationstisch zu legen. „Ich lasse mich nicht schneiden“, sagte er, und dabei blieb er. Das Gericht erachtete den Tatbestand der ausdrücklichen Gehorsamsverweigerung für gegeben, da bei leichten operativen Eingriffen die Zustimmung des zu Operierenden nicht erforderlich sei. Es erkannte auf sechs Wochen einen Tag Gefängnis. Operation auf Befehl! Schön ist das Soldatenleben!

Der Reihe nach herum.

Nachdem die Professoren Adolf Wagner und Hans Delbrück jüngst bei den Nationalliberalen in Charlottenburg und darauf bei den Bodenreformern gastiert hatten, traten sie gestern in einer von den jugendliberalen Vereinen Groß-Weilau nach den „Brachfeldern des Westens“ einberufenen Versammlung als Redner auf. Diesmal fungierte Herr Delbrück als Hauptakteur. Er erklärte es für einen ungeheuren Skandal, daß ein Volk, das seit 30 Jahren im Frieden lebe, in dieser Zeit 4 1/2 Milliarden Schulden machen könne. Es sei ein kläglicher Anblick, daß die Vertreter des deutschen Volkes seit 4 Monaten über die Finanzreform zusammensitzen und nichts herausbringen.

Eine einstimmig angenommene Resolution erwartete vom Reichskanzler und den verbündeten Regierungen, daß sie alle Kräfte aufbieten, um das selbsttätige und unpolitische Gebahren der Feinde der Nachlass- und Erbschaftsteuer niederkämpfen. Die Nachlasssteuer sei das zweckmäßigste und unentbehrlichste Mittel, die Finanzreform auf festen Boden zu stellen.

Auch liberale Reichstagsabgeordnete haben bekanntlich die Nachlasssteuer — gleich den Agrariern — heftig bekämpft, besonders stand Passche ganz auf der Seite der erbittertesten Feinde dieser direkten Vermögensbesteuerung.

Die Polizei gegen das Vereinsgesetz.

Magdeburg, den 22. März. (Privatdepesche des „Vortwärts“.)
Eine zu heute abend einberufene Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit der Tagesordnung: Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter? wurde zu Beginn von der Polizei aufgelöst mit der Begründung, daß die Versammlung den polizeilichen Anforderungen nicht entspreche. Die Versammlung sei als eine politische zu betrachten und hätte dementsprechend angezeigt werden müssen. Selbstverständlich wird morgen sofort Beschwerde eingelegt bezw. Klage durch unseren Rechtsanwalt erhoben werden.

Wieder daheim.

In Bremerhaven trafen gestern 440 Offiziere und Mannschaften, welche von der westafrikanischen Schutztruppe abgelehrt worden waren, mit dem Hamburger Dampfer „Kronprinz“ ein.

28 Tage strengen Arrest, weil er sich beschweren wollte!

Mit einem eigenartigen Fall beschäftigte sich jetzt das Dresdener Kriegsgericht. Wegen Ungehorsam und Achtungsverletzung hatte sich der Soldat Reif vom Infanterieregiment Nr. 177 zu verantworten. Als am Sonntag, den 17. Januar, die Mannschaften ausziehen wollten, kam der Unteroffizier Jaminke in die Stube und sah die Schränke durch, obgleich am selben Tage der Feldwebel eine Schrankdurchsicht vorgenommen hatte. Die Mannschaften, deren Schränke in Ordnung gefunden wurden, durften ausgehen! Was unter Ordnung zu verstehen war, darüber entschied natürlich der Herr Unteroffizier, der denn auch bestimmte, welcher Mann ausgehen durfte oder nicht. Als der Unteroffizier an den Schrank des Angeklagten kam, öffnete dieser ihn,

Alles war in Ordnung; der Unteroffizier verlangte: „Zeigen Sie mir Ihre Rüfenschachtel geöffnet vor.“ Verdacht über dieses Auffinnen erwiderte der Angeklagte: „Da haben der Herr Unteroffizier nichts reinzugeschaut!“ Als es aber der Vorgesetzte verlangte, zeigte der Soldat seine Rüfenschachtel geöffnet vor, fügte aber hinzu, daß er sich über den Unteroffizier beim Oberleutnant beschweren werde.

Das sah der Unteroffizier als eine detartige Frechheit auf, daß er den Soldat meldete. Man geriet den „frechen“ Soldaten vor das Standgericht, welches ihn zu 28 Tagen strengem Arrest!! verurteilte.

Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein mit der Begründung, daß er im guten Glauben gehandelt habe, indem er angenommen hätte, daß der Unteroffizier nicht in seine Rüfenschachtel sehen dürfe. Eine Disziplinarverletzung habe ihm völlig ferngelegen. Der Anklagevertreter führte aus, daß das Verhalten des Angeklagten eine Frechheit und Disziplinsüchtigkeit sei, wie man sie sich schlimmer nicht denken könne! Das Vorgehen des Angeklagten grenze an Widersehung (Mindeststrafe 6 Monate!) und deshalb sei die vom Standgericht ausgesprochene Strafe nicht zu hoch! Dem Antrage gemäß erkannte das Kriegsgericht auf Verwerfung der Berufung. Der Angeklagte sei der ihm beigegebenen Straftaten schuldig und 28 Tage strenger Arrest nicht zu viel!

Frankreich.

Ein sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Paris, 22. März. Gestern haben 12 Kammererwahlergebnisse stattgefunden. Es wurden fünf Sozialistisch-Modikale und ein geeinigter Sozialist gewählt. In fünf Wahlkreisen sind Stichwahlen erforderlich; ein Wahlergebnis steht noch aus.

England.

Wettstrüßen.

London, 22. März. Dem „Standard“ zufolge hat die Admiralität beschlossen, an der Ostküste Schottlands eine Station für eine Unterseebootflottille mit dem Kommando im Firth of Forth zu errichten.

Wellington, 22. März. Die Regierung von Neuseeland hat sich bereit erklärt, sofort die Kosten für ein großes Schlachtschiff neuesten Typs zu bestreiten und ebenso für ein zweites, wenn es erforderlich sein sollte.

Amerika.

Die Tarifreform.

Washington, 21. März. Präsident Taft, Staatssekretär Knox, andere Mitglieder des Kabinetts und Senator Aldrich, der Vorsitzende der Finanzkommission des Senats, hatten heute eine Besprechung wegen der Maximal- und Minimaltarife, die in der neuen Tarifbill vorgesehen sind. Es scheint, daß gewisse Produkte, bei denen eine Zollermäßigung nicht erwartet wurde, den Minimaltarif erhalten sollen. Man glaubt, daß England auf den Minimaltarif Anspruch habe, während Deutschland Amerika in allen Fällen die niedrigsten Zölle einzuräumen haben würde, um von Amerika den Minimaltarif zu erhalten.

Gewerkschaftliches.

Moderner Sklavenhandel.

Wir berichteten in unserer letzten Freitagnummer über einen Arbeitertrupp von etwa 80 Mann, der von hier nach Brandis in Sachsen geschickt wurde, um dort in den in der Aufsicht stehenden sächsischen Zonwerken Arbeitswilligendienste zu verrichten. Bei ihrer Anwerbung sowohl als auch bei der Hinreise wurde den Leuten verschwiegen, daß bei der genannten Firma Differenzen vorliegen, und erst, als sie nach ihrer Ankunft in Brandis von den Ausständigen über die Sachlage informiert worden waren, erkannten sie, auf welche Bahnen sie gelockt werden sollten und verweigerten die Betätigung als Arbeitswillige.

Run aber kam der hinkende Bote nach. Die auf solche unfaire Weise nach Brandis Geschickten stehen jetzt völlig mittellos da und wenden sich nun mit einer Klage um Schadenersatz gegen die sächsischen Zonwerke an das Amtsgericht in Grimma. Wie die Dinge aber liegen, ist dieser Weg, den die düpierten Arbeiter beschreiten wollen, noch obenrein ein falscher, denn nicht die Brandiser Zonwerke, sondern der famose Stellenvermittler mußte verklagt werden und wäre das Richtige und wohl auch einzig Erfolg versprechende, diesen Mann vor das Berliner Gewerbegericht zu zitieren.

Hoffentlich wird von den Arbeitern dieser Weg noch beschritten. Da aber dieser Vorfalle ein eminent öffentliches Interesse und vor allem für die Arbeiter hat, wollen wir hier auch jene Firma nennen, durch deren Agenten die genannten Arbeiter nach Brandis gelockt wurden. Es ist dies die Firma Theodor Kriebel, Stellenvermittler für Industrie und Landwirtschaft, Berlin, Große Hamburger Straße Nr. 16. Bei dem Agenten dieser Firma mußten die Leute einen „Ausweis“ unterzeichnen, wonach sie für die sächsischen Zonwerke in Brandis engagiert waren.

Hören wir nun noch etwas von den in diesen „Ausweisen“ niedergelegten Arbeitsbedingungen. Als tägliche Arbeitszeit ist darin die zehnstündige vorgegeben, es müssen aber, falls es verlangt wird, auch Ueberstunden geleistet werden, so daß also, da für Ueberstunden ein erhöhter Lohn nicht vorgesehen ist, diese zehnstündige Arbeitszeit tatsächlich nur auf dem Papier steht. Als Arbeitslohn sind ganze 3 M. zugesagt und vorständig wird hinzugesetzt, daß „im Alford zirka 4 M. verdient werden können.“

Weiter mußten sich die Leute zur Arbeit in den sächsischen Zonwerken gleich bis mindestens zum 1. November 1909 verpflichten! Es kommt aber in den Bestimmungen noch schöner! Von allen Wochenverdiensten sollten je 3 M. „anstecken“ bleiben, welche Summe dann am 1. November 1909 zur Auszahlung gelangen sollte, „wenn der Arbeiter bis dahin gearbeitet hat.“ Weiter die folgende Bestimmung, die den vorangegangenen die Krone aufsetzt: „Sollte auf dem Werke gestreikt werden, so werde ich nicht daran teilnehmen, sondern trotzdem arbeiten.“ Also Verzicht auf das Koalitionsrecht und noch obenrein die Verpflichtung, bei etwa ausbrechenden Lohn-differenzen den kämpfenden Arbeitsbrüdern als Arbeitswilliger in den Rücken zu fallen! Da muß man sich tatsächlich wundern, daß sich Arbeiter gefunden haben, die unter solchen Bedingungen sich bereit erklärt hatten, ein solches Schriftstück zu unterzeichnen! Aber wie sehen die wirtschaftliche Krise, wir verstehen die große Not, die die Leute zum Eingehen auf einen solchen die Arbeiter-chre mit Füßen tretenden Vertrag veranlaßt haben mag! Sie mögen auch dabei der Meinung gewesen sein, daß es wohl nicht während ihrer Arbeitsverrichtung in Brandis zu Arbeitsinsektlungen kommen möge, denn daß sie Arbeiterehre trotz ihrer großen Notlage im Leibe hatten, beweist der Umstand, daß sie, als sie in Brandis über die wahre Sachlage unterrichtet worden waren, die Aufnahme der Arbeit verweigerten. Auch mag mancher sich den von ihm unterschriebenen Ausweis nicht genau angesehen haben. Der Vorfalle ist eine ernste Warnung für die Arbeiterschaft, solche Verträge vorher genau zu studieren und falls sie ein Arbeits-

angebot eingehen, sich vorher genau zu unterrichten durch Einziehen von Nachrichten aus dem betreffenden Ort, damit sie nicht zu Unternehmerzwecken mißbraucht werden. Vor allem aber sei gewarnt vor Stellenvermittlungsgeheimen a la Theodor Kriebel, Berlin, Große Hamburger Straße 16. Solche Unternehmer sollten die Arbeiter unter allen Umständen und in jeder noch so prekären Lebenslage meiden!

Berlin und Umgegend.

Ähtung, Töpfer!

Durch Versammlungsbeschluss vom 15. März 1909 ist der Vorstand beauftragt worden, bei Eintreten von gelinder Witterung die Verglasung der Fenster als nicht mehr notwendig zu erklären.

Wir kommen hiermit dem nach. Von heute ab kann die Arbeit in Räumen mit unverglasten Fenstern aufgenommen werden.

Die Verbandsleitung.

Die Lohnbewegung in der Kostümbbranche.

In einer öffentlichen Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen, die am Sonntag den großen Saal der „Armin-hallen“ füllte, berichtete Knoop über die Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern, die am Mittwoch der vergangenen Woche stattgefunden hatten. Die Unternehmer haben nicht das geringste annehmbare Entgegenkommen gezeigt. Wohl sind sie geneigt, einen Tarifvertrag abzuschließen, aber nur so, daß sie auch nicht einen einzigen Pfennig zugulegen brauchen. Die Arbeitgeber waren bei den Verhandlungen doppelt so stark vertreten als die Arbeitnehmer, nämlich durch 12 Mann, und hatten auch noch eine Dame mitgebracht, die wohl über die Arbeiterinnenlöhne mitreden sollte. Das Angebot der Arbeitgeber war in den Hauptpunkten folgendes: Die Tailleurarbeiter, Paletotarbeiter, Schorharbeiter, Wäglar und Stepper, für die ein Minimallohn von 42 M. gefordert wird, sollten sich mit 37,50 M. begnügen, die Quarbeiter statt des geforderten Lohnes von 33 M. mit 29 M. Zur Bezahlung der Ueberzeitarbeit hatten die Arbeitgeber zunächst kein Angebot gemacht, zeigten sich aber dann bereit, für Ueberstunden 33 Proz. für Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag zu zahlen, was, wie der Redner darlegte, eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen Verhältnissen bedeutet. Noch weiter blieben die Arbeitgeber bei den Arbeiterinnenlöhnen hinter dem Geforderten zurück. Sie boten hier, wo für die verschiedenen Spezialarbeiterinnen 28 bis 34 M. gefordert werden, 22, 21 oder 20 M., für Quarbeiterinnen statt 18 sogar nur 14 M. Hinsichtlich der anderen Bestimmungen des Tarifentwurfs zeigten die Arbeitgeber Entgegenkommen, soweit es sich um Dinge handelte, die durchzuführen nicht kostet, wie die Festsetzung der Lohnzahlung auf den Freitag und die Regelung des Ausgehens bei schlechtem Geschäftsgang. Dagegen lehnten sie die Bezahlung der Feiertage, wie die der anderthalb Stunden, die Sonnabends früher Feierabend gemacht wird, ab, obwohl das Dinge sind, die in manchen Geschäften als selbstverständlich gelten. Die Verhandlungen über die verschiedenen Vorschläge, die bis noch Mitternacht dauerten, haben zu keinem annehmbaren Ergebnis geführt. Das Angebot von 37,50 M. wollte man um 50 Pf. erhöhen, aber das schienen den Arbeitnehmervertretern doch noch allzu gering, wemgleich es, wie der Redner ausführte, vielleicht möglich für die betreffenden Arbeiter gewesen wäre, sich zunächst mit 40 M. zufrieden zu geben, obwohl schon jetzt in verschiedenen Geschäften und in einigen anderen Städten 42 M. als Minimallohn gesetzt werden. Die Arbeitnehmervertreter waren in jeder Hinsicht bereit, auch hinsichtlich der Arbeiterinnenlöhne, eine Verständigung herbeizuführen, vielleicht um dann der Kundschaft gegenüber um so höhere Preise verlangen zu können. Zum Glück hatten die Arbeitgeber, wie sie erklärten, überhaupt noch nicht Stellung genommen, jedoch eine Kommission eingesetzt, die einen solchen ausarbeiten soll. Inzwischen ist sowohl Herr Krause, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Kostümbbranche, wie auch der Vorsitzende der Arbeiterinnenschaft, nach Frankfurt a. M. gereist, um dort an den allgemeinen Verhandlungen über die in 38 Städten bestehenden Lohn-differenzen teilzunehmen. Zur allgemeinen Lage erklärte der Redner, daß es ihm persönlich am liebsten wäre, wenn die Arbeit sofort niedergelegt werden könnte. Dagegen mühten jedoch verschiedene Bedenken geltend gemacht werden. Die Ortsverwaltung habe sich die Sache gründlich überlegt und glaube nicht die Verantwortung übernehmen zu können, jetzt schon den Streik zu beschließen, was ja auch nach dem Verbandsstatut in dieser öffentlichen Versammlung nicht an-gänglich sei. Die Beschlußfassung müsse der auf Mittwoch einberufenen Mitgliederversammlung überlassen bleiben. In zwei oder drei Tagen werde die Arbeit jedoch nicht fertig, so daß daran der Kampf nicht scheitern könne. Werde der Streik am Mittwoch beschlossen, so müsse die Arbeit anderen Tags auch auf der ganzen Linie eingestellt werden, so weit die einzelnen Arbeitgeber nicht noch bewilligten. Ganz ausgeschlossen sei es ja nicht, daß die Arbeitgeber bei den weiteren Verhandlungen noch Zugeständnisse machten. Von einer Annahme dessen, was bis jetzt geboten würde, könne aber keine Rede sein.

Der Vorschlag des Redners, die Arbeitsniederlegung noch ein paar Tage hinauszuschieben, hatte schon während des Referats lebhaften Widerspruch hervorgerufen, und auch an der regen Diskussion zeigte es sich, daß in der Versammlung eine starke Strömung dafür vorhanden war, sofort den Streik zu beschließen. Die Versammlung erklärte sich jedoch schließlich mit den Vorschlägen des Referenten einverstanden.

Deutsches Reich.

Krisenlebens im Nistelgebirge. In dem industriellen Nistel-gebirgsort Bischofsgrün löst die Krise mit tödendem Druck auf dem Erwerbsebenen und die Unternehmer tun ihr mögliches, die Folgen restlos auf die Arbeiter abzuwälzen. In der dortigen Lackwarenfabrik wurde den Arbeitern eine 20 bis 30 Prozent betragende Lohnreduktion angekündigt. Die von dem Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes geführten Unterhandlungen sind trotz des weitesten Entgegenkommens der Arbeiter gescheitert. Daraufhin wurde von der Direktion allen denen, die die egorbitante Lohnreduktion nicht bedingungslos annehmen wollten, eine allgemeine Aussperrung auf den 27. März angekündigt.

Den Betrieb ganz einstellen wird die am gleichen Ort bestehende Glasperlenfabrik. Vor einigen Tagen wurde wegen schlechten Geschäftsganges der gesamten Belegschaft gekündigt, so daß kurz vor Ostern etwa fünfzig Arbeiter vollständig brotlos werden.

Im Landhammer-Werk zu Gröbzig bei Riesa, in dem mehrere tausend Arbeiter beschäftigt werden, wurde eine allgemeine zehnprozentige Lohnreduktion durchgeföhrt, obgleich die Aktien-gesellschaft in den letzten drei Jahren 11, 14 und 11 Proz. Divi-dende ausgezahlt, große Abschreibungen vorgenommen und größere Kontiemen an die Aufsichtsräte ausgezahlt hatte. — Der Metall-arbeiterverband hat nun zwei Versammlungen einberufen, die außerordentlich stark besucht waren. Es wurde eine Resolution angenommen, die von der Direktion die Rücknahme der Lohnreduktion verlangt. — Von den Arbeitern sind leider wenig organisiert.

Steinarbeiter-Aussperrung.

Außer der Firma Kulmbach kündigten sämtliche Steinbruchbesitzer von Striegau und Gräben ihren Arbeitern die Arbeit zum 3. April. Ausgeschlossen von der Kündigung sind nur die Tage-arbeiter. Die Steinarbeiter wollten sich eine prozentige Lohn-kürzung nicht gefallen lassen, deshalb die Kündigung. Es kommen 500 bis 1000 Mann in Frage.

Der Streik der Granitsteinmehnen zu Reichenbach i. Ober-saale (Firma Deutsche Steinindustrie vorm. M. A. Schlicher) ist nach einwöchiger Dauer erfolgreich beendet worden. Die beabsichtigten Reduzierungen der bisherigen Tarifpreise konnten nicht zurückgewiesen werden, sondern die Firma mußte sich zu Auf-besserungen bequemen. Der neu abgeschlossene Tarif gilt auf zwei Jahre.

Ein Scharfmacher-Bericht.

Der „Südwestdeutsche Arbeitgeber-Verband der Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe“ hat folgendes Kündigungs-schreiben an die Ortsverwaltung Heidelberg des Deutschen Transport-arbeiter-Verbandes, Sektion Glasreiniger, gerichtet:

„Im Auftrage unseres Mitgliedes, des Herrn Christian Jung, hier, Erstes Heidelberger Reinigungs-Institut, dessen Voll-macht hier beiliegt, kündigen wir hiermit den zwischen Ihnen und ihm am 13. April vor. J. abgeschlossenen Tarifvertrag, welcher demgemäß mit 31. März d. J. seine Gültigkeit verliert. Eine Lohnverschlechterung für seine Angestellten soll durch diese Kündigung im Betriebe des Herrn Jung nicht eintreten, dagegen beabsichtigt derselbe, keine n Vertrag mehr mit Ihrem Verbands abzuschließen.“

Gezeichnet:

Adolf Wolff,
Generalsekretär.

G. B. Arabert,
Vorsitzender.

Das Schreiben ist ganz charakteristisch für die Bestrebungen, welche die jetzige Krise beim Unternehmertum wachgerufen hat. Die Verträge, die man in Zeiten guter Konjunktur angenommen hat, um die Vorteile der Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu oft wiederkehren zu sehen, wünscht man jetzt zu allen Teufeln. Und zu Lohnverschlechterungen wird sich dann in der vertragslosen Zeit Gelegenheit genug finden.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten gegen den sich, wie erinnerlich sein dürfte, im vorigen Jahre der unter dem Namen Geheimverbot bekannte Vorstoß der bayerischen Metallindustriellen richtete, hat im Jahre 1908 sehr gute Fortschritte gemacht. Sein Mitgliederbestand ist um 224 Mitglieder und 582 Hospitanten (Studierende) gewachsen, so daß sich für Ende 1908 eine Gesamt-zahl von 13 002 Mitgliedern und 785 Hospitanten ergibt. Doch der Bund trotz des oben erwähnten Angriffs, der ihn zur Erhebung einer Extrafsteuer von 6 M. pro Mitglied nötigte, und trotz der all-gemeinen Wirtschaftskrise eine so günstige Entwicklung genommen hat, darf wohl als ein gutes Zeichen für seine Zukunftsaussichten angesehen werden.

Während der Bund Ende 1907 an 112 Orten mit 77 Orts-gruppen und 25 Zahlstellen vertreten war, zählte er am Ende des Vorjahres 160 Verwaltungsstellen. Die größte Ortsgruppe ist nach wie vor Berlin mit 3847 Mitgliedern. Diese Ortsgruppe hatte im Berichtsjahre eine schwere innere Krise durchzulämpfen; ihre günstige Entwicklung — eingetreten sind 950, ausgetreten 684 Mitglieder — zeigt, daß sie den Konflikt gut überstanden hat.

Das Vermögen des Bundes beträgt zirka 200 000 M. Als cha-rakteristische Zeichen für die wirtschaftliche Konjunktur des Jahres 1908 kann man die Tatsache ansehen, daß der Bund für Unter-stützung von Stellunglosen nicht weniger als 35 445,08 M. — an 358 Stellunglose — ausgezahlt hat. Bezeichnend für die ungünstige rechtliche Lage der Privatangestellten ist es auch, daß der Rechts-schutz des Bundes im Berichtsjahre einen Aufwand von 14 000 M. erforderte. Es wurden im Laufe des Jahres 123 Prozesse geführt; die Summe der erstrittenen Gehälter betrug 24 376 M., die Zahl der erstrittenen Zeugnisse 21, die erteilten Rechtsauskünfte be-liefen sich auf 1500.

Die Münchener Hiesenerlegeschäfte haben heute ihre sämt-lichen Arbeiter ausgesperrt, weil über ein Geschäft wegen Nicht-einhaltung des Tarifes die Sperre verhängt war.

Husland.

Streikbewegung in der italienischen Zuderindustrie.

In der italienischen Zuderindustrie bereitet sich eine aus-gedehnte Streikbewegung vor. Der Truist der italienischen Zuder-fabriken hat im vorigen Sommer mit dem Zentralverband der Zuderarbeiter einen Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 31. Juli d. J. in Kraft bleiben soll. In diesem Tarifvertrag war ein Minimum von Arbeitern festgesetzt worden, dessen Bestand auch nach Ablauf der Hochsaison nicht verringert werden sollte. Die Unternehmer haben diesen Paragraphen des Tarifvertrages verlegt, was im Verein mit Differenzen über die Fabrikordnung zum Aus-stand der Zuderarbeiter in Pissalombarda führte. Da in dieser Stadt die Beamten des Truists die Produktion in beschränktem Maße fortführten, boykottierten alle Zuderrefinerien Italiens den Rohzuder von Pissalombarda. Die Unternehmer ihrerseits sperrten die Arbeiter in Pissalombarda und in Ancona aus, worauf die Arbeiter antworteten durch Proklamierung des Streiks in den fünf Zuderrefinerien des Truists: Bologna, Ancona, Sampierdarena, Pontelagoscuro und Cine-gallia. Ganz eigenartig ist die Situation in Ancona, wo die ausgesperrten Arbeiter sich drei Tage lang geweigert haben, die Fabrik zu verlassen, weil diese Fabrik mit einem städtischen Zuschuß von 250 000 Lire gegründet worden war, offenbar nicht zu dem Zweck, die Arbeiter auszusperrten. Weiter machten die Arbeiter geltend, daß der vorige Besitzer 200 000 Lire zugunsten der Arbeiter deponiert und in der Fabrik angelegt hätte, weshalb sie als Mit-besitzer sich nicht aussperrten lassen, sondern den Betrieb auf eigene Rechnung weiterführen wollten. Nachdem nun aber der allgemeine Ausstand in allen Zuderrefinerien proklamiert wurde, haben auch die Arbeiter von Ancona den Streik erklärt und die Fabrik verlassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Wettstrüßen.

London, 22. März. (B. L. B.) Unterhaus Fortsetzung. Lord Soudale fragte bei Mr. Kenna an, ob die Regierung im letzten Juli gewußt habe, daß die Firma Krupp eine große Anleihe aufgenommen habe, zum Zweck der Erweiterung ihrer Werke infolge der Aufträge, welche ihr die deutsche Regierung gegeben habe, um ihr Schiffsbauprogramm zu beschleunigen. Mr. Kenna er-widerte, die Vergrößerung in den Kruppischen Werken und die zu ihrer Durchführung aufgenommenen Mittel seien bei der Admi-ralität schon vor dem genannten Datum sehr wohl bekannt gewesen und es sei teilweise infolge dessen geschehen, daß die für Erbauung eines Uinenschiffes in Deutschland nötige Zeit um neun Monate sich verringert habe. Die in Frage stehende Erweiterung habe zweifellos vorher angezeigt, daß der Schiffsbau beschleunigt, die individuellen Schiffstypen ausgestattet werden würden und daß die zahlreicheren Verzögerungen, die früher stattgefunden hätten, ver-schwinden würden. Zu gleicher Zeit brauchte dies jedoch keines-wegs anzuzeigen, daß von seiten der deutschen Regierung die Absicht bestände, auch die Fristen für den Beginn der nach dem Flottengesetz genehmigten Schiffe früher zu legen.

Dynamitexplosion.

Kreuznach, 22. März. (B. L. B.) Im benachbarten Dorfe Schwarzerden ist das Haus des Nachwächters Wilh. Gorbach durch eine Dynamitkombe, die in verdrehter Absicht in dem Ofenrohe verborgen worden war, in die Luft gesprengt worden. Gorbach hatte kurz vorher sein Haus verlassen.

Reichstag.

331. Sitzung vom Montag, den 22. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Schoen, v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Die Beratung beginnt bei dem Titel „Offiziere in sonstigen besonderen Stellungen“, bei welchem die Kommission von den geforderten 400 000 M. 100 000 M. gestrichen hat.

Die Abgg. Oriola (natl.), v. Ohern (L.), v. Liebert (Sp.), Behrens (wirtsch. Vg.) beantragen, diese 100 000 M. wieder einzusetzen.

Der Antrag wird abgelehnt, es bleibt bei dem Beschluß der Kommission. Mit der Minderheit stimmen die Abgg. Eichhoff (freis. Vp.) und Dr. Doormann (freis. Vp.).

Beim Titel „Beamte und Unterzahlmeister“ hat die Kommission beschlossen, von den 200 Oberveterinären 15 als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Die Abgg. v. Glern (L.), v. Ohern (L.), v. Liebert (Sp.), Behrens (wirtsch. Vg.), v. Schubert (natl.) beantragen, diesen Betrag zu streichen.

Oberst Wandel bittet namens der Militärverwaltung um Annahme dieses Antrages.

Abg. Dr. Dräger (L.) befürwortet den Antrag. Abg. Erzberger (Z.) verteidigt den Standpunkt der Kommission.

Oberst Wandel: Die Militärverwaltung wünschte die Reorganisation des Veterinärkorps bereits zum 1. April 1909 durchzuführen, mußte diesen Wunsch aber wegen Mangels an Mitteln zurückstellen.

Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt Zwele: Das Reichsfinanzamt ist mit der Militärverwaltung einig darin, daß im nächsten Jahre die Mittel für diesen Zweck flüssig gemacht werden müssen.

Der Antrag v. Glern und Genossen wird angenommen, auch das Zentrum stimmt dafür!

Den Titel „Reitendes Feldjägerkorps“ beantragt die Kommission, von 81 000 M. auf 15 548 M. herabzusetzen und zuzufügen: „Das Reitende Feldjägerkorps kommt am 1. Oktober 1909 in Wegfall.“

Der Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen bittet um Wiederherstellung des gestrichenen Titels.

Abg. Frhr. v. Oetting (Z.) erklärt sich durch die Ausführungen der Vorredner überzeugt und tritt ebenfalls für Wiederherstellung ein.

Abg. Dr. Semler (natl.) wertet sich in demselben Sinne.

Der Antrag auf Wiederherstellung wird gegen Sozialdemokraten und Freisinnige angenommen.

Beim Titel „Pensionierte Offiziere und Militärärzte“ rügt

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) unter ausführlicher Darlegung eines Einzelalles die Nichtzulassung der Angehörigen katholischer, Duell und Penitenz verweigernder studentischer Verbindungen und Vereine zur Beförderung zu Referentoffizieren. Auch Angehörige der ebenfalls das Duell verweigernden protestantischen Studentenverbindungen „Wingol“ werden nicht zu Referentoffizieren befördert. (Rebhaftes Hört! hört! im Zentrum und links.) Wir verlangen Aufklärung vom Kriegsminister. (Rebhafter Beifall im Zentrum.)

Kriegsminister v. Einem sagt Reklamation des oder der betreffenden Bezirkskommandeure zu. (Bravo! im Zentrum.)

Beim Titel „Mannschaften“ weist

Abg. Jubel (Soz.)

auf die trotz aller Klagen nicht abnehmende, sondern zunehmende Konkurrenz hin, die die Militärmuster den schwer um ihre Existenz ringenden Zivilmuskeln bereiten. Die Zivilmuskeln müssen doch auch zur Unterhaltung des Heeres beitragen, sehen sich aber durch die Konkurrenz der Militärmuster in jeder Weise beeinträchtigt. Es gibt eine Anzahl Regimenter, deren Kommandeure geradezu das aufheben der Militärmuster der Militärkapellen begünstigen.

Auch in Berlin wird die Konkurrenz der Militärmuster den Zivilmuskeln immer gefährlicher und schädlicher. Jetzt haben schon eine Anzahl Berliner Nachtcafés Militärmuster. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Musiker, welche da von 8 Uhr abends bis 3 Uhr morgens musizieren, können doch am anderen Tage keinen Dienst verrichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Zivilberufsmuskeln liegt die Nacharbeit im Verzug, sie müssen am Tage ruhen. Wenn aber die Militärmuster nachts für private

Zwecke arbeiten, muß man ja meinen, daß sie bei der Truppe überhaupt nicht gebraucht werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Darin wird man noch bestärkt durch die Angebote, welche Militärmuster manchen Kapellmeistern machen, indem sie sich für den ganzen Winter anbieten und versichern, daß sie hierzu Urlaub bekommen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein weiterer Unfug ist, daß das Militär in der Winterzeit bei nachtschlafender Zeit mit klingendem Spiel durch die Straßen zieht und den Bürgern die Nachtruhe raubt. Der Arbeiter, der nachts auf der Straße nur ein Pöbelchen pfeift, wird sofort festgesetzt und mit einem Strafmandat bedacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchem Recht nimmt sich die Militärbehörde diese Störung der Nachtruhe heraus? Der Kriegsminister sollte für Abhilfe sorgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Horn (Z.) bringt auf endliche Erhöhung der Mannschafslöhne und bittet um wirksamen Schutz der Rekruten vor Mißhandlung durch die älteren Jahrgänge. Er bittet ferner um Ausdehnung des Ernterlaubens und um Amnestierung der ekkatholischen Fahnenflüchtigen.

Das Kapitel wird bewilligt, die Resolutionen der Kommission auf Erlegung der dritten Leutnants durch Feldwebelleutnants, auf Einschränkung der Zahl der Militärmuster und ihrer privaten Tätigkeit und auf Einführung von Geldstrafen statt Haftstrafen bei geringeren militärischen Vergehen des Beurlaubtenstandes werden angenommen.

Beim Kapitel

Naturalverpflegung

Abg. Jubel (Soz.) auf den zu teuren Einkauf der Lebensmittel und Genußmittel durch die Militärverwaltung hin. Die Postbeamten können ihre Kantinen boykottieren, wenn ihnen, wie Abg. Kopisch hier einmal ausgeführt hat, schlechte und teure Waren verkauft werden. Arbeiter der Privatindustrie können meist ebenfalls ihre Kantinen boykottieren. Die Soldaten aber sind leider nicht in derselben Lage. Umso mehr sollte es die Militärverwaltung als ihre Ehrenpflicht betrachten, den Mannschaften in den Kantinen gute und billige Waren zu bieten. Kollege Kopisch hat hier schon einmal ausgeführt, wie auf Truppenübungsplätzen, zum Beispiel auf dem Schießplatz von Döberitz, Kantinen in großer Anzahl an großkapitalistische Generalpächter verpachtet werden. Diese befähigen sich persönlich gar nicht um den Zustand der Kantinen. Die Kantinen sind knapp, die Backwaren alt und hart, die Flaschen und Gläser sind häufig sämugig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Angestellten des Generalpächters sind auf Projekte angewiesen, wodurch sie natürlich angereizt werden, aus den Soldaten möglichst viel herauszuwickeln.

Vizepräsident Dr. Paasche ersucht den Redner, sich nicht zu weit vom Etat zu entfernen.

Abg. Jubel (fortfahrend): Die Zustände in den Kantinen stehen doch im engen Zusammenhang mit dem Kapitel „Naturalverpflegung“. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz bekommt der Soldat in der Kantine die notwendigen Genußmittel nur gegen Marken, in die er vorher sein bares Geld umlegen muß. Wenn er später entlassen wird und für seine übriggebliebenen Marken wieder Geld haben will, findet er die Kasse geschlossen und muß die Marken, für die er bares Geld gezahlt hat, als Andenken mitnehmen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter ist auch Klage darüber zu führen, daß die Referenten bei ihrer Eingiehung durch die Bezirkskommandos gezwungen werden, für ein Frühstück, bestehend aus zwei trockenen Schrippen, einem paar Würstchen und einem Topp Kaffee, das kaum 20 Pf. wert ist, 30 Pf. zu zahlen! Der Kriegsminister sollte auch hier für Abhilfe sorgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ bringt

Abg. Jell (Z.) Klagen der Handwerker vor: Die Bekleidungsämter bereiten den selbständigen Schneidermeistern drückende Konkurrenz. Dadurch wird die Unzufriedenheit vermehrt.

Abg. Sand Edler zu Putz (L.) verteidigt die Bekleidungsämter, wünscht aber, daß sie den selbständigen Handwerkergehilfen möglichst viel Arbeit zuweisen.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Wir schwärmen nicht für die Bekleidungsämter; da sie aber nun einmal da sind, sollte wenigstens darauf gesehen werden, daß die in ihnen beschäftigten Handwerker nicht zu einseitigen Maschinenarbeitern degradiert werden, die zum Beispiel ausschließlich Schießklappen fertigen. An der Spitze der Bekleidungsämter stehen Offiziere, die doch zunächst keine Sachverständigen sind. Man sollte die Vorstände wenigstens, wenn sie sich eingearbeitet haben, möglichst lange in ihrer Stellung lassen.

Generalmajor v. Lohow: Die Offiziere, die an der Spitze der Bekleidungsämter stehen, erhalten gute fachmännische Ausbildung. Abg. Jell (Z.) wirft dem Freisinn Feindschaft gegen das Handwerk vor.

Abg. Dove (fr. Vg.): Wir Freisinnigen sind keine Feinde des Handwerks; wir verschmähen es aber, im Handwerk unerfüllbare Illusionen zu erwecken.

Das Kapitel wird bewilligt und die Kommission's Resolutions, welche die Heeresverwaltung zur Nachachtung der bei anderen Ressorts geltenden Regeln für Vergütung von Arbeiten in Submission auffordert, einstimmig angenommen.

Beim Kapitel „Garnisonverwaltung“ bittet Abg. Siebenbürger (L.), die kleinen Städte mehr mit Garnisonen zu bedenken. Im Namen der Stadt Gollnow habe ich die Erklärung abzugeben (Große Heiterkeit), daß die Stadt gern bereit ist, einen Platz zum Bau einer Kaserne unentgeltlich abzutreten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militärmedizinwesen“ sagt Abg. Dr. Arning (natl.) über den Mangel an Assistenzärzten.

Beim Kapitel „Reisegebühren, Umzugskosten usw.“ bemerkt

Abg. Stücken (Soz.):

Bei diesem Kapitel, welches mehr als 12 Millionen erfordert, könnte sehr erheblich gespart werden. In der „Frankf. Ztg.“ hat ein Offizier erzählt, er kenne einen General, der seinen ganzen Haushalt aus ersparten Tage- und Reisegebühren bestreite! Es sollte bei den Jahrgeldern nicht mehr erhoben werden dürfen, als wirklich verausgabt ist. Auch könnte man sehr erheblich sparen, wenn man die Offiziere nicht von einer Grenze des Reiches nach der anderen versetzen würde; selbst bei den Bezirkskommandos werden die Offiziere versetzt, wozu gewiß kein Bedürfnis vorliegt. Besonders trug ich der Fall eines Brigadegenerals, der nach Döberitz ging und um Tagegelder erheben zu können, eine Ordonnanz und einen Schreiber in Berlin ließ, wodurch der Ansehen erweckt werden sollte, als sei der Sitz der Brigade noch Berlin, während tatsächlich das gesamte Personal bis auf zwei Personen in Döberitz war, wo auch die Geschäfte der Brigade erledigt wurden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr trug ich auch der Fall eines Obersten in Charlottenburg, der innerhalb der Stadt umzog und dafür 500 M. Park! erhob! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine eingehende Reform wäre bei diesem Kapitel sehr angebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor v. Lohow: Ich kann mir nicht denken, daß die Fälle sich so verhalten, wie vorgetragen; vielmehr übergibt Herr Stücken uns sein Material.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militärerziehungs- und Bildungswesen“ wünschte die Regierungsvorlage die Verlegung der Unteroffizierschule von Viebrich nach Weylar. Die Kommission hatte sich dagegen ausgesprochen.

Abg. v. Glern (L.) und Abg. Behrens (wirtsch. Vg.) sprechen sich für die Verlegung aus.

Abg. Gothein (fr. Vg.) (von der Rechten mit grunzender Unruhe empfangen): Auch wir haben gegen die Verlegung nichts einzuwenden. (Schallende Heiterkeit.)

Die Verlegung wird beschlossen.

Beim Titel „Turnanstalten“ ergreift das Wort

Abg. Wieland (libd. Vp.): Ich muß die Kriegervereine gegen die vielen Angriffe bei der Generaldebatte in Schutz nehmen. Ich bin selbst alter Kriegervereinler. (Ironisches Gurren im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Paasche: Das gehört jetzt nicht herher.

Abg. Wieland: Ich will nur sagen (Große Heiterkeit), daß die Kriegervereine die brüderliche Kameradschaftlichkeit gepflegt wird. Daß sie kein Feind für die Sozialdemokratie sind, ist selbstverständlich. (Rebhafter ironischer Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Beim Kapitel „Militär-Gefängniswesen“ ergreift das Wort

Abg. Jubel:

Ein Musiker, der bereits fünf Jahre geblendet hatte, wurde wegen einer Verfehlung, die er sich im Zivilleben zuschulden hatte kommen lassen, in Unterhaftung genommen, und zwar im Januar. Während des ganzen Winters hat er den Aufseher unausgeseht, seine Hölle etwas besser zu heizen. Dieser erklärte jedoch, er habe von der Garnisonverwaltung nicht mehr Kohlen zur Verfügung. Der Mann, der nicht in Strafhaft, sondern in Untersuchungshaft saß, erkrankte infolgedessen und ist vollkommen unbrauchbar geworden! Er bezieht jetzt eine Invalidenpension von monatlich 9 M., (Hört! hört!) also jedenfalls zu wenig zum Leben. (Sehr wahr! bei

Kleines feuilleton.

Rudolf Gottschall ist am Sonntag in Leipzig gestorben. Mit ihm ist der letzte Vertreter der „Jungdeutschen“ aus der vorwärtigen Zeit dahingegangen. Er hat wie die anderen seiner Generation (er war am 30. September 1828 als Offizierssohn in Breslau geboren) die literarischen Vorposten des liberalen Bürgertums mitgekämpft und für seine politische Gesinnung büßen müssen: die Tore der erstrebten akademischen Lehrtätigkeit wurden ihm vor der Nase gemacht. Er wurde dann Dramaturg und schließlich und für immer Schriftsteller. Der rabidale Dichter, der „Robespierre“ und „Die Karleiläufe“ dramatisch behandelte und 1848 „Vortradenlieder“ sang, betätigte sich als gemäßigter liberaler Journalist und landete 1864 als Redakteur der in Leipzig erscheinenden „Blätter zur literarischen Unterhaltung“ und der Zeitschrift „Unsere Zeit“. Die neue preußisch-deutsche Herrlichkeit besang Gottschall in ebenso schwülstigen Wortpracht wie vorher die Revolution, und es war denn auch ganz in der Ordnung, daß Wilhelm I. ihm später den erblichen Adel applizierte. Der Geheimrat Hofrat hatte inzwischen in Leipzig, seiner Hochburg, eine regelrechte literarische Diktatur eingerichtet. Er übte souveräne Kritik und ernannte sich gleichzeitig zum ersten Dichter und Dramatiker seiner Zeit. Und es gab sogar Leute, die eine Heilung daran glaubten. Und doch war Gottschalls ganzes, kaum übersehbares Schaffen (Dramen, Gedichte, Epen und Romane) epigonenhaft, ohne künstlerische Gestaltungskraft und echtes, tiefes Empfinden. Nochte er pathetisch-rhetorisch einherstolzieren oder nach Strideln des Mustern Intrigenlustspiele kalkulierter (das Lustspiel „Wit und Joz“ hat sich am längsten behauptet), er war nie mehr als ein Künstler, der von anderen übernommene Formen wohl zu handhaben, aber nicht mit neuem Leben zu erfüllen verstand. So war er denn auch als Kritiker kein Anreger und Führer zu Neuem und auf neuen Wegen. Als Theater- und Literaturpapst wandte er die Gabel an, die er ein für allemal als Kritiker aufgestellt hatte, und war nun sehr empört, als die deutsche Literatur sich nicht danach richtete. Die Naturalisten haben manchen Strauß mit ihm ausgefechten gehabt. Denn immer noch war er in Leipzig eine Macht. Dann freilich drückte ihn die Entwicklung immer mehr in den Hintergrund. Nochte er auch fortfahren, Dramen und Romane zu schreiben (auf dem Tisch des Toten lag ein beinahe vollendeter vierbändiger Roman), er hatte kein Echo mehr.

Die Zusammensetzung der Sonne. Wie sehr das menschliche Wissen noch immer schwach ist, beweist die Tatsache, daß trotz aller Triumphe der Photographie und insbesondere der Spektroskopie, dieses Jauberstaubes für die Erforschung der Welt, über die Zusammensetzung auch der Sonne nur unsichere und schwankende Vorstellungen bestehen. Im letzten Heft des „Astrophysical Journal“ hat der Physiker Hermann Schulz entgegen anderen Anschauungen wieder einmal die Behauptung verteidigt, daß der Kern

der Sonne sich in flüssigem Zustande befindet. Diese Theorie wurde von dem berühmten Kirchhoff aufgestellt und dann von dem Astronomen Jölicher mit einigen Abänderungen vertreten. Seitdem sind namentlich die Untersuchungen über die Temperatur der Sonne weiter fortgeschritten und haben zu neuen Zweifeln geführt. Gerade aus ihren Ergebnissen, wonach die mittlere Temperatur der Sonne ungefähr 5400 Grad wäre, zieht Hermann Schulz den Schluß, daß ein flüssiger Sonnenkern alle Eigenschaften unseres Muttergestirns am besten erklärt. Er folgert auch, daß nach mancherlei Erscheinungen der Fixsternwelt auch viele andere Sterne nicht lediglich aus glühenden Gasen bestehen mögen. Fast gleichzeitig haben die „Astronomischen Nachrichten“ noch eine weitere Sonnentheorie veröffentlicht, die den russischen Astronomen Amosnitsch zum Urheber hat. Dieser will die Beobachtungen an den Sonnenflecken, den von diesen gebildeten Ionen, den Ausbrüchen von glühenden Metalldämpfen und Gasen usw. dadurch erklären, daß die Sonnenflecken durch das Entweichen erhitzten Dampfes aus den niederen Schichten der Sonnenatmosphäre verursacht sind und daß die dadurch entstehenden trichterförmigen Löcher mit Wolken der Photosphäre ausgefüllt werden.

Die Verfälschung des Hackfleischs. Es besteht vielfach die Sitte oder, richtiger gesagt, die Unsitte, gehacktes Fleisch von Rindern und Schweinen roh und unzubereitet zu verzehren. Um nun diesem Fleisch eine einladende rote Farbe zu geben, sehen manche Fleischer schwefelgelbes Nitron hinzu, das eine nur dem geübten Auge verdächtige intensive Rotfärbung bewirkt, die von den Käufern gewöhnlich als ein Zeichen besonderer Frische angesehen wird. Da gehacktes Fleisch nur dann seine rote Farbe beibehält, wenn es aus frischem Fleisch hergestellt wird, und die gewöhnliche säufliche Ware, wenn sie aus Resten und Abfällen besteht, schnell mißfarbig wird, ist jener Kunstgriff in seiner Entstehung wohl begründet. Nebenfalls aber ist es die Pflicht der zuständigen Organe, ihr entgegenzutreten, da nach gerichtlicher Entscheidung zweifellos eine irreführende Nahrungsmittelfälschung vorliegt. Leider ist jedoch die Unsitte, wie aus einem Bericht des kaiserlichen Nahrungsbüros hervorgeht, verbreitet, und die Aussicht ist lange nicht stark genug, um sie zu verhindern, da von 150 Proben von Hackfleisch, die von ebenso viel Fleischern in Halle a. S. entnommen wurden, nur 15 frei von schwefeliger Säure waren, während alle übrigen mehr oder minder große Mengen davon enthielten. Diese Proben wurden heimlich durch Anstellung des hygienischen Instituts der Universität Halle eingesammelt. Bei der amtlichen Kontrolle, wo Polizeibeamte in Zivil 20 Proben nahmen, enthielten nur 4 davon schwefelige Säure. Dies beweist, abgesehen von der zu kleinen Zahl der Proben nur, daß es von großem Belang ist, wenn diese von besonders geeigneten und sachkundigen Organen eingesammelt werden. Gleiche Erfahrungen wurden auch in Frankfurt a. M. gemacht, wo nur 8,00 v. H. der von Polizeibeamten, dagegen 18,4 v. H. der von Nahrungsmittelchemikern genommenen Proben zu beanstanden waren.

Theater.

Freie Volkstheater (im Neuen Schauspielhaus): Nacht-aschl von Maxim Gorki. An dieser Aufführung der erschütternden Parfümtragödie werden die Vereinsmitglieder ihr wahrhaftes Gesängen haben. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn wir sie an die Spitze aller im laufenden Spieljahr dargebotenen Veranstaltungen stellen: so vortrefflich hat hier die Regie ihres schwierigen Amtes gewaltet, und so recht mit fatterm künstlerischem Bewußtsein alle die Wendegestalten aus seelischer Tiefe herausgehoben und Charakteristisch herausgearbeitet worden. Fast jede Rolle, auch die kleinste, hat ihre beste Vertretung gefunden; und wie im einzelnen, man darf sagen, vollendete darstellerische Leistungen zutage traten, so bereiteten sich sämtliche Mitwirkende, ihr Können zu zeigen. Das Willen war echt, das szenische Zusammenspiel satzessig bis zu wuchtiger dramatischer Schlagkraft gesteigert. Es waren Menschen, die da, befreit von jeglicher Lebensläge, in aller ihrer sozialen, aber auch seelischen Nacktheit vor uns hingestellt wurden. Und hinter allen Schindalen dieser Entertän, zwischen alles zynische oder verzweifelte Aufschauen schützten laut und leise bitterste Tränen. Man sieht unter dem Banne dieser Tragik und geht erschüttert, doch nicht abgestoßen, aber nachdenklich aus dem Theaterraum... o. k.

Humor und Satire.

Lied der Ehrenmänner.

Gurra, man schämt die Wahrheit ein, man muß sich alles ändern! O welche Lust, ein Schuft zu sein in deutschen Vaterländern! Run dürfen wir doch ungeniert jedwedes Schaflein fähen, und wenn uns jemand denungert, so woll'n wir uns beschweren. Was hilft ihm dann sein lautes Schreien: kein Zeuge darf mehr sprechen! Man sperrt ihn wohl zwei Jahre ein und läßt ihn Wuthe blechen. Die Wuthe steht in unserm Saal, sie geht bis zwanzigtausend... So leben wir, wir Lumpenpaß, lufthierend, trinsend, schmausend. Und wir, die wir uns amüster'n laut hundertsinnsunflehig, wir werden gleichfalls profitier'n, denn als Effekt ergibt sich: Des Urteils ganze Schwere fällt auf die Verleumdertstirnen. Wir kriegen zu dem Spoh noch Geld, ganz so wie richtige Dinnen.

den Sozialdemokraten) zumal da er Familie hat. (Hört! Hört!) Ich möchte die Militärverwaltung dringend bitten, den Mann für die schweren Nachteile zu entschädigen, die er in der Unterjuchungslage erlitten hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Kapitel wird bewilligt, ebenfalls eine Reihe weiterer Titel. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2 Uhr. (Auserdem Pensions- und Invalidenfonds; 2. Lesung des Automobilgesetzes.)

Schluss 6¹/₂ Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Subjekt-Kommission des Reichstags.
(12. Sitzung, 22. März.)

Bei der Beratung des Allgemeinen Werkbetriebs fragt Genosse Ledebour an, ob und inwieweit bei Vergabe von Arbeiten die vom Reichstag gefasste Resolution beachtet worden sei: in erster Linie die Unternehmer zu berücksichtigen, welche die mit den Arbeiterorganisationen vereinbarten Lohnsätze anerkannt hätten.

Admiralitätsrat Hanns entgegnet, daß hierüber nicht ein einzelnes Messort, sondern der Bundesrat zu entscheiden habe, dessen Entschlüsse dem Reichstag zugestellt würden. Genosse Ledebour findet diese Antwort in jeder Beziehung ungenügend. Jedenfalls aber stehe fest, daß der Bundesrat es bisher nicht für der Mühe wert gehalten habe, zu der Resolution Stellung zu nehmen. Das zeuge von geringem Respekt dem Reichstag gegenüber. Dieser müsse aber verlangen, daß seine Resolutionen beachtet werden und der Bundesrat hierzu seine Entschlüsse bis zur nächsten Budgetberatung fasse, damit der Reichstag wisse, woran er sei. Er empfehle, das Gehalt des Reichskanzlers solange nicht zu bewilligen, bis die Beschlüsse des Bundesrats über die ihm überwiesenen Resolutionen vorliegen.

Abg. Erzberger beklagt sich gleichfalls über die dikatorische Behandlung dieser Frage durch den Bundesrat und wendet sich gegen den Abg. Semler, der den Bundesrat zu entscheidigen versucht hätte, weil der Reichstag zu viele Petitionen fassse.

Abg. Leonhardt behauptet, daß bei der Vergabe von Arbeiten die Marineverwaltung dieselbe in einer Weise verfare, welche die schärfste Kritik herausfordere. So sei ihm ein Fall bekannt, wo die Scheibenreparatur in Stundenlohn vergeben sei, was — da jede Kontrolle fehle — dem betreffenden Unternehmer einen Reingewinn von mindestens 50 000 M. jährlich bringe. Einer Antwort wurde Abg. Leonhardt von der Marineverwaltung nicht gewährt. — Die Kommission setzte von den geforderten 4 920 000 M. 100 000 M. ab.

Von dem Titel „Instandhaltung der Schiffe und ihres Inventars“ für welchen 22 640 000 M. eingestellt sind, werden mit Rücksicht auf den Rückgang der Materialpreise 600 000 M. abgesetzt.

Beim Titel „Zentralverwaltung für das Schutzbereich Kiautshou“ bemängelt Erzberger die hohen Verwaltungskosten; das Gebiet sei nicht größer als der Bundesstaat Bremen, so daß die für die Zentralbehörden aufgewendete Summe von 140 000 M. viel zu hoch sei. Die Kommission einigte sich auf eine Resolution, in welcher eine Vereinfachung der Zentralverwaltung verlangt wird.

Vor Eintritt in die Beratung über die „einmaligen Ausgaben“ beantragt Genosse Singer, die Beratung so lange aufzuschieben, bis der Reichskanzler über die Möglichkeit der vom englischen Premierminister Adquith in Bezug auf die an die deutsche Regierung gerichtete Anfrage der Budget-Kommission Auskunft gegeben habe.

Der Vorsitzende Fehr. v. Camp wendet sich gegen den Antrag und verweist auf das Schreiben des Reichskanzlers, in welchem es heiße, daß er in Aussicht genommen habe, dem Herrn Staatssekretär v. Schöen eine Erklärung abgeben zu lassen, soweit ihm das einschlägige, noch zu beschaffende Material das für nützlich erscheinen lasse. Der Reichskanzler sei also zurzeit garnicht in der Lage, die gewünschte Auskunft zu erteilen, weshalb er (Camp) von einer Vertagung der Beratung des Marineetat abzusagen bitte.

Genosse Singer entgegnet, daß der angeführte Grund nicht stichhaltig sei; denn was wolle der Kanzler noch für Material beschaffen? Es handle sich einfach darum, ob die im englischen Unterhaus gemachten Mitteilungen, daß die englische Regierung mit Vorschlägen zu einer Ermäßigung der Schiffbaukosten an die deutsche Regierung herantreteten, diese aber jede Unterhandlung darüber abgelehnt habe, wahr sei oder nicht. Hierüber solle der Reichskanzler Auskunft geben; die Kommission habe die Auskunft gewünscht, um je nach dem Ausfall der Antwort daraus budgetäre Konsequenzen zu ziehen. Es fehle jeder Grund, den gefassten Beschluß aufzuheben. Im Gegenteil: wenn er nicht gefasht wäre, so müßte er angefochten überall zeigen, jetzt erst recht gefasht werden. Ohne Zweifel werde die Angelegenheit beim Reichsmarineamt im Plenum behandelt werden, bevor der Etat des Reichskanzlers in der Kommission erörtert worden sei.

Die Kommission einigt sich schließlich dahin, in der Beratung des Marineetat fortzufahren, die Titel 16—22, welche lauter erste Raten enthalten, aufzuschieben und vor ihrer Erledigung den Etat „Reichskanzler und Reichskanzlei“ auf die Tagesordnung zu setzen. Eine längere Debatte entspann sich über die Vergabe der Lieferung von Panzerplatten und die Monopolstellung, welche hierbei die Firma Krupp einnehme. Graf Dopperdorff teilt mit, daß die anderen Firmen sich scheuten, Offerten zu machen, weil die Schießproben auf dem der Firma Krupp gehörenden Schießplatz bei Reppen abgenommen würden und weil man von ihnen verlange, daß sie bei billigeren Preisen besseres Material liefern.

Genosse Singer führt aus, daß wir bisher ohne Zweifel zu viel bezahlt hätten; denn es sei ganz unabweislich, daß bei der Festsetzung der Selbstkosten 10 Prozent Dividende mit hineingerechnet worden seien. Die Beratung wurde hier abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Etat des Reichskanzlers, wobei voraussichtlich die Vorgänge im englischen Unterhaus zur Erörterung kommen werden.

Die Bergwerkskommission des Abgeordnetenhauses

hielt am Freitagabend wieder eine Sitzung ab. Nachdem in der letzten Sitzung beschlossen worden war, daß der Arbeiterausschuß durch die Sicherheitsmänner gewählt werden soll, gelangte jetzt der konservative Verschlechterungsantrag, der die Vorlage ersetzen soll, zur Beratung. Zunächst stand § 80 f zur Debatte. Er lautet:

„Auf denjenigen Bergwerken oder selbständigen Betriebsanlagen, auf welchen in der Regel mindestens 100 Arbeiter beschäftigt werden, müssen Sicherheitsmänner (§ 80 f, g) und ein Arbeiterausschuß (§ 80 f, i) vorhanden sein.“

Von sozialdemokratischer Seite und vom Zentrum wurde beantragt, halt 100 Arbeiter zu setzen. Der Antrag wurde mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Sodann kam § 80 i zur Beratung:

„Die Zahl der Sicherheitsmänner ist so zu bestimmen, daß auf jede zur Zeit der Wahl bestehende Streikabteilung ein Sicherheitsmann entfällt.“

Hierzu beantragte der sozialdemokratische Vertreter, daß auf eine Streikabteilung „mindestens“ ein Sicherheitsmann entsalle. Der Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

§ 80 f, b bestimmt:

1. Die Wahl der Sicherheitsmänner erfolgt nach Streikabteilungen. Jede Streikabteilung wählt aus ihrer Mitte einen Sicherheitsmann; die Wahl ist unmittelbar und geheim.

Der sozialdemokratische Vertreter beantragte, die Wahl der Vertreter für alle Streikabteilungen gemeinsam nach den Grundätzen der Verhältniswahl vorzunehmen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt gegen zwei Stimmen.

Rumreife gelangten die Bestimmungen über das aktive Wahlrecht zur Beratung. Diese lauten:

2. Zur Wahl berechtigt sind nur volljährige Arbeiter, welche seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben.

Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, daß alle zur Zeit der Wahl auf dem Bergwerk beschäftigten Arbeiter wahlberechtigt sein sollen. Das Zentrum beantragte, daß alle volljährigen Arbeiter, welche mindestens ein Jahr Bergarbeit verrichtet haben, das Wahlrecht besitzen sollen. Dagegen verlangten die Nationalliberalen, zur Wahl berechtigt soll nur der Arbeiter sein, der mindestens 25 Jahre alt ist und der unterirdischen Belegschaft seiner Grube ununterbrochen entweder seit Eröffnung des Betriebes oder seit mindestens drei Jahren angehört.

Ueber diese Anträge wurde lebhaft debattiert. Der Minister erklärte sich gegen diese Beschränkungen, die die Nationalliberalen schafften wollten. Die Freikonservativen waren damit einverstanden, sie haben angeblich keine guten Erfahrungen mit den Arbeiterausschüssen gemacht. Der nationalliberale Antrag wurde im Laufe der Debatte zurückgezogen, was die Freikonservativen lebhaft bedauerten. Der Sozialdemokrat betonte, daß, wenn man solche Beschränkungen einführe, es doch besser sei, man überlasse den Werksbesitzern die Auswahl der Sicherheitsmänner. Es sei ganz ungerade, Bedingungen an das Wahlrecht zu knüpfen, die nicht von dem Arbeiter abhängig sind. Wenn ein Arbeiter noch nicht ein volles Jahr auf der Grube beschäftigt ist, so ist das nicht Schuld des Arbeiters; da aber auch dessen Leben und Gesundheit zu schützen ist, so muß ihm auch die Möglichkeit gegeben werden, die Auswahl der Personen mit vorzunehmen, die für seinen Schutz eintreten sollen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen eine und der Zentrumsantrag gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Ueber das passive Wahlrecht bestimmt die Vorlage und der konservative Antrag folgendes:

Die Sicherheitsmänner müssen mindestens 30 Jahre alt sein und seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens drei Jahre ununterbrochen auf dem Bergwerke gearbeitet haben. Sie müssen mindestens 5 Jahre unterirdisch und davon mindestens 2 Jahre als Hauer beschäftigt gewesen sein. Wähler und Sicherheitsmänner müssen die bürgerlichen Ehrenrechte und die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen, die Sicherheitsmänner überdies der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Eine Unterbrechung der Arbeit liegt nicht vor, wenn Arbeiter unmittelbar nach Beendigung einer militärischen Dienstleistung, eines Ausstandes oder einer Aussperrung wieder zur Beschäftigung auf demselben Bergwerk angenommen werden, ohne inzwischen auf einem anderen Bergwerk beschäftigt gewesen zu sein.

Hierzu wurde von den Sozialdemokraten und vom Zentrum beantragt, das Alter auf 25 Jahre und die ununterbrochene Beschäftigung auf ein Jahr herabzusetzen. Die Nationalliberalen waren hier wieder bereit, erhebliche Verschlechterungen herbeizuführen. Sie beantragten, daß als Vertreter nur gewählt werden könne, wer 30 Jahre alt ist, und dann

2. der unterirdischen Belegschaft seiner Grube entweder seit Eröffnung des Betriebes oder ununterbrochen mindestens 5 Jahre als Hauer angehört;

3. seit 5 Jahren nicht wegen Uebertretung bergpolizeilicher Vorschriften bestraft worden ist;

4. weder selbst Gast- oder Schandwirtschaft betreibt noch denselben Hausstand mit einem Angehörigen teilt, der ein solches Gewerbe betreibt, und

5. nicht Knappschaftsinvalid ist.

Die Bestimmungen über 5jährige ununterbrochene Beschäftigung und wegen Uebertretung polizeilicher Vorschriften zogen die Nationalliberalen im Laufe der Debatte zurück. Sie behielten sich aber vor, für die zweite Lesung eine bessere, d. h. für die Arbeiter ungünstigere Fassung zu beantragen.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge, das Alter auf 25 Jahre herabzusetzen, mit allen gegen 9 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen und Freisinnigen.

Die Herabsetzung der ununterbrochenen Beschäftigung auf ein Jahr wurde mit allen gegen zwei Stimmen (Sozialdemokrat und ein Zentrumsmittglied) abgelehnt. Ebenso der Zentrumsantrag bezüglich der einjährigen Bergbauarbeit.

Gegen die Stimme des Antragstellers wurde auch der Antrag der Sozialdemokraten, hinter unterirdisch einzufügen: „oder im Tagebau“ abgelehnt.

Der Antrag Fehr, betreffend die Gastwirtschaft, wurde mit 16 und der bezüglich der Knappschaftsinvaliden mit 18 Stimmen angenommen.

Dann wurde über den dritten Absatz des § 80 f b beraten, der lautet:

Die Sicherheitsmänner sind auf mindestens ein und auf höchstens fünf Jahre zu wählen. Der Wahltermin ist 4 Wochen vor der Wahl bekanntzugeben.

Der Sozialdemokrat beantragte, halt fünf Jahre drei Jahre zu setzen, das Zentrum wollte vier Jahre festsetzen wissen. Diese Anträge wurden jedoch mit vier bzw. neun Stimmen abgelehnt.

Danach wurde die Beratung abgebrochen.

Der Erfolg der ersten Beratung bezüglich des Wahlrechts und der Sicherheitsmänner ist also, daß die Nationalliberalen mit ihren Verschlechterungsanträgen durchgedrungen sind. Bei der zweiten Lesung werden wir noch schmerzliche Dinge erleben. Nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen ist gar nicht darauf zu rechnen, daß irgend welche Verbesserungen in der Gesetzesvorlage Aufnahme finden. Die Freunde der Bergarbeiter stehen einer kompakten arbeitereindlichen Majorität gegenüber.

Der Kapitalismus in der Glasindustrie.

Vor einigen Monaten zirkulierte die Mitteilung durch die Presse, daß ein Ingenieur Owen eine Maschine erfunden habe, die selbstständig und unabhängig von jeder Handarbeit die Massenherstellung von Glasflaschen möglich macht. Ueber diese Erfindung hatten auch wir berichtet. Die Einführung dieser neuen Flaschenmaschinen bedeutet für die Glasindustrie ein wichtiges Ereignis. Hat sich doch durch die Owensche Maschine auch hier die Maschinenwirtschaft angebahnt, um den gelehrten Arbeiter durch den ungelerten Arbeiter und durch die mitarbeitende Frau zu ersetzen.

In einer Sammlung technisch-wirtschaftlicher Monographien, die kürzlich R. Singheimer im Verlage von Klinkhardt herausgegeben hat, wird auch der Entwicklung der Glasindustrie eine besondere Studie gewidmet. Es zeigen sich auch hier interessante Wechselbeziehungen zwischen den Fortschritten der Technik und der Neuorganisation der Arbeit, die in jeder Etappe notwendig wurden.

Zunächst macht sich der Einfluß der Technik in der Glasindustrie auf die Veränderung des Produktionsortes geltend. Noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sehen wir den Standort der deutschen Glashütten fast nur in den waldreichen Gegenden gelegen. Der Speisart und der Schwarzwald, Bayern, Thüringen und Schlesien sind die Gebiete, in denen die Glasfabriken ihren Sitz haben. Vor allen Dingen aber war es Böhmen, das alle anderen Gebiete Deutschlands durch die Menge und die Güte der Produkte übertraf. Heute dagegen hat sich nur ein Teil der Glasindustrie in diesen Gegenden erhalten können, der größte Teil ist aus den Waldungen in die Ebenen, in die Nähe der Kohlenlager gezogen. Die Ursachen dieser Veränderungen des Produktionsstandortes liegen vor allen Dingen in der Aenderung

der Feuerungstechnik. An Stelle des Holzes als Brennmaterial trat die Anwendung der Kohle; die Glasindustrie siedelte sich daher vornehmlich in den Kohlengebieten an, an der Saar, am Rhein und in Schlesien.

Weiter zeigt sich auch hier die Wirkung der Technik auf die Produktivität der Arbeit und auf die Ermäßigung der Produktionskosten. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war es Friedrich Siemens, der durch das sogenannte Regenerativ-Gebläse die Produktion auf eine neue Grundlage gestellt hat. Nicht nur konnte man jetzt viel höhere Temperatur als bisher erzielen; man hatte auch ihre Regelung völlig in der Hand, ohne von Zufälligkeiten abhängig zu sein, die früher so oft die Ofenhitze plötzlich gesteigert oder wieder vermindert hatten. Die Anwendung dieses neuen Gebläses brachte eine eminente Brennstoffersparnis und kürzte den Schmelzprozeß erheblich ab. Eine andere wesentliche Verbesserung lag in der Veränderung der Stoffe. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts waren die in der Glasproduktion verwendeten Rohstoffe Naturprodukte, Kalksoda, Quarz, Pflanzenschafte.

Durch die Entdeckung von Leblanc wurde erreicht, aus Kochsalz Soda in unbegrenzten Mengen herzustellen. Es beginnt damit zugleich die Ausbildung der technischen Glasindustrie, die durch die Analysen und Produktionsmethoden die billigen Erzeugnisse für die Glasfabriken herstellen konnte. Die Technik bewirkte dann auch noch eine weitere Steigerung der Produktivität durch die Veränderung in der Menschkraft. Die Stuhlarbeit, wie die Herstellung der Glasgegenstände aus freier Hand genannt wird, wird verdrängt durch die Formarbeit, die flüssige Glasmasse wird durch mechanische Hilfsmittel in eine Form getrieben und dann gepreßt.

Hand in Hand mit diesen Verbesserungen geht die Arbeitsteilung. Noch Ende des 18. Jahrhunderts hatte z. B. in Franken ein Glasmeister nicht nur das ganze Werk zu dirigieren, sondern auch den Ofen zu bauen, die Schmelztiegel zu verfertigen und die Mischung der Glasmaterie zu besorgen. Neben den eigentlichen Glasmachern waren nur noch die eigentlichen Ofenbeizer beschäftigt.

Eine ganz andere Arbeitsteilung dagegen zeigt eine moderne Glashütte. Für die Bearbeitung des Glases vor dem Ofen sind die qualifizierten Arbeiter beschäftigt. Der gelehrte Arbeiter ist hier immer noch notwendig, weil das gleichmäßige Ausblasen des Glases, die Verteilung der Wandstärken in der gewünschten Gleichmäßigkeit sich erst durch langjährige Übung und sorgfältige Ausbildung erlernen läßt. Besonders die Erzeugung der oft so kunstvoll bezirkelten Kristallgläser und anderer Luxusgegenstände erfordert ein sorgfältig geführtes Arbeiterpersonal. Neben dieser Arbeiterkategorie aber kommen noch diejenigen Hilfskräfte in Frage, die nicht unmittelbar an der Glaserzeugung beteiligt sind. Hier findet man die handwerksmäßig ausgebildeten Gefasnmacher, Tischler und Schlosser, welche die Gefas, Ofensteine, Holz- und Metallformen und Werkzeuge anzufertigen haben. Außerdem wird noch eine große Zahl ungelerner oder höchstens angelehrter Arbeitskräfte verwendet. Zu ihnen gehören die Leute, welche die Zerklammerung und sonstige Zubereitung der verschiedenen Materialien besorgen, ferner die Kohlenwärter, Schürer, Pader und dergleichen.

Je mehr in der Glasindustrie die Massenfabrikation vorwärts schreitet, desto geringer wird die Zahl der gelehrten Arbeiter, desto umfasser kann die Maschine eingeführt werden, die dann wiederum nur ungelernete oder angelehrte Arbeitskräfte benötigt. Am klarsten zeigt sich die Erscheinung heute schon bei der Flaschenfabrikation. Die Owensche Flaschenmaschine ist die vorläufige Lösung des Problems, auf diesem Gebiete die Arbeit der Menschen auszuschalten. Die vielen Versuche, die seit den achtziger Jahren nach dieser Richtung gemacht wurden, haben endlich in den letzten Jahren ihr Ziel erreicht. Allerdings hatte man schon längere Zeit die sogenannten Flaschenblasmaschinen in Anwendung, die an Stelle der Lungenkraft des Arbeiters die Wirkung eines Preßluftgebläses setzten. Die bewegendes Kraft wurde entweder durch Dampfmaschinen oder auf elektrischem Wege hervorgerufen. War auch die Arbeit des Blases von der Maschine übernommen, so hatte der Arbeiter selbst das Glas aus dem Ofen zu schöpfen und in die Form einzugießen, den Luftdruck zu regulieren und die fertige Flasche wieder herauszunehmen. Dieses System machte daher auch den gelehrten Arbeiter noch nicht überflüssig, da lange Übung und Vertrautheit mit der Behandlung geschmolzenen Glases nötig war, um gerade die richtige Menge Glas in der Form einzufüllen. Die später konstruierten Maschinen gingen wieder einen Schritt weiter und übernahmen auch die Regulierung des Luftdruckes, so daß dem Arbeiter nur das Aufnehmen des Glases verblieb. Die Stärke des Luftdruckes wird dabei durch ein Manometer und die Zeitdauer durch ein Uhrwerk erkennen gemacht. Das System Owens hat auch die Arbeit des Glasnehmens der Maschine übertragen, so daß nun ein vollkommen automatischer Betrieb eingerichtet ist. Durch regelmäßige Umdrehung tauchen die sechs Arme der Maschine in die Wanne ein, durch saugende Luftwirkung wird das genau gewünschte Quantum herausgehoben und die Flasche in eine Vorform und in eine Endform ausgeblasen. Je vier Flaschen werden auf einmal automatisch in einer Verschmelzmuffel vollendet und schließlich gleichfalls auf automatischem Wege in den Kühlkasten abgelegt.

Natürlich hat den Vorteil dieser technischen Erfindung sich nur der Kapitalist zunutze gemacht. Kaum wurden die ersten Mitteilungen über erfolgreiche Versuche bekannt, die der Ingenieur Owen mit seiner Maschine ausführte, so legten die vereinigten Unternehmer diese Erfindung mit Beschlag. Der europäische Verband der Flaschenfabriken hat die Owenspatente für 12 Millionen Mark gekauft und wird nun die Anwendung der Maschinen und die Regelung der Produktion einheitlich vornehmen. So hat diese wichtige Erfindung auch hier zu einer Art Trübsbildung geführt und die Leitung der Produktion zentralisiert.

Die Glasindustrie, besonders in der Flaschenfabrikation, besitzt jetzt eine Arbeiterschaft, die mit allen, auch klar gegen das Gesch verstoßenden Mitteln die Arbeiterbewegung niederzuringen sucht. Nach den Bestimmungen der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken müssen sich die Mitglieder „unter Ehrenwort verpflichten, von anderen Mitgliedern keine Arbeiter zu beschäftigen, welche als Aufwiegler sind und sozialdemokratische Tendenz verfolgen.“ Dergleichen haben die Vereinsmitglieder die Verpflichtung, „die Namen derjenigen Arbeiter sich gegenseitig mitzuteilen, welche von ihnen als Aufwiegler oder wegen Hervortretens einer sozialdemokratischen Gesinnung entlassen worden sind.“ Trotzdem ist die Staatsanwaltschaft gegen die Glasbarone noch nicht mit einer Anklage vorgegangen.

Der Kapitalismus führt also auch hier zu den gleichen Erscheinungsformen, wie in anderen Industrien. Die Maschinenarbeit verdrängt die Handarbeit, unterdrückt den Kleinbetrieb und führt zu immer erbittertem gewerkschaftlichen und politischen Kampfe, der zwischen Arbeiter und Unternehmer geführt werden muß.

Aus der Partei.

„Fluchtverdacht.“

Zu Straßburg i. E. wurde bekanntlich der Parteisekretär Genosse Knau wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet. Seine Beschwerde gegen die Haftanordnung wurde gestern abgelehnt. Es soll — Fluchtverdacht vorliegen.

Selbstverständlich ist der Fluchtverdacht vollkommen unbegründet. Der Landesvorstand der elsass-lothringischen Partei hat Schritte unternommen, um die Haftentlassung gegen Kaution zu erlangen.

Zur Raifeier.

Die Parteigenossen in Altenburg und Ronneburg (Sachsen-Altenburg) haben beschlossen, von einer Tagesfeier am 1. Mai abzusehen. Von der Arbeitsruhe soll gleichfalls Abstand genommen werden. Das Schwergewicht der Feier soll auf die Abendveranstaltung gelegt werden. In Eisenberg und Schmölla dagegen wird — soweit es möglich ist — der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert.

Pfarrer und Jesuit über die Sozialdemokratie.

In Schwäbisch Gmünd in Württemberg hatte auf Veranlassung des sozialdemokratischen Vereins ein Redakteur unseres Stuttgarter Parteiorgans in überfüllter Volksversammlung über das Thema: „Kirche und Sozialdemokratie“ referiert. In der Diskussion trat der evangelische Stadtpfarrer Lamparter dem Redner entgegen, allerdings mit wenig Erfolg. In einer vom evangelischen Arbeiterverein veranstalteten Volksversammlung sprach sodann Pfarrer Lamparter über das gleiche Thema. Einige seiner Ausführungen sind so interessant, daß sie verdienen, festgehalten zu werden. Der Redner bestritt entschieden, daß die Kirche eine Feindin der Sozialdemokratie sei, die materialistische Weltanschauung jedoch bekämpfe die Kirche. „Aber ich gebe zu: auch in der Bekämpfung der Sozialdemokratie von Seiten der Kirche, soweit es sich dabei nicht um eine Abwehr der materialistischen Weltanschauung und eine Verteidigung der religiösen Güter gehandelt hat, ist manchemal gefehlt worden. . . . Man wird nicht sagen können, daß, wenn das sozialdemokratische Programm sich verwirklichen würde, die Pflege religiösen Lebens und die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse nicht mehr möglich wäre. Und deshalb muß die Kirche von aller Bekämpfung der Sozialdemokratie als wirtschaftlicher und politischer Partei sich fernhalten. Die sozialdemokratische Partei war die erste — das muß man ihr zugestehen, das ist ein Zeugnis der Geschichte und der Wahrheit — die zielbewußt und tatkräftig für die Interessen der wirtschaftlich Schwachen eingetreten ist.“

So der evangelische Pfarrer.

Fast noch weiter ging der Jesuitenpater Seiler, der am 10. März in der Marienkirche in Stuttgart über „Christentum und Sozialdemokratie“ sprach. Der Jesuit stellte zunächst die Frage: „Welche Umstände haben den Sozialismus geboren?“ Diese Frage beantwortete er dem Zentrumsorgan „Deutsches Volksblatt“ Nr. 62 vom 17. März 1900 zufolge also:

„War es der Haß gegen das Christentum? Ganz gewiß; Reine Unschuld war es der Haß gegen den Kapitalismus. Sein Entstehen trägt folgende Merkmale: An Stelle des Kleinbetriebes war durch die wirtschaftliche Entwicklung der Großbetrieb entstanden. An Stelle der Produktion für den Selbstgebrauch trat die Produktion für den Weltmarkt, das heißt die Warenproduktion. Die Produktionsmittel sind in den Händen weniger Einzelner, die Masse der Arbeiter sind heillos proletarisch. In der bestehenden Wirtschaftsordnung ist eine Verringerung dieser Lohnslaverei unmöglich, die Rettung liegt nur in der völligen Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Der Staat der Zukunft ist eine große Wirtschaftsgemeinschaft, in welcher alle in gleichem Maße Anteil an den Produktionsmitteln, alle gleiches Recht auf Arbeit haben.“

Schließlich bezeichnete der Redner den internationalen Sozialismus als Schattenbild der internationalen Größe des Christentums. „Also nicht mehr Schattenbild der Hölle, Wehr kann man zunächst nicht verlangen.“

Aus dem russischen Parteileben.

Vor kurzem fand in Rußland ein Kongreß der sozialdemokratischen Partei Litauens statt, auf welchem die Organisationen in Wilna, Grodno, Minsk, Suwalk und Stowno vertreten waren. Die Berichte der Delegierten ergaben das bekannte Bild des Zerfalls der Organisation während des verfloffenen Jahres. Aber zugleich machte sich in der letzten Zeit eine Wendung zum Besseren bemerkbar. In den Kreisen der Arbeiter und Bauern zeigt sich ein verstärktes Interesse für politische Fragen; es wächst die Nachfrage nach Parteiliteratur und Agitatoren. Aus den Resolutionen des Kongresses ist hervorzuheben, daß die Hauptaufgabe der Partei darin bestehen müsse, den Klassenkampf gegen die geschlossenen Kräfte der Reaktion und des Kapitals zu organisieren und die revolutionäre Energie für den weiteren Kampf des Proletariats anzusammeln. In der Resolution über die Parteiarbeit in den Städten empfiehlt der Kongreß „allen Parteimitgliedern, an allen parteilosen Arbeiterorganisationen, kulturellen wie gewerkschaftlichen, teilzunehmen, um diese Organisationen im Sinne der Sozialdemokratie zu beeinflussen, und dergleichen Gruppen aus Parteimitgliedern innerhalb derselben zu bilden.“ Zugleich wird empfohlen, auf den Fabriken und Handwerksbetrieben sozialdemokratische Gruppen zu bilden.

Zur Frage der Vereinigung mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands nahm der Kongreß einen detaillierten Entwurf an.

Vor kurzem fand auch eine Konferenz der sozialdemokratischen Organisation Kleinrußlands „Spilka“ (die zum Bestande der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gehört) statt, auf welcher die Organisationen in Homel, Schostak, Woronez, Krolewez, Belschew, Schitomir, Kowngorod, Wolynsk und die ausländische Gruppe der „Spilka“ vertreten waren. Die angenommenen Resolutionen (über die Tätigkeit der Dumafraktion, über die Parteiattribution usw.) tragen einen menschenwissenschaftlichen Charakter. Die Konferenz lehnte es ab, das seit einiger Zeit erscheinende Blatt „Pravda“ als das Organ der „Spilka“ zu betrachten.

Sozialdemokratische Dumaabgeordnete im Gefängnis.

Der frühere Abgeordnete der zweiten Duma, Genosse Lomka-tidsa, der im Hochverratsprozeß der sozialdemokratischen Fraktion zur Zwangsarbeit verurteilt wurde, im Gefängnis schwer erkrankte und vor einiger Zeit nach dem Sebastopoler Gefängnis transportiert wurde, wandte sich an die sozialdemokratische Fraktion mit der Bitte, wegen seiner Ueberführung nach dem Krankenhause nachzusuchen. Er teilte mit, daß außer den allgemeinen menschlichen Bedingungen des Gefängnislebens, die im Gefängnis stattfindenden Hinrichtungen einen besonders niederdrückenden Einfluß auf ihn machten. In dem ärztlichen Zeugnis, das er der Fraktion zustellte, heißt es, daß seine beiden Lungen und der Kehlkopf von der Schwindsucht betroffen seien und daß der weitere Aufenthalt im Gefängnis sein Leben bedrohe. Dieser Tage erhielt die Fraktion ein Telegramm aus Sebastopol, in welchem das Befinden Lomka-tidsas als sehr ernst bezeichnet und seine Ueberführung nach dem Krankenhause verlangt wird.

Zu gleicher Zeit erhielt die Fraktion einen Brief des Mitgliedes der dritten Duma, Genossen Kossorotoff, der gegenwärtig eine elfmonatige Gefängnisstrafe verbüßt. Sein Gesundheitszustand ist sehr schlecht, die Behandlung einschließlich. So muß er z. B. mit

Reinmalgefangenen in einer Zelle sitzen, wird äußerst schlecht versorgt und bekommt keinerlei Bücher oder Zeitungen, ja selbst nicht die stenographischen Dumaberichte ausgehändigt. Klagen beim Staatsanwalt führten zu keinem Erfolg.

„Das Echo des Bundes“.

So betitelt sich das vor kurzem erschienene ausländische Organ des jüdischen Arbeiterbundes. Der Zweck dieser, in russischer Sprache redigierten Zeitschrift ist derselbe, wie ihn der vorrevolutionäre „Vote des Bundes“, der direkte Vorgänger des „Echo“ verfolgt hatte, nämlich: „Die Herstellung eines engen Kontaktes zwischen der revolutionären Bewegung des jüdischen Proletariats und jener auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie stehenden Intelligenz, die eine Annäherung an dieses zum bewußtseinsreifen Leben ausgewachsenen Proletariat suchen wird.“ — Aus dem reichen Inhalt des Heftes sind hervorzuheben: der Artikel „Früher und jetzt“, der die gegenwärtigen veränderten Bedingungen der sozialdemokratischen Arbeit in Rußland bespricht, ferner „Die Agewaffäre“, worin das Risiko der terroristischen Taktik dargelegt wird, zwei Artikel über die Organisationsfrage, genauer: über legale und geheime Tätigkeit, wobei die Anhänger einer jeden von ihnen zu Worte kommen, u. a. mehr. Außerdem enthält die Nummer eine gedrängte Widergabe der wichtigsten Ausführungen aus dem jüdischen Zentralorgan des Bundes („Stimme des Bundes“).

Tom Mann in Australien.

Tom Mann, der bekannte englische Sozialist und Organisator, der vor etwa 8 Jahren nach Australien ausgewandert, hat dort eine ungeheure Popularität erworben. Als Agitator ist er unermüdlich, alle Teile der Kolonie bereist er und hält Versammlungen ab, die sich immer starken Besuches erfreuen. Auch als Organisator hat er sein Geschick bewiesen, denn gerade er hat viel zur Bildung der sozialistischen Partei Australiens beigetragen. Durch sein in Melbourne erscheinendes Blatt „The Socialist“ wirkt er unabhängig für die Verbreitung des sozialistischen Gedankens unter der australischen Arbeiterschaft. Von der bürgerlichen Klasse wird er gefürchtet und gehaßt. So wurde ihm kürzlich von den Behörden von New-Südwales untersagt, in Versammlungen zu reden. In Broken Hill dauert nämlich seit Wochen ein Streik der Bergleute, die Tom Mann in ihrem Kampfe wirksam unterstützt hatte. Daher das Verbot! Die Arbeiterschaft aber wußte sich zu helfen. Sie wollte den beliebten Redner vor seiner Abreise nochmals hören, und so wurde eine Versammlung auf der Grenze zwischen New-Südwales und Süd-Australien einberufen; Tom Mann sprach von jenseits der Grenze. Von Broken Hill aus hatte ein von der Arbeiterpartei gestellter Extrazug gegen 4000 Menschen herbeigeführt. Die bürgerliche Presse muß selbst zugestehen, daß etwas Ähnliches wohl in ganz Australien noch nie dagewesen ist. Mit Stauern und Unbehagen sieht man die wachsende Popularität des sozialistischen Agitators, dessen Lehren auf immer größeres Verständnis bei der Bevölkerung stößen. Selbstverständlich ist Tom Mann längst nicht mehr allein, der Sozialismus hat in Australien außer ihm eine ganze Anzahl der tüchtigsten Verfechter gefunden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Es gibt keine Klassenjustiz.

Als an einem Sonntag im Januar d. J. die ländlichen Ortschaften des Wahlkreises Mählfeld-Wangenfeld-Weihensee mit einem Flugblatt über das persönliche Regiment belegt wurden, bereiteten zwei Genossen diese Flugblätter auch in Tennstedt. Ein Landwirt, der mit seinem Gefährt auf der Straße hielt, war auf die von Haus zu Haus gehenden Flugblattverleiher aufmerksam geworden und hat sie neugierig um ein Exemplar der Blätter. Sie kamen der Bitte in gefälliger Weise nach, doch das Auge des Besessenen hatte sie schon bei der „strafwürdigen“ Handlung bemerkt. Jeder der beiden Genossen erhielt vom Schöffengericht Tennstedt eine Gefängnisstrafe von acht Tagen jubitiert! In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß beide Sänder versucht hätten, die Einwohner des Ortes in Aufregung zu versetzen! Auf Selbststrafe wurde nicht erkannt, weil diese nicht von den Angeklagten bezahlt wurde!

Widerstand gegen die Strafgewalt durch Erinnerung an die 1848er Revolution.

Der Erste Strafsenat des Reichsgerichts verwarf am Montag die vom Genossen Thieme in Frankfurt a. M. eingelegte Revision gegen das Urteil der Strafkammer, die ihn wegen „Widerstandes gegen die Strafgewalt“ zu 200 M. Strafe verurteilt hatte. Er hat das Verbrechen begangen, im Schaufenster der Buchhandlung unseres Frankfurter Parteiblattes „Geschichte der Wiener Revolution“ auszuhängen, auf dessen erster Seite ein alter Kupfer aus die Soldaten nachgebildet war. Das Gericht nahm an, dem Angeklagten sei es nicht bloß darum zu tun gewesen, Käufer anzulocken, sondern er habe gleichzeitig antimilitaristische Agitation treiben wollen. — Das Frankfurter Urteil hatte Kopfschütteln und Hohngelächter in der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen, denn seit Jahren wird das Werk unbeanstandet in ganz Oesterreich vertrieben. Daß das Reichsgericht, das ja von Jahr zu Jahr immer mehr in Formalismus verhärtet, dieses unglaubliche Urteil bestätigt hat, wird das Ansehen der deutschen Justiz ganz gewiß nicht heben.

Die „loyale Handhabung“ des Reichsvereinsgesetzes.

In Labiau (Ostpreußen) hatte der Parteisekretär Genosse Linde zu einer Konfession des Kreisvereins 13 Personen, darunter 2 Nichtmitglieder, brieflich eingeladen. In dieser Zusammenkunft wurden auch politische Angelegenheiten erörtert. Die Polizei machte daraus eine „öffentliche Versammlung“, und der Amtsanwalt wollte die Verurteilung des Genossen Linde wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes herbeiführen. Das Schöffengericht erkannte indes auf Freisprechung, ohne allerdings dem Genossen Linde die Unkosten zu ersparen.

Das Gericht erklärte: es komme nicht darauf an, ob politische Angelegenheiten erörtert worden seien oder nicht; die Versammlung könne nur dann eine öffentliche sein, wenn sie von vorn herein als öffentliche geplant und zu dem Zwecke einberufen worden sei, politische Angelegenheiten zu erörtern; die Versammlung bekomme auch noch nicht den Charakter einer öffentlichen, wenn an ihr zufällig einige Nichtmitglieder teilnehmen. Der Amtsanwalt wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Inzwischen wird schon wieder eine neue Aktion geplant. Es finden Vernehmungen der Teilnehmer einer Mitgliederversammlung statt, die in Labiau abgehalten worden ist. Auch durch die Abhaltung dieser Versammlung soll Genosse Linde

das Vereinsgesetz übertreten haben. Der Bürgermeister hat bei der Vernehmung der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins gesagt, sie möchten lieber zur Kirche gehen und sich die Predigt des Pastors anhören, statt der Versammlung des Linde beizuwohnen! — Man hat sich in Labiau sogar den Kopf darüber zerbrochen, ob Genosse Linde wegen „versuchter Uebertretung“ des Reichsvereinsgesetzes zu bestrafen sei. Es hat nämlich eine Versammlung stattfinden sollen, aber sie ist schließlich abgefragt worden, und deshalb sollte hier wenigstens der „Versuch“ bestraft werden! So wird in Ostpreußen das Reichsvereinsgesetz gehandhabt! —

Gerichts-Zeitung.

Ein umfangreicher Pferdeurteilschwinkel

liegt einem Strafprozeß zugrunde, der gestern vor der I. Strafkammer des Landgerichts III begann und vermutlich etwa eine Woche in Anspruch nehmen dürfte. Angeklagt wegen Betruges und willkürlichen Verkaufs verfälschter Nahrungsmittel sind folgende Personen: 1. Der Schlächter Karl Behnke aus Weihensee, 2. dessen Ehefrau Auguste B. geb. Holzgäpel, 3. der Schlächter Franz Kaulisch, 4. der Händler Anton Fettig aus Karlsruhe, 5. der Händler Gustav Krüger aus Pankow, 6. dessen Ehefrau Berta A. und 7. der Händler Hermann Schroll. Wegen den nichterschienenen Angeklagten Fettig wurde Haftbefehl erlassen. Zu der Verhandlung sind etwa 100 Zeugen geladen, die von dem Vorsitzenden auf die einzelnen Verhandlungstage in kleineren Gruppen verteilt worden sind.

Der als Rohwurstfabrikant schon seit langem bekannte Angeklagte Karl Behnke übernahm im Jahre 1901 von dem Rohschlächter Weimann die in Weihensee, Charlottenburger Straße 78, gelagerte Rohwurstfabrik. Hier verfertigte B. „Prima Salami- und Schladwurst, Miodwurst, Rettwurst und Polnische Wurst“, die er dann als durchaus reelle aus Schweine- und Rindfleisch bestehende Wurst in den Handel brachte, die tatsächlich aber aus prima „Hotleib“ unter Aufsatz von Schweinefleisch bestand. Wegen dieses betrügerischen Verkaufs von Rohwurst wurde Behnke schon im Jahre 1905 von der Strafkammer des Landgerichts I zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt. Auf seine Revision hob das Reichsgericht aus einem formellen Grunde dieses Urteil auf, jedoch ist ein neues Urteil bisher noch nicht ergangen. Im November 1905, bald nach diesem Prozeß, änderte Behnke seine Firma. Inhaberein wurde seine Ehefrau, während sein früherer Geselle, der jetzige Mitangeklagte Kaulisch, Geschäftsführer wurde. Behnke selbst wurde Reisender und eröffnete in seinem früheren Wohnorte St. Johanni-Saarbrücken eine Niederlage. Kaulisch wurde der technische Leiter der Wurstfabrik, während Frau Behnke mehr die kaufmännische Leitung, insbesondere die Expedition der Rohwurst nach außerhalb übernahm. Nach außen hin blieb der Geschäftsbetrieb ein ganz unbedenklicher, denn die Geschäftsbriefbogen trugen den harmlosen Aufdruck: „Karl Behnke, Wurstfabrik mit Kaffeebetrieb, Neu-Weihensee bei Berlin, Charlottenburger Straße 78“. Der Betrieb nahm von Anfang an einen sehr großen Umfang an, Abnehmer wurden mehrere hundert Geschäftsleute, darunter hauptsächlich Delikatessenhändler und Gastwirte in allen Gegenden des Reiches. Wie aus den beschlagnahmten Geschäftsbüchern hervorzu- gehen, wurden wöchentlich weit über 50 Zentner Pferdewurst verpackt. Viele Firmen, darunter auch verschiedene Berliner, liehen sich die Wurst unter einer Deckadresse senden. Die Angeklagten wählten sich bisher, nähere Auskunft hierüber zu geben. Während Behnke hauptsächlich Esch-Lohringen, insbesondere Reh, Strahburg, Montigny, Plantières usw. mit Pferdewurst versorgte, hatte der Mitangeklagte Krüger, der von Behnke seine Wurst bezog, seine Absatzgebiete mehr in Frankfurt a. M., Dortmund, Birmensfeld und in Bayern. Der Angeklagte Krüger, der früher bei Behnke als Aufsicht bedienstet war, hatte sich mit dem ehemaligen Schlächtergesellen Schroll zusammengetan und später unter der hochtönenden Firma: „Gustav Krüger u. Co.“ einen Pferdewurstvertrieb eröffnet. Er bezog den größten Teil der von ihm in den Verkehr gebrachten Pferdewurst aus der Rohwurstfabrik von Malinowsky, sehr viel aber auch von Behnke. Krüger, der vielfach mit seinem „Ehrenwort“ versicherte, daß seine Wurst durchaus reell aus Schweine- und Rindfleisch angefertigt sei, lieferte u. a. auch an die Kavallerie des Regiments Nr. 111 in Kattst und an das Infanterieregiment Nr. 15 in Saarb. Welchen Umfang der Geschäftsbetrieb der Firma Krüger u. Co. schon angenommen hatte beweist, daß Schroll allein an eine Firma in der Zeit vom 5. April bis Mitte September 1905 für 20 944 M. Pferdewurst als „H. Schwerywälder und Thüringer Wurst“ geliefert hatte. Krüger bezog allein von der Firma Malinowsky monatlich etwa 100 bis 150 Zentner Pferdefleisch. — Schließlich ist auch der Angeklagte Fettig an dem Rohwurstvertrieb Engros beteiligt, der schon seit Jahren von seinem Heimort Steinhilber aus mit Behnke in Geschäftsverbindung stand. Er verlegte sein Geschäft dann nach Karlsruhe, von wo er in etwa 4 Monaten für über 3000 M. Pferdewurst in Verkehr brachte. Er behauptet, selbst nicht gewußt zu haben, daß ihm von Behnke Rohwurst geliefert worden war. Die Angeklagten Behnke dagegen behaupten, daß dem Fettig die Zusammenfassung der Wurst sehr wohl bekannt gewesen sei. In dem Vorderfahren haben die Behnkeschen Eheleute und auch Kaulisch zugegeben, daß in der Weihenseeer Fabrik nur Rohwurst hergestellt worden sei. Dagegen bestreiten sie, die Wurst durch unverfälschte Inzerate empfehlen zu haben. Auch stellen sie in Abrede, daß sie die Wurst als reelle Wurst aus Rind- und Schweinefleisch angeboten und verkauft haben. Sie räumen jedoch ein, daß sie den Bestellungen niemals mitgeteilt haben, daß es sich um Pferdewurst handele, wollen aber der Ansicht gewesen sein, daß diese schon aus dem billigen Preise es erkannt haben mußten. — Das Urteil werden wir mitteilen.

Vor dem Schwurgericht in Göttingen

hatte sich wieder eine mecklenburgische Ordnungsstütze zu verantworten und zwar der Senator Nagel aus Rarlow. Wegen „Unterdrückung amtlicher Gelder, unrichtiger Buchführung und Betruges“, begangen von 1903—1908, verurteilte ihn das Gericht zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Obwohl in der Geschäftsführung Nagels wiederholt Ordnungsmaßnahmen vorliefen, ließ man ihn die drei Kassen, die er für die Stadt verwalten sollte, in Händen. R. entschuldigte sich vor Gericht damit, daß er — an Obensausen leide. Sein gutgehendes Geschäft ließ R. vor seiner Verhaftung auf seinen Sohn überschreiben.

Von demselben Gericht wurde der 28 Jahre alte Schweizer Josef Jablonksi aus Ruffsch-Valen zum Tode verurteilt, weil er im Streite den Gutbesitzer Strohmeyer, bei dem er arbeitete, erschlagen hatte. J. bestritt, daß er seinen Dienstherrn habe töten wollen, er habe ihn nur geschlagen, „damit er keinen Menschen mehr ärgern solle“. Die Leiche wurde damals im Viehhaus unter Säcken und Stroh gefunden.

Turmstr. 76
 Diese Woche
 Lachmann-Schoz doppelte
 Rabattmarken

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.

Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Krähig. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 113/15
Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß beim 3. Punkt der Tagesordnung wichtige Angelegenheiten zur Sprache kommen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Graveure, Ziseleure!

Mittwoch, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45.

Tages-Ordnung:
Vortrag. Diskussion. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauanschläger Achtung!

Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr,
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung: 113/13
1. Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion.

Kollegen! In dieser Versammlung werden Sie Mitteilungen erhalten, was die Arbeitgeber beabsichtigen. Da aber auch unsere Stellungnahme für die nächste Zeit genau festgelegt werden muß, so ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Keiner darf fehlen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Bereit der Bauanschläger. Deutscher Metallarbeiterverband.
Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“,
Rosenthalstraße 3:

Große Agitations-Versammlung für sämtliche Holzarbeiter Charlottenburgs.

Tages-Ordnung:
1. Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter? Referent: Kollege
H. Müller, München-Graben. 2. Diskussion.
81/4 Die Ortsverwaltung.

Herzte! Cavete Vereinigte freie eingeschriebenen Hilfskassen von Berlin und Umgegend

(Verband Hamburg).

Der Verein Berliner Hilfskassenärzte befindet sich in einem ihm seitens der Kassen aufgedrängten Kampfe. Die Hilfskassen beabsichtigen, neue Ärzte anzustellen, um die Organisation der bisherigen Ärzte zu vernichten. Die zu diesem Zwecke einer Anzahl hiesiger Ärzte zugesandten Verträge sind unannehmbar und nach dem noch in Geltung befindlichen Verträge rechtlich unwirksam. Die Vertragskommission der Ärztekammer kann unmöglich die neuen Verträge genehmigen. Wir bitten die Herren Kollegen, die ihnen zugesandten Formulare nicht zu unterschreiben bzw. ihre Unterschrift zurückzuziehen, bevor der Vertrag von der Gegenseite unterzeichnet ist.

Zu näherer Auskunft sind bereit:

Dr. Brauer, Brandenburgstraße 35; Dr. Sternberg,
Reichenberger Straße 36; Dr. Gebert, Lindenstraße 7 und
der Vorstand der Ortsgruppe Berlin des Leipziger
Wirtschaftlichen Verbandes. 51/10

Der Vorstand des Vereins Berliner Hilfskassenärzte.

Erklärung.

Der in dem obigen Inserat enthaltene Hinweis, die Hilfskassen beabsichtigen, die Organisation der Ärzte zu vernichten, ist eine den Tatsachen nicht entsprechende Behauptung. Wir haben noch niemals einem der Ärzte zugemutet, sich einer Organisation nicht anzuschließen oder gar aus ihrem Verein auszutreten. Die bisherigen Verträge enthielten den Willen, daß jeder für die Hilfskassen tätige Arzt dem Verein Berliner Hilfskassenärzte angehören müsse. Das hat zu Unzufriedenheiten infolgedessen geführt, als die Ärzte in den Vororten wie Köpenick, Adlershof und Johannisthal sich weigerten, Beiträge an den Verein zu zahlen, die höher waren als das zum Teil für ihre Mitarbeit bezogene Honorar und deshalb aus dem Verein austraten. Diese Verpflichtung fehlt im neuen Verträge.

Die geschäftsführende Kommission der Freien Hilfskassen.
H. L. Paul Schneider.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 23. März cr., abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den Germania-Prachtsälen, Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des ersten Vorsitzenden. 2. Antrag auf Entschädigung der Bezirksführer und Erhebung eines Extrabeitrages von vierteljährlich 10 Pf. 3. Antrag auf Ausschluß des Mitgliedes Paul Fiedler. 4. Erledigung sonstiger Anträge.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr, in den Neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht des Sektionsvorstandes. 2. Neuwahl des Sektionsleiters, der Revisoren und der Mitglieder der Schlichtungskommissionen. 3. Beschlußfassung über die Verschmelzung der Lokalkasse. 4. Verschiedenes. 136/14

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Generalversammlung

aller zum Zweigverein gehörenden Sektionen, Zahlstellen u. Bezirke.

Tages-Ordnung: 136/16

1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1908. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Zweigvereinsvorstand.

Rixdorf.

Donnerstag, den 25. März, abends 8 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151/152:

Oeffentliche Versammlung der Maurer.

Vortrag des Kollegen Otto Lehmann über: „Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe und unsere nächsten Aufgaben.“ 136/15
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet
Der Einberufer.



JOSETTI JUNO
CIGARETTEN

könnten nicht so billig verkauft werden, wenn ihr aussergewöhnlich grosser Konsum nicht Ihre Herstellung in so hervorragender Qualität und zu so wohlfeilem Preise ermöglichte. Dass sie in so grossen Mengen geraucht werden, ist lediglich ein Beweis ihrer allgemein anerkannten Güte und Vorzüglichkeit.

Josefetti-Juno m. a. o. Mandstübchen
10 Stck. 20 Pf.

Josefetti Cigarettes · Josefetti Cigarettes

Pumpen aller Art
für Abessier- und Kesselbrunnen, Sauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis.
Paul Gries, Berlin SO. 16, Köpenicker Straße 44.

Achtung! Spandau.

Orts-Krankasse der Handwerker
Am Mittwoch, den 31. März cr., abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Roten Adler.
Tagesordnung:
1. Bericht der Rechnungsprüfungskommission.
2. Verschiedenes. 271/17

Der Vorstand.
H. Ludewig, Vorsitzender.

Bäckereigenossenschaft Volksbrot, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz per 30. Sept. 1908.
Aktiva

	RM.	Pf.
Ein Kassa-Konto	453	41
Betriebs-Konto	4642	75
Bäckerei-Umsatzen-Konto	4300	—
Geschäftskosten-Voranschuss-Konto	110	—
Beschuld. Bestands-Konto	80	—
Berl. Spar- u. Bauverein-Konto	640	—
Berl. Spar- u. Wirtschaftsgenossenschaft-Konto	152	45
Berl. Spar- u. Wirtschaftsgenossenschaft-Konto	10	—
Summe	10338	61

Passiva

	RM.	Pf.
Ber Geschäftsanteile der Genossen	1880	—
Darlehens-Konto	4550	—
Kreditoren-Konto	959	19
Generalumsatzen-Konto	401	41
Referendats-Konto	654	59
Bilanzreferendats-Konto	32	11
Gewinn- und Verlust-K.	1561	40
Summe	10338	61

Im Laufe des Geschäftsjahres sind infolge Ablebens 1 Genosse und infolge Kündigung zum 30. September 1908 2 Genossen ausgeschieden, dem gleichen infolge Ablebens zum 30. September 1907 1 Genosse, die zusammen 14 Geschäftsanteile geerbt haben. Am Jahresabschluss gehörten der Genossenschaft 178 Mitglieder an, deren Gesamtsumme 1890 R. betrug.
Das Geschäftsjahr hat sich im Vergleich zum 30. September 1906 um 70 R. vermindert, die Gesamtsumme um 104/16 R. Berlin, 22. März 1908.
Der Vorstand. 104/16
L. Barz, Duncker, A. Fiehlitz, Kohlhaas.

Bester Metallputz
TANTE
mit dem
PUTZTELLER
von 25 Pfg. an.
Überall käuflich.

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspolizistendamm. — Amt VII, 13709.
Für Damen weibliche Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 26
Ecke Ritterstr.

(Kreuz) **MAGGI'S WÜRZE** ist einzig und altbewährt,
die stets gleichmäßige Qualität, die unvergleichliche Feinheit des damit erzielten Wohlgeschmacks und ihre Ausgiebigkeit zeichnen Maggi's Würze vor allen Produkten, die zum gleichen Zweck angepriesen werden, hervorragend aus.
— Probefläschchen 10 Pfg. —
MAGGI's gute, sparsame Küche

Man verlange auch beim Nachfüllen ausdrücklich echte MAGGI-Würze und lasse sich nichts anderes anreden.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Real Eintr. & Co. Berlin SW.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 20. März 1909.

Wirtschaftlicher Wochenbericht. Die Lage am Kohlenmarkt — Aus der Eisenindustrie — Verbandsfragen — Getreideausfuhr — Preissteigerung.

Die Börsen haben einen Trost: sie können für ihre schlechte Verfassung die Serben verantwortlich machen! Lange mühte Maroffo das Karnidell sein, nun ist es der Vulkan. Tatsächlich spielen die beiden Faktoren für die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse aber eine nur ganz untergeordnete Rolle.

Abgesehen von diesen Perspektiven ist es mit guten Ausichten schlecht bestellt. Die Lage wird teilweise gekennzeichnet durch eine Internationalität, die mit „Schutz der heimischen Arbeit“ nichts zu tun hat. Das rheinisch-westfälische Kohlenbündnis hat sich, unterstützt vom Präkus, erfolgreich bemüht, die Brennstoffpreise in Deutschland auf exorbitanter Höhe zu halten.

Die Preise der deutschen Erzeugnisse herabgesetzt? Gewiß, und sogar sehr erheblich! Aber nicht für die deutschen Abnehmer, sondern für das Ausland. Die in fiskalischen und in Privatruben geförderte deutsche Kohle, die durch die englische vom heimischen Markt verdrängt wird, sucht dafür zu sehr reduzierten Preisen Unterkommen auf dem Auslandsmarkt.

Es ist also im Verhältnis zum Vorjahr die Inlandverföhrung durch den Außenhandel bei Roggen um 5% Millionen Doppelzentner, bei Weizen um 5 Millionen Doppelzentner, bei Weizen um 2% Millionen Doppelzentner, bei Roggenmehl um 178 688 Doppelzentner und bei Weizenmehl um 518 717 Doppelzentner zurückgegangen.

So geht es mit der Preistreiberi, die durch starke Ausfuhr gefördert wird, lustig weiter. Und das Volk stöhnt unter der Last der Arbeitslosigkeit und unerwünschten Lebensmittelpreise. D.

Das kennzeichnet die Situation! Wie es in der Weiterarbeitenden Industrie ausieht, das illustriert eine Darlegung in einer kürzlich abgehaltenen Vollerfassung des Vereines der märkischen Kleinindustrie. Der Vorsitzende erklärte, die Gegensätze zwischen der Groeisen- und der weiterverarbeitenden Industrie verschärfen sich immer mehr.

Der letzte Marktbericht des Stahlwerksverbandes ist von der üblichen Gutmütigkeit, die Lage möglichst günstig erscheinen zu lassen, wobei er wie gewöhnlich erkennen läßt, daß man die Verhältnisse als sehr trübe beurteilt. Es wird berichtet: Der Absatz von Halbzeug aus dem Inlande hält sich auf der früheren „Höhe“.

Auf dem Auslandsmarkt ist keine Aenderung seit dem letzten Bericht zu bemerken. Die Bestellung des Hauptbedarfs der Reichseisenbahnen ist eingegangen. Den Lieferungsstermin hat die Herstellerin im Gegensatz zu den bisherigen Gepflogenheiten, ziemlich weit (!) hinausgerückt. — Eine städtische Verwaltung gab größere Aufträge auf Lieferung von Mienenmaschinen. Das Schienenloch war in der letzten Woche weniger lebhaft.

Die Abschaffung der Konkurrenz und in ihrem Gefolge heftige Konkurrenzkämpfe, die der deutschen Eisenindustrie aus der Gesamtwirtschaftslage erwachsen sind, haben auch eine Menge von Verbandsfragen ausgelöst. Die Bestrebungen, die auf eine Kartellierung des Stabeisens hingen, waren bisher wenig erfolgreich.

Das junge Kind unter den Verbänden, das die Stifte und Drähte vor einigen Monaten glücklich unter den Organisationshut brachte, schon wieder in die Brüche gehen zu wollen. Als sich Ende 1908 auf dem Drahtmarkt etwas Leben regte, glaubte man gleich, die Preisdräume in den Himmel wachsen lassen zu können. Der für

gegründete Verband diente als Preishebel — und prompt war es mit der besseren Konjunktur für den „geschützten“ Artikel vorbei! Die vereinbarten Preise liehen sich nicht halten; die Verbandsmitglieder beachteten im Weltlauf nach Aufträgen die Vereinbarungen nicht. Nach neueren Vereinbarungen sollen aber die Auslandspreise nicht reduziert werden.

In kräftigem Gegensatz zu den industriellen Verhältnissen steht die Entwicklung am Getreidemarkt: die Ausfuhr wird immer noch forciert und die Preise schnellen weiter in die Höhe! Nach amtlichen Angaben wurden in den 7 Monaten, von August 1908 bis März 1909,

ein- geführt aus- Demnach be- Doppel- geführt trug die dagegen im zentner Doppel- zentner resp. Ausfuhr Vorjahr

Roggen . . . 1 355 427 5 837 595 — 4 482 168 + 1 373 942 Weizen . . . 11 088 550 3 036 188 + 7 982 367 + 12 864 414 Malzgerste . . . 1 942 427 188 904 + 13 707 830 + 14 080 299 And. Gerste . . . 11 904 307 2 119 179 — 219 507 — 1 850 978 Hafer . . . 2 119 179 2 294 686 + 3 433 114 + 6 146 992 Mais . . . 8 637 878 224 259 — 560 756 — 382 088 Roggenmehl . . . 10 390 571 088 — 925 830 — 407 133 Weizenmehl . . . 123 686 1 049 516 —

Es ist also im Verhältnis zum Vorjahr die Inlandverföhrung durch den Außenhandel bei Roggen um 5% Millionen Doppelzentner, bei Weizen um 5 Millionen Doppelzentner, bei Weizen um 2% Millionen Doppelzentner, bei Roggenmehl um 178 688 Doppelzentner und bei Weizenmehl um 518 717 Doppelzentner zurückgegangen.

Wie dagegen die Preise gestiegen sind, zeigt diese Zusammenstellung: Weizen notierte in Berlin

Jahresdurchschnitt Anfang 20. März 1900 1902 1904 1906 1907 1908 1909 1909 132 R. 163 R. 174 R. 180 R. 206 R. 211 R. 200 R. 236 R.

So geht es mit der Preistreiberi, die durch starke Ausfuhr gefördert wird, lustig weiter. Und das Volk stöhnt unter der Last der Arbeitslosigkeit und unerwünschten Lebensmittelpreise. D.

Zwei Briefe. I. Clara's, den 1. III. 09. Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

Ich übergehe mit Ruhe alle die Schimpfworte, die Ihr geehrter Herr Rezensent an meine Adresse richtet. Ihr Herr Rezensent schreibt: „Ueber Fragen des Geschmacks will ich mit dem Autor nicht streiten.“

Sie werden wohl die Güte haben, im Interesse der Wahrheit folgende Zeilen in Ihrer werten Zeitschrift zum Abdruck zu bringen. Ich wurde erst gestern auf den Artikel in der Sonntagsummer vom 21./II. 09 Ihres „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, der sich mit der Kritik meines vor kurzem erschienenen Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ beschäftigt.

gebracht sein mag (Siehe S. 85 meines Buches): „Sinkt die Profitrate, so (entsteht) einerseits Anspannung des Kapitals, andererseits Schwund und allgemeine Begünstigung des Schwundels durch lebensschaffliche Versuche in neuen Produktionsmethoden, neuen Kapitalanlagen, neuen Abenteuern, um sich irgend einen Extraprofit zu sichern, der von dem allgemeinen Durchschnitt unabhängig ist und sich über ihn erhebt.“ (Kapitel III, A, S. 271.)

Empfangen Sie, bitte, sehr geehrter Herr Redakteur, im voraus meinen Dank für den Abdruck dieser Zeilen, sowie die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung. Dr. G. Charaoff.

II. Vana in Tirol, 19. März 1909. Geehrte Redaktion!

Entschuldigen Sie, daß meine Antwort auf den Brief des Herrn v. Charaoff etwas verspätet eintrifft; doch hat mich Ihre Zuschrift erst hier erreicht, und da ich begreiflicherweise Herrn Charaoffs Broschüre auf Reisen nicht stets mit mir führe, mußte ich mir sie erst wieder zufinden lassen. Dies war deshalb notwendig, weil mich Herr v. Charaoff beschuldigt, ich hätte mit meinem Zitat aus seinem Buch den klaren Sinn seiner Ausführungen entleert oder gar gefälscht.

Ich bin daher genötigt, an die Langmut Ihrer Leser zu appellieren und noch einen Abjah aus jener Schrift hierher zu setzen, indem ich es ihnen überlasse zu entscheiden, ob dieser Passus irgendwie in engerem Zusammenhange mit Marx' Kriventheorie steht als die Kostprobe, die ich Ihnen in meinem ersten Artikel vorsetzte.

Im direkten Anschluß an die dort zitierte Stelle fährt Herr v. Charaoff fort:

„Andererseits sieht aber auch das Individuum im Laufe der Entwicklung ein, daß es ihm nicht auf den Profit selbst, sondern auf die Profitrate ankommt. Die Gesellschaft mag ihm einen immer wachsenden Profit zuführen — es verlangt eine steigende Profitrate. Diese kann es aber nicht von der Gesellschaft verlangen, denn mit der Entwicklung der Produktivität wird der Mensch durch die Maschine ersetzt, die tote Arbeit schwillt im Verhältnis zur lebendigen an, und die Profitrate sinkt beständig, anstatt zu steigen.“

Das Individuum wird mit den Folgen des geschlossenen Vertrages selbst unzufrieden: Es will nicht mehr produzieren, es streift gegen die Gesellschaft. In diesem Streik muß es aber unterliegen, denn gegen die Gesellschaft läßt sich nicht streifen.“

Ihre Leser mögen mir verzeihen, daß ich diesen ganzen Unsinn in Ergänzung des schon früher angeführten zitiere. Herr v. Charaoff hat es so gewollt. Ich hatte in meiner Einsicht ihn zu schonen geglaubt, indem ich von dem kostbaren Streik seiner „Individuen“ (lies Kapitalisten) nichts ausplauderte. Mit Marx' Kriventheorie hat diese erlauchte Idee natürlich ebenso viel und so wenig zu tun wie die ersten beiden Abhänge. Wenn Herr v. Charaoff diese nun als Resümee seiner ganzen Darstellung anspricht, so überhebt er mich damit der Mühe, über deren Wert noch ein Wort zu sagen.

Er beruft sich auf zwei Parteiblätter, die sein Buch gelobt haben. Aber gerade dieser Umstand zwang mich eben auf dieses Buch näher einzugehen, das man sonst vielleicht mit mitleidigem Stillzuschweigen hätte übergehen können. Ich hatte die Namen der beiden Blätter nicht erwähnt, weil es mich tief schmerzt, daß solche Entgleisungen in unserer Parteipresse möglich sind. Damit aber diese höchst unangebrachten Empfehlungen nicht noch mehr wißbegierige Arbeiter verleiten, ihre ersparten Groschen für einen, wenn auch vermittlich recht gut gemeinten, so doch völlig mißlungenen Versuch hinauszuworfen, die Marx'schen Theorien in die Sprache des Handlungskommiss zu übersetzen, sah ich mich gezwungen, eine deutliche Warnung auszusprechen. Diese richtete sich naturgemäß an die leucseitigen und wissensdurstigen Leser Ihres Blattes. Daß es mir nicht möglich sein würde, in wenigen Zeilen auch Herrn v. Charaoff und seine literarischen Gömmer von der Unsinngigkeit seines Versuches zu überzeugen, war mir von vornherein klar.

Ein Mensch, der es zustande bringt, Marx zu seinen bürgerlichen Gegnern sagen zu lassen, „es gibt ja gar keinen Profit, — bei einer richtigen Durchführung, meine ich“, und Leute, die aus des für Weisheit halten, haben damit allein schon genügend dargetan, daß sie von Marx' Lehren nicht den leisesten Schimmer haben. Herr v. Charaoff zeigt das noch ausführlicher nicht nur in seinem Buch, sondern auch in seiner Zuschrift, am klarsten vielleicht in seiner Art, Marx zu zitieren. Mit entschieden größerem Recht hätte er sich z. B. auf Goethes Satz berufen können: „Verunft wird Unsin“; denn dieser hat mit seiner Marx-Interpretation wesentlich mehr zu tun als jene von ihm herangezogenen Belegstellen.

Herr v. Charaoff wird gewiß sich auch jetzt als gekränkte Unschuld fühlen. Es ist eben unmöglich, jemand zu überzeugen, der die ihm gegenüber vorgebrachten Argumente überhaupt nicht versteht. Der „Vorwärts“ ist aber nicht der Ort, um Herrn v. Charaoff in die Grundlehren des Marxismus und der politischen Ökonomie überhaupt einzuführen. Dazu sind ja schließlich auch unsere populär gehaltenen Parteischriften da, die freilich auch mit Fleiß und Aufmerksamkeit studiert sein wollen. G. Edstein.

Aus Industrie und Handel. Die soziale Schichtung in Preußen. Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ bringt auf Grund der getrieblichen Betriebsstatistik in den Jahren 1895 und 1907 einen Artikel über die soziale Schichtung der in den Gewerbebetrieben Preußens beschäftigten Personen.

Es wurden 1907: 8 386 821, 1895: 6 876 088 Beschäftigte Personen ermittelt; das ist eine Zunahme um 2 456 820 = 41,81 Proz. in zwölf Jahren.

Unter der gewerblich tätigen Bevölkerung Preußens befanden sich nach dem Geschlechte getrennt:

Table with 4 columns: Category, 1895, 1907, and Increase. Rows include Inhaber, Betriebsleiter, Verwaltungsk., Kon- torpersonal., Techn. u. Aufsichtspersonal., Gehilfen und Arbeiter, and Zusammen.

Die Betriebsinhaber und Betriebsleiter weisen eine nur geringe Zunahme (4,11) auf. Der geringen Zunahme der Inhaber steht eine ungemein starke des Verwaltungsk., Kontor- und Bureaupersonals sowie des technischen und Aufsichtspersonals gegenüber; 105,55 beziehungsweise 185,40 Proz. Die verhältnismäßige Zunahme ist beim weiblichen

Personal viel stärker als beim männlichen. Die übrigen gewerblich beschäftigten Personen, nämlich Gehilfen und Arbeiter sowie mit-helfende Familienangehörige weisen 1907 ein Mehr auf gegen 1895 um 2 065 945 = 51,98 Proz., die männlichen um 1 499 999 gleich 47,45 Proz. und die weiblichen um 565 956 = 69,58 Proz. Wie bei den vorher besprochenen Schichten ist auch hier die gewerbliche Tätigkeit des weiblichen Geschlechts viel stärker gestiegen als die des männlichen. Zum Teil geschah das durch die Heranziehung der weiblichen Familienangehörigen zur Mithilfe, z. B. in Kunst- und Handlungsgewerbe, in Nahrungsmittelgewerbe (Bäcker, Fleischer usw.), Bekleidungs-gewerbe, Handelsgewerbe sowie Gast- und Schankwirtschaft, Gewerbe, die das eigentliche Gebiet der Mitarbeit der weiblichen Familienangehörigen ausmacht.

Der Arbeitsmarkt.

Ueber die Lage am Arbeitsmarkt im Februar dieses Jahres berichtet „Der Arbeitsmarkt“:

Die ganz ungewöhnliche Witterung des Monats Februar hat einen abermaligen Rückschlag am Arbeitsmarkt bewirkt. Der starke Frost, die bedeutenden Schneefälle, endlich die Ueberflutungen in einzelnen Gegenden Deutschlands — alles kam zusammen, um die Arbeitsgelegenheit wesentlich zu beeinträchtigen. Die Arbeiten im Freien, vornehmlich die Bauarbeiten litten unter dem Witterungseinfluss, und die durch Eisgaden, Schneeschuppen usw. veranlasste Mehrarbeit vermochte einen Ausgleich nicht entfernt zu schaffen. Der Andrang am Arbeitsmarkt nahm daher von Januar auf Februar ganz erheblich zu, während die Regel ein Rückgang des Andrangs zu sein pflegt. Im Vorjahre war allerdings auch schon eine Ausnahme eingetreten, der Andrang war etwas gestiegen; doch war im laufenden Jahre die Steigerung erheblich stärker. Der Andrang, der im Januar erst um 36,4 größer gewesen war als im Vorjahre, ging im Februar um 45,5 über den vorjährigen hinaus. Es meldeten sich nämlich bei den an die Verichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossenen Arbeitsnachweiser auf je 100 offene Stellen im Februar 198,9 Arbeitsuchende gegen 168,4 im Februar 1908. Von Januar auf Februar ist in diesem Jahre eine Steigerung um 14,0 eingetreten, während der Andrang in der Vergleichszeit des Vorjahres nur um 4,8 hinausgegangen war.

Von den 110 Arbeitsnachweiser mit vergleichbaren Daten, deren Berichte rechtzeitig bei der Redaktion eingingen, weisen im Vergleich zum Februar vorigen Jahres 84 (darunter 4 ausländische) eine Zunahme und 26 (darunter 5 ausländische) eine Abnahme des Andrangs auf. Nach Weglassung der ausländischen bleiben zur Vergleichung der Summenzahlen 101 Orte des Deutschen Reiches übrig, aus denen vergleichbare Daten gemeldet wurden, und zwar insgesamt:

Jahr	Offene Stellen			Arbeitsuchende			Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
1908	40007	28831	69138	83685	22381	106066	208,00	77,63	153,41
1909	35738	29660	65398	103440	26041	130081	289,44	89,32	198,91

Im Vergleich zum unmittelbar vorangegangenen Monat Januar zeigt der Februar eine Zunahme des Arbeitslosenandrangs. Derselbe hat an 65 Orten (darunter vier ausländische) abgenommen, und an 50 (darunter vier ausländische) Orten zugenommen. Nach unserer Prozentrechnung kamen auf 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

	männl.	weibl.	zusammen
im Januar 1909	250,3	92,8	184,9
Februar 1909	289,4	89,8	198,9

Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Februar kommt auch darin deutlich zum Ausdruck, daß die Zahl der männlichen Beschäftigten im Februar eine Abnahme erfahren hat, während sie in den drei letzten Jahren von Januar auf Februar regelmäßig gestiegen war. Die Zunahme, die die Gesamtzahl der Beschäftigten aufwies, ist ausschließlich durch die Reineinstellung weiblicher Arbeitskräfte veranlaßt. Bei 1429 Kronenlosten, die an den „Arbeitsmarkt“ berichtet haben, stellte sich die Mittelwertsziffer wie folgt:

Termin	Versicherungspflichtige Mitglieder			Darunter erwerbs-unfähige Kranke		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgef.
1. Februar	1 488 880	628 865	2 107 745	67 856	38 229	95 885
1. März	1 485 857	628 026	2 113 883	64 325	37 993	92 287

Die Abnahme, die die Zahl der männlichen Beschäftigten erfuhr, war auch absolut geringer als die Zunahme der weiblichen Beschäftigten. Die Bewegung der versicherungspflichtigen Mitglieder von Januar und Februar stellte sich absolut und in Prozent des Bestandes vom 1. Februar wie folgt:

	männlich	weiblich	zusammen
absolut	- 1029	+ 1601	+ 632
in Prozent	- 0,08	+ 0,27	+ 0,08

Zum Teil ist die Zunahme der weiblichen Beschäftigten als eine Reaktion gegenüber dem ungewöhnlich starken Rückgang im Januar aufzufassen: eine Anzahl Arbeiterinnen, die im Januar unter dem Eindruck des ungünstigen Weihnachtsgeschäfts entlassen worden waren, konnten wieder eingestellt werden.

Eine merkliche Verschlechterung erlitt, wie schon erwähnt, die ohnehin schon sehr unbefriedigende Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe. Der starke Frost hemmte die Arbeiten überall; die Stodung der Bauarbeiten erreichte im Berichtsmontat einen seit Jahren nicht gekannten Grad.

Die Ludwig Löwe-L.G. weist für das letzte Geschäftsjahr einen Bruttogewinn von 2 992 296 M. aus, gegen 3 124 923 M. für 1907. Der verbleibende Reingewinn stellt sich auf 1 342 427 M. — 1 349 844 M. —. Der Aufsichtsrat erhält 50 922 M. Lantieme, für die Aktionäre werden 16 Proz. Dividende ausgeschüttet.

Einen Generalkrieg sämtlicher Detailisten schlägt das Händlerblatt „Der Detailist“ in Düsseldorf vor. Wir lesen in der Nr. 11 des Blattes:

So geht es Schlag auf Schlag gegen den Handel! Ein großer Detailist meint, man müsse jetzt ernsthaft erwägen, ob nicht ein allgemeiner Protest angebracht sei, vielleicht in der Form, daß sämtliche Detailgeschäfte eine Zeitlang ihre Läden schließen. Nur durch solchen „Massenstreik“ könne den Regierungen und ihren Mitarbeitern gezeigt werden, daß das Maß nicht nur voll, sondern bereits zum Ueberlaufen gebracht ist.

Und welcher „Schlag gegen den Handel“ ist es, der das Händlerorgan und seinen Gewährsmann in so robiante Stimmung versetzt hat? Der Beschluß einer Reichstagskommission. Aufsichtsbeamte für das Handelsgewerbe einzuführen. Demnach haben die Detailisten Ursache, sich vor den Handelsinspektoren zu fürchten. Wägen sie also streiken, die Konsumvereine werden in diesem Falle „Streikbrecher“ spielen, da sie dem Handelsinspektor mit Gleichmut entgegensehen können.

Die Lage am amerikanischen Eisenmarkt.

Der Stahltrust denkt, wie dem „B. L.“ aus New York gemeldet wird, die Hauptstahlwerke der Tennessee Coal Company in England, die aus sechzehn Hochöfen mit 850 000 Tonnen jährlicher Kapazität bestehen, zu schließen, wenn sich nicht bald das Geschäft bessert. Die Stahlwerke in Bessemer sind bereits geschlossen.

Schulzollfragen.

Auf dem Londoner Freihandlungskongress illustrierte der holländische Nationalökonom Herringer in anschaulicher Weise die Folgen der Zollpolitik in Deutschland, indem er in einer Gegenüberstellung die

Preise, die für eine Reihe Artikel in Deutschland und Holland im Kleinhandel gezahlt werden müssen, bekanntgab. Dabei stellten sich für die beiden Grenzstädte Emden in Holland und Gronau in Deutschland folgende Unterschiede heraus:

	(Holland)	(Deutschland)		(Holland)	(Deutschland)
	per 1/2 kg	per 1/2 kg		per 1/2 kg	per 1/2 kg
Roggenbrot	4 1/2	6 1/2	Speck	32 1/2	43
Weizenbrot	7	9	Petroleum (Lit.)	9	10 1/10
Hafermehl	7	10	Milch (Liter)	8	4 5/10
Weizenmehl	8	9 1/10	Milch (Liter)	7	9
Weis	8	9 1/10	Waschseife	10	10 1/10
Kaffee	50	54	Braunbohnen	10	10 1/10
Butter	65	81	Grüne Erbsen	8 1/2	8 1/10
Ei	40	48	Salz	4	5
Rindfleisch	45	48	Grüße	8	8 1/10
Schweinefleisch	42 1/2	48	Tabak	16	24
Schinken	50	60	Zigarren	3	3
Dicke Würste	42 1/2	45	Eier	2	3

Eine aus sechs Personen bestehende Familie kann für 21 M. in Gelderland, einer der östlichsten Provinzen Hollands, ebensoviel kaufen wie im Ruhrgebiete Deutschlands für 28 M. Vielfach fahren Holländer täglich nach den nahe der Grenze gelegenen Industrieorten in Deutschland. Hier verdienen sie kaum weniger als die einheimischen Arbeiter, deren Lohn sie in manchen Fällen herunterdrücken. Natürlich können die Holländer bei den billigen Nahrungsmitteln in der Heimat und gleichen Löhnen mit den Einheimischen eine bessere Lebensführung sich erlauben als die deutschen Arbeiter. Das nennen unsere Agrarier: Schutz der nationalen Arbeit!

Soziales.

Tiefstand des Reichsversicherungsamts.

Wie seit dem Weggang Dr. Voedikers die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts immer mehr gegen die Arbeiterrechte sich antizipal entwickelt, illustriert nachstehender vom Reichsversicherungsamt entschiedener Fall.

Nach dem Unfallversicherungsgesetz erhalten die Eltern einer durch Unfall Verstorbenen eine Rente, wenn angenommen wird, daß der Sohn überwiegend der Ernährer der Eltern war und die Eltern sich in hilfsbedürftigem Zustande befanden. Die Rente wird wieder entzogen, wenn die Hilfsbedürftigkeit beseitigt ist. Wie diese Hilfsbedürftigkeit einer Arbeiterfamilie eingeschätzt wird, dafür möge als Beweis folgender Vorfall dienen:

Der Invalidenrentenempfänger B. zu Bittermark im Westfälischen erhielt seit dem 30. Juni 1905 eine Invalidenrente, da sein Sohn bei einem Unfall zu Tode gekommen war. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft stellte am 15. Dezember 1907 die Rentenzahlung ein, weil für den Empfänger die Hilfsbedürftigkeit nicht mehr vorliege, da mittlerweile zwei Söhne zu dem Lebensunterhalt der Familie beitragen. Der Verdienst dieser beiden Söhne betrug bei dem einen pro Tag 1,50 M., bei dem anderen 3,50 M. Da der Rentenempfänger selbst keinen Verdienst hatte, so blieb für die Bestreitung des Unterhalts der Familie nur der Verdienst dieser beiden Söhne und eine Knappschaftsrente von monatlich 37,40 M. übrig. Während des Verfahrens im Streit um die jümmerrliche Rente starb der Rentenempfänger. Die Witwe, die nunmehr die Rente beanpruchte, gab als ihr Einkommen an: 40 M. Kostgeld von dem einen Sohn und 30 M. monatlich von dem anderen. Dazu die Knappschaftsrente von monatlich 20 M., ergab für drei Personen ein Einkommen von 90 M. monatlich zur Bestreitung des Lebensunterhaltes, Miete usw. Auch hier lebte die Berufsgenossenschaft das Vorliegen einer Hilfsbedürftigkeit ab. Die Frau wandte mit Recht ein, es sei ihr nahezu unmöglich, von diesem Einkommen den Haushalt zu bestreiten, besonders schwer bei den jetzigen Leuerungsverhältnissen. Sie wisse nicht, wie sie von diesem Gelde für sich und ihre Kinder Kleidungsgegenstände herbeischaffen solle, denn die 1,50 M. für den jüngsten Sohn langen kaum zum Unterhalt dieses Sohnes, für andere Aufwendungen sei nichts übrig.

Indes das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Hochum stellte sich auf den Standpunkt, daß jedenfalls die Witwe eine solche Einnahme habe, daß sie nicht als hilfsbedürftig zu erachten ist.

Von dem Hochumer Schiedsgericht war nach der bisherigen Rechtsprechung, die sich gerade nicht durch Wohlwollen für die Versicherten auszeichnet, nichts anderes zu erwarten. Man konnte aber wohl annehmen, daß das Reichsversicherungsamt, dem nunmehr die Entscheidung über die Frage zugewiesen wurde, mehr soziales Empfinden zum Ausdruck bringen würde. Indes auch hier ein Fehlschlag! Das Reichsversicherungsamt sagt in seinem Urteil: Nach den Feststellungen des Schiedsgerichts beträgt die Gesamteinnahme der Witwe M. monatlich 90,05 M. Die Entscheidung der Frage, ob bei diesen Einnahmen von einer Hilfsbedürftigkeit die Rede sein kann, hänge wesentlich von der Kenntnis der örtlichen Verhältnisse ab, in denen die Familie lebt. Man müsse aber annehmen, daß die Mitglieder des Schiedsgerichts diese Kenntnis hatten.

Es liegt nahe, bei einer solchen Entscheidung, die sozialpolitischen Empfinden geradezu ins Gesicht schlägt, die Frage aufzuwerfen, ob den Herren, die die Entscheidung gefällt haben, auch nur die Möglichkeit vorgeschwebt hat, selbst einmal den Versuch zu wagen, mit 90 M. monatlich drei erwachsene Personen vollkommen zu erhalten, und ob einer von diesen Herren, nachdem er den Versuch unternommen hat, noch die Frage, ob eine Hilfsbedürftigkeit vorliegt, mit „nein“ beantwortet wurde.

Die Entscheidung widerspricht aber auch dem ganzen Sinne des Gesetzes. Es hat dem Gesetzgeber nie die Absicht innegewohnt, nur solchen Personen die Unterstützung zu gewähren, die in einer Notlage sich befanden, vielleicht schon der Armenhilfe überwiesen waren. Man wollte nur solchen Personen die Unterstützung nicht gewähren, die selbst in auskömmlicher Weise ihren Unterhalt bestreiten können.

Eigenartig sind auch die Konsequenzen dieser Entscheidung. Man könnte der Witwe den naheliegenden Rat geben, ihren beiden Söhnen zu empfehlen, aus dem Familienhaushalt auszuscheiden. In dem Augenblick, wo dies geschieht, muß natürlich die Hilfsbedürftigkeit der Witwe anerkannt werden. Denn kein Gericht wäre auf Grund des § 1603 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Lage, die beiden Söhne bei ihrem geringen Verdienst zu einem Unterhalt für die Mutter verpflichten zu können. Gaben doch die Gerichte einem Bürgermeister gegenüber, der 5000 M. Gehalt hat, mit Recht angenommen, daß eine Rechtspflicht zur Unterstützung der über den Kreis seiner Frau und Kinder hinausgehenden Familienmitglieder nicht besteht. Was die Söhne der Witwe verdienen, ist zu ihrem eigenen Unterhalt ins-

besondere dann erforderlich, wenn sie einen eigenen Hausstand gründen. So drängt diese Entscheidung die Kinder aus der Familie, damit die Mutter die Rente erhält. Auf ein tieferes Niveau kann die Rechtsprechung im Reichsversicherungsamt nicht sinken.

Ein Muster-Arbeitgeber.

Was mancher Arbeitgeber für recht hält, zeigte eine Verhandlung, die gestern das Innungsgerichtsamt beschäftigte. Der Tischler Wendt war im Akkordlohn bei der Möbelfabrik Sommer u. Co. beschäftigt. Da er, wie er sagt, wegen Holz-mangel seine Arbeit nicht fortsetzen konnte, ihm ferner die wöchentliche Abschlagszahlung von 35 M. auf 30 M. gekürzt worden war und er obendrein vom Tischlermeister Sommer mit einem drei Meter langen Holzstück geküchelt ist, hat er die Arbeit verlassen. Nichtsdestoweniger lief der schlagfertige Arbeitgeber munter zum Innungsgerichtsamt und verklagte dort den Arbeiter wegen „Kontraktbruchs“ auf Grund des § 124b der Gewerbeordnung. Selbstredend konnte auch das Innungsgerichtsamt nicht anders, als die klagende Firma mit ihrer Klage kostenpflichtig abzuweisen. War schon der Arbeiter recht beschiden, wenn er von einer Klage wegen der tatsächlichen Verhältnisse abließ, so hätte er doch schon aus Anlaß dieser Kontraktbruchklage den Spieß umdrehen und gegen die Firma auf Schadenersatz klagen werden sollen.

Arbeiterinnenschuh.

Für die Lugschpapierfabrik von Priester in Berlin trat gemäß § 139 Abs. 2 der Gewerbeordnung die Arbeitszeit für Arbeiterinnen anderweitig geregelt worden, als es § 137 vorschreibt. Sie sollte abends 6 Uhr enden. Die entsprechende Verfügung des Polizeipräsidenten in Verbindung mit den §§ 137 und 139 der Gewerbeordnung sollte Herr Priester durch Beschäftigung einer Arbeiterin in der Fabrik nach 6 Uhr abends übertreten lassen. Der Angeklagte bestritt, strafbar zu sein, und machte geltend, es handle sich nicht um eine Arbeiterin im Betriebe der Fabrik. Das Landgericht stellte fest, daß das junge Mädchen in einem Nebenraum die in der Fabrik hergestellten Gratulationskarten auf Fellen hin zu prüfen und mit Schleifen oder in anderer Weise zu dekorieren hatte. Sie wurden so für den Versand fertig gemacht. Auf Grund dieser Feststellungen verurteilte das Landgericht den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Es läßt sich nicht auf den Ort, sondern vielmehr auf die Art der Beschäftigung an. Wenn diese nun auch nicht die Fabrikation der Karten selbst betraf, so sei doch dies Kontrollieren und Fertigmachen der Karten zum Versand eine mechanische, sich stets gleichbleibende Tätigkeit, die dem Fabrikbetriebe zuzurechnen sei. Das betreffende Mädchen sei als eine Arbeiterin im Betriebe einer Fabrik anzusehen.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die hiergegen eingelegte Revision.

Gerichts-Zeltung.

Siernial Nachtsdien!

Von einem eigenartigen Konflikt zwischen Pflichtgefühl und körperlicher Uebermüdung erfährt man bemerkenswerte Einzelheiten aus einer Verhandlung vor dem Reichsgericht. Das Landgericht zu Eisenburg hat am 21. September v. J. den Weichensteller Peter Harnsen wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, den Eisenbahnassistenten Friedrich Förste dagegen von der gleichen Anklage freigesprochen. Eine Lokomotive sollte von Reumünster aus die Station passieren, auf welcher die Angeklagten angestellt sind. Die telegraphische Meldung der Nachstation, daß die Lokomotive komme, wurde von Harnsen aufgenommen. Er fragte Förste, ob die Maschine durchfahren könne. Förste antwortete „ja!“, worauf Harnsen das Durchfahrtsignal gab. Auf dem Gleise standen aber noch zwei Viehwagen, welche Harnsen selbst abgepöppelt hatte. Es erfolgte ein Zusammenstoß, wobei nicht nur erheblicher Materialschaden entstand, sondern auch zwei Personen Rippenbrüche erlitten. Harnsen war gar nicht berechtigt, das Signal zu geben, er mußte wissen, daß die Viehwagen noch auf dem Gleise standen, und er hätte sich, bevor er das Signal gab, davon überzeugen müssen, ob das Gleise frei war. Von der Schuld Förstes konnte sich das Gericht nicht überzeugen. Er gab an, er habe bei Eingang des Telegramms im Dienzimmer geschlafen und sei erst nach dem Unfall wieder aufgewacht. Wenn er auf die Frage Harnsens „ja!“ gesagt habe, so könne er dies nur im Schlaf getan haben. Er habe vier Nächte hintereinander Nachtdienst gehabt, am Tage aber nicht schlafen können, weil vor seiner am Bahnhof gelegenen Wohnung stets großer Lärm gewesen sei. Er habe aber trotz seiner großen Schwäche geglaubt, Dienst tun zu können, und sich nicht krank gemeldet. Ohne es zu merken, sei er dann eingeschlafen. Das Gericht hatte keinen Grund, diese Angaben zu bezweifeln und sprach wie erwähnt Förste frei. — Die Revision des Staatsanwalts gegen Förstes Freisprechung wurde am Donnerstag auf Antrag des Reichsanwalts vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. Gleichfalls verworfen wurde die von Harnsen gegen seine Beurteilung eingelegte Revision. Die Beamten des Eisenbahnministeriums aber, deren Vorschriften eine solche Ueberbürdung der unteren Beamten und damit eine Gefährdung des Publikums ermöglichen, sind überhaupt nicht unter Anklage gestellt.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Rigbark. Heute abend 8 Uhr in Goppel-Hallen: Öffentliche Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Regina Friedländer: „Die Frau im politischen Kampfe“.

Lesende.

Tempelhof. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9.

Vermischtes.

Das neue Hochwasser.

Abermals scheinen die von Eis befreiten Flüsse Unheil anzurichten zu wollen. Kaum sind die ersten Hochwassererfahrungen vorüber, so laufen wieder neue Meldungen über Hochwasser ein. Aus Breslau wird uns vom gestrigen Tage berichtet: Von der oberen Oder wird Hochwasser gemeldet. In Ratibor beträgt der Wasserstand 3,94 Meter, das Wasser steigt noch weiter. In Trebschen erreichte der Wasserstand infolge von Eisaustauung mit 4,20 Meter Höhe schon 4 Zentimeter mehr als bei der Hochwasserkatastrophe von 1903. Bei Breslau ist das Eis auf der Oder noch nicht in Bewegung. Das Schwarzwasserfall ist vollständig überschwemmt. In Wilhelmsruh bei Breslau mußten die Wohnungen geräumt werden. Am Hohrechthofer sind mehrere Häuser in die Ufermauer gerissen worden, die gestern mit Sandfäden ausgefüllt wurden.

Aus Hannover-Münden liegt folgende Meldung vor: Infolge der Schneeschmelze sind die Fulda, Berra und Weser innerhalb 48 Stunden drei Meter gestiegen. Der Wesertorpegel zeigt + 2,65 Meter. Die Niederungen sind stellenweise überschwemmt und die Schifffahrt ist gestört. Gefahr ist bis jetzt nicht vorhanden. Alenburg, 22. März. Die rasche Schneeschmelze hat abermals Hochwasser verursacht. Der Ort Wiesenmühle und mehrere einzelne Häuser sind vom Verkehr abgeschnitten. In Wieselwitz ist die Schnauder aus den Ufern getreten. Das Wasser drang auch diesmal in den von dem vorigen Hochwasser her kaum wieder in Stand gesetzten Tagebau der Grube Seurela ein und setzte sie vollständig unter Wasser.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dressen Str. 52/3 Annonc. 42/3
Täglich: Kufftreden von nur er-
löblichst Spezialitäten bei gän-
zlich freiem Zutritt, auch Son-
tag. Sonnabend und Sonntag
nach der Vorst.: Gr. Freitanz-
Kinetograph.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstr. 91/92

Sofastoffe
Rosenauswahl aller Qualitäten.
Wolle- Reste! Moquettis.
Pfluch- Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin, 158.
Emil Lefevre, Oranienstr.

1000 wertvolle Geschenke
Für die Leser dieser Zeitung.
Jeder, der bei uns einen 30
Pfd. Emaille-Eimer Delika-
tes-Pflaumenmus franko für
M. 2.50, oder einen 10-Pfd.-
Emaille-Eimer künstl. Honig
franko für M. 3.25 oder 8 Pfd.
feinste Delikatess-Margarine
franko für M. 5.- bestellt, er-
hält ein wertvolles Geschenk.
Keine Nebenkosten.
Schreiben Sie sofort, da nur
1000 Geschenke für die Leser
ausgesetzt sind. — Jeder
Besteller erhält einen prakt.
Gebrauchsgegenst. gratis.
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90 Postf. 164.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 5432
Haut- und Hautleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Freiwillige Auktion.
Am Mittwoch, den 21. März
1909, vorm. präzis 10 Uhr,
sollen im alten Geschäftslokal der Orts-
krankenkasse der Schneider usw.

Dresdenerstr. 88/89, 3. Hof.
Büroausm. u. Gas-einrichtung etc.
offenlich messbar gegen Kaffe ver-
steigert werden.
271/14 Der Vorstand.

Hühner
garantiert lebende Um-
lung, 11 Monate alt,
fest fleisch legend, Farbe nach Wahl,
hierfür 1/2 unterliegt, 18 Stück mit
Gahn 32 St., 12 St. 22 St., 6 St. 12 St.
254/8 Streusand, Dzieditz
Schleien.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!
Voigts Krampenburg, Berlin
ist das passendste Ausflugslokal! Ausführliche Prospekte und Führer gratis!
Vermietung von Dampf- und Motorbooten!
Freies Telefon: Amt Köpenick 227. — Hochachtungsvoll! **Rob. Voigt.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 5734L
Amt 4. 3014.

Blumen- und Kranzbilderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Str. 2.

BÖHMISCHES BRAUHAUS
Schutzmarke
Unsere echten Biere sind
überall zu haben.
In Flaschen à 10 Pf.
In Kanonen u. Sybbons Ltr. 35 Pf.
NO. 18. Tel. VII, 1670, 2098, 3128.

Wir offerieren unseren Lesern
eine Anzahl
Bücher
zu billigen Preisen:

Janna und Flora des Meeres.
Von Dr. Friedrich Knauer.
**Von der Erdatmosphäre zum
Himmelsraum.** Von Prof.
Dr. Wilhelm Foerster.
Was wir vom Monde wissen.
Von Th. Jantsh.
Von und Leben der Blüte.
Von Viktor Rege.

Jeder Band
statt 1,50 M. nur 60 Pf.
Der Jude. Historischer Roman von
G. Spindler.
Das Halsband der Königin.
Roman von Alexander Dumas.
Die Armen und Glenden.
Roman von Viktor Hugo.
Die Rohikauer von Paris.
Roman von Alexander Dumas.
Die Nonne von Guadenzell.
Sittengemälde des 15. Jahr-
hunderts von G. Spindler.
Krieg und Frieden. Historischer
Roman von Leo Tolstoj.

Jeder Band
groß. 90 Pf., geb. 1.30 M.
Bagabunden. Von Hans Ost-
wald. Preis 1,20 M.
Der Gift Händler. Roman von
Georges Ohnet. Preis 1,20 M.
**Die Geschichte Ostasiens nach
dem Frieden von Shimono-
seki.** Von B. Couchecon-
Nanol. Reich illustriert,
gut gebunden.
Preis statt 5 M. nur 1 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.,
Lindenstraße 69, Laden.

Husten
beseitigen Kaiser's Brust-
tügen Caramellen.
Aerztl. erprobt bei Husten, Heiser-
keit, Keuch- 5500 not. begl. Zeug-
husten etc. nisse beweisen
den sicheren Erfolg. Paket 30 Pf.
Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pf.
Zu hab. i. Apotheken u. Drogerien.

Achtung! Seedleaf!
Wisconsin-Savana
Rollblatt, leicht, braun, hochf.
Qualität per Pfd. M. 1.50.
Hamburger Rohtabak-Haus
Hengfoß & Maak
(Vortr.: Alb. Schulze)
Filiale: **BERLIN N.,**
Brunnenstr. 190.

Goldlesten.
Streif. Versilberer und Feinver-
müchte gem. m. ein p. 100 M. in eine
besteh. Vertik., welche gen. h. hat,
als Teilhaber eintr., auch Blausil-
berer mit E. 696 an Heiner.
Eisler, Hamburg. 296/11

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!
Die meisten Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen
Blute, deshalb reinige man sein Blut mit
Reichel's Wachholder-Extrakt „Medico“
das vollkommenste und wirksamste Blutreinigungsmittel
zur Auffrischung des Blutes und der Säfte. Er wirkt, die
Natur unterstützend und den Stoffwechsel mächtig anregend, nach
allen Richtungen hin und auf alle Teile des Körpers in milder,
nur wohltätiger Weise ein und ist gleichsam
ein Filter für den ganzen inneren Menschen.
Niemals löse, garantiert echt und unverfälscht nur in Flaschen
mit Marke „Medico“ à 0,75, 1,50 u. 2,50 zu beziehen durch
Otto Reichel, Berlin SO. 43, F.-Anschliffe
Eisenbahnstr. 4. IV 4751, 4752, 4753.
So in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.
Warnung: Man verlange aus- drücklich Marke **Medico** und nehme keinesfalls
andere Fälschungen.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Sanjefextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. Groß-
Apotheke, Berninistraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stutt-
gart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 110/1*

Kredit. * Möbel Teilzahlung
auf
bei aller kleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht
bei Krankheitsfällen **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**
und Arbeitslosigkeit.

Bei Betten-Anschaffung
verlange ausdrücklich
Reinholds Patent-Matratze „Primissima“
nur echt mit Fabrikmarke
beste der Welt, im Gebrauch billigste.
290/4
Patent-Möbel-Fabrik „Primissima“, Charlottenstr. 29/30.

Salamander
Schuhges. m. b. H.
Wenn Sie Salamanderstiefel kaufen, sparen Sie
an der richtigen Stelle. Er vereint Eleganz,
Passform und Haltbarkeit, mit billigem Preis.
Fordern Sie Musterbuch. V

Einheitspreis M. 12,50
Luxus-Ausführung M. 16,50
Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182
C. Königstr. 47
SW. Friedrichstr. 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamerstr. 5
NW. Wilsnackerstr.
Ecke Turmstr. 9
W. Tauentzienstr. 15

Unserem Genossen, dem langjährigen Bezirksführer
Gustav Pinner und Frau
zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des 490. Bezirks.
5472

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 19. d. Mts. starb an
Nierenleiden im Alter von
45 Jahren unser Mitglied, der
Zimmerer
Robert Hesse.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, den 23. März, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
a. l. e. n. Thomas-Kirchhofes (Her-
mannstr.) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
16205 Der Vorstand.

Unserm langjährigen Freunde
und Genossen
Gustav Pinner nebst Frau
zu ihrer silbernen Hochzeit die
herzlichsten Glückwünsche!
Die Funktionäre der I. Abteilung
des 6. Berl. Reichstags-Wahlkr.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin 2.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, Bodenarbeiter
Friedrich Smoktonowski
am Freitag, den 19. d. M., im
Alter von 40 Jahren an Lungen-
leiden gestorben ist. 66/6
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirchhofes,
Hakenberger Chaussee, Weihen-
dorf, aus statt. Die Verwaltung 2.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis**
Görliger Viertel.
Bezirk Nr. 216. Teil II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Tischler
Max Görlitz
Bienen Str. 19
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Brix aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
216/19 Der Vorstand.

Verband der Portefeullier.
Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, dass am Sonntag, den
21. März, unser Mitglied, der
Portefeullier
Hermann Krieg
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Panthener Kirch-
hofes in Schönholz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
100/7 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unsere Kollegin, die Ver-
golderin
Anna Meier
am 20. März verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Berliner
Gemeinde-Friedhofs in Friedrichs-
felde aus statt.
Ferner verstarb am 20. März
unser Kollege, der Tischler
Max Görlitz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 24. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Brix-
dorf, Hermannstraße, aus statt.

**Verband der Maler,
Ladierer, Anstreicher usw.**
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied
Karolus Jakob
(Städtemöbelbranche) am 19. d. M.
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 23. d. M., nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Sebastian-Kirchhofes
in Reinickendorf, Humboldtstraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
128/9 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.**
Todes-Anzeige.
Am 19. März verstarb plötzlich,
infolge Unfalles, unser Mitglied,
der Arbeiter
August Kurds.
(20. Bezirk.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 4 Uhr von der
Leichenhalle des neuen Rixdorfer
Friedhofes (Mariendorfer Weg)
aus statt.
Der Vorstand.

Bruch-Pollmann
empfehl. sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
Leipziger Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
loten, angenehm u. weich am Körper.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Bierfahrer
August Kurds
am Freitag, den 19. d. M., im
Alter von 36 Jahren an Schlag-
anfall gestorben ist. 66/5
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 23. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Rixdorfer Kirch-
hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verwaltung II.

**Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden.**
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
**enorm
billig!**
Damen-Paletots
Kostüme
Kostümröcke
Blusen
Staubmäntel
Mäntchen-Paletots
Robert Baumgarten
Hausvogteiplatz, II. I. Etg.
schrägüber Untergund-Bahnhof.
Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5 % Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet!

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Monteur
Rudolf Mertens
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
113/16 Die Ortsverwaltung.

Engelhardt
Malzbier
alkoholarmes, diätisches Specialbräu
Ärztlich empfohlen. Flasche 10 Pfg. Ueberall käuflich.
Bräuerei Ernst Engelhardt Nachf. Akt. Ges.
Berlin-Pankow. Grösste Malzbier-Bräuerei Deutschlands.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Volkshaus zu Charlottenburg ab. Auf der Tagesordnung standen die Berichte des Vorstandes und der Funktionäre, die Neuwahlen derselben sowie Anträge zur Generalversammlung. — Ueber die Tätigkeit des Vorstandes liegt ein gedruckter

Jahresbericht

Der, dem wir einige der wesentlichsten Angaben entnehmen: Im Vorbergrunde der Parteilichkeit im Jahre 1908 standen, abgesehen von den Arbeiten für die Gemeindevahlen, die Landtagswahlen und die Demonstrationen gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht. Zur Einleitung der letzteren fanden am 9. Januar im Wahlkreise 23 Versammlungen statt, denen am darauf folgenden Sonntag 13 Versammlungen folgten. Die Nachmittagsversammlungen am 18. März fanden in fünf Orten statt, es folgten 9 weitere Versammlungen am Abend des 18. März und 12 Versammlungen am Sonntag darauf. Die Versammlungen waren fast durchweg gut besucht.

Trotz des wirtschaftlichen Niederganges ist der Umsatz der verkauften Beitragsmarken ein größerer geworden. Er ist von 178 444 Marken im Jahre 1907 auf 190 453 Marken im Jahre 1908 gestiegen, darunter sind 5732 Beitragsmarken weiblicher Mitglieder. Weiter gibt der Bericht eine eingehende Darstellung der Verteilung an den Landtagswahlen im Kreise. — Ueber den Stand der Organisation sagt der Bericht unter anderem: Dem Zentralwahlverein gehörten zu Beginn des Jahres 44 örtliche Vereine an. Neu gegründet wurden 2 Vereine, in Senzig und in Wöhrsdorf. Aufgelöst wurden die Vereine in Beeskow und Großboeren. Somit ist die Zahl der örtlichen Vereine am Schlusse des Jahres die gleiche geblieben. Die 44 Vereine verteilen sich auf 10 Städte und 34 Landgemeinden. 32 Vereine gehören zum Kreise Teltow, 8 Vereine zum Kreise Beeskow-Storkow. Die Mitgliederzahl des Zentralwahlvereins ist von 20 373 auf 22 192 gestiegen, sie hat also im Laufe des Jahres um 1819 zugenommen. Die Steigerung ist etwas geringer wie im Vorjahre, was seine Erklärung in den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen findet. Die Frauenbildungsvereine, welche in den einzelnen Orten bestanden, lösten sich beim Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes auf, jedoch sind ihre Mitglieder nur zum Teil den örtlichen Wahlvereinen beigetreten. Am Schlusse des Jahres gehörten dem Zentralwahlverein 1713 weibliche Mitglieder an, die sich auf 31 örtliche Wahlvereine verteilen. Der Zuwachs an weiblichen Mitgliedern ist nicht in dem Maße eingetreten, wie er hätte erwartet werden müssen. Während in 13 Orten gar keine weiblichen Mitglieder vorhanden sind, haben andere Orte nur eine ganz geringe Zahl weiblicher Mitglieder.

Eine tabellarische Uebersicht über die Mitgliederzahl in den einzelnen Orten ergibt, daß 20 Vereine einen Rückgang an Mitgliedern aufzuweisen haben. Wenn für den Vergleich mit dem Vorjahre nur die Zahl der männlichen Mitglieder herangezogen wird, dann ist in 25 Vereinen ein Rückgang eingetreten, z. B. in Schöneberg 309, in Köpenick 209, in Groß-Lichterfelde 152, in Steglitz 110. — Die Fluktuation unter den Mitgliedern ist auch im vorliegenden Jahre eine große gewesen. Aufgenommen wurden 7382, abgemeldet 5533 Mitglieder. — Das Verhältnis der Mitgliederzahl zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen hat sich nur unwesentlich geändert. Ende 1907 betrug der Prozentsatz 19,4 Proz., am Ende des Jahres 1908 dagegen 19,6 Proz. — In 17 Orten ist dieser Durchschnitts- satz des Kreises nicht erreicht, in 19 Orten sind mehr als 25 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler organisiert. — Von den 44 örtlichen Vereinen haben 22 weniger als 100 Mitglieder, 14 eine Mitgliederzahl von 100—500 und 8 Vereine haben mehr als 500 Mitglieder.

Die Rückwirkungen des wirtschaftlichen Niederganges sind auf die Leserschaft unserer Parteipresse nicht ohne Einfluß geblieben. Während die vorhergehenden Jahre eine stete Steigerung aufwies, ist die Leserschaft, abgesehen von der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“, zurückgegangen. Sie betrug für den „Vorwärts“ 1907 28 355, im Jahre 1908 27 084, „Neue Zeit“ 255 bezw. 258, „Gleichheit“ 895 bezw. 921, „Wahrer Jakob“ 5565 bezw. 5403. Von der „Märkischen Volksstimme“ werden in 8 Orten 213, von der „Brandenburger Zeitung“ in 7 Orten 481 Exemplare gehalten.

Insgesamt sind 481 Mitglieder- und 257 öffentliche Versammlungen abgehalten worden. — Bei den allgemeinen Flugblattverbreitungen, die fünfmal im Jahre stattfanden, wurden im ganzen 1270 500 Flugblätter verteilt, außerdem in den ländlichen Agitationsbezirken 113 500 Broschüren, 36 000 Kalender, 77 500 Flugblätter.

Umfangreiche Arbeiten brachten die Gemeindevahlen. In 41 Orten waren wir an diesen beteiligt. Insgesamt standen in diesen Orten 73 Mandate der dritten Abteilung zur Wahl. Davon waren 22 in unserem Besitz gewesen. Von den 73 Mandaten eroberten wir 30. Neu gewonnen haben wir 21 Mandate, während uns 4 Mandate verloren gingen, und zwar je eins in vier Orten. In 3 Orten eroberten wir außerdem noch Mandate der zweiten Abteilung: in Rixdorf 3, in Krausnick 1, in Langewahl 1. — Im allgemeinen zeigte sich wieder, daß unsere Genossen in den westlichen Vororten Berlins durch den großen Zuzug einer wohlhabenden Bevölkerung in eine immer ungünstiger werdende Position gedrängt worden sind. Wo aber Ausflüchte bestehen, daß Sozialdemokraten gewählt werden können, greift man zu besonderen Mitteln, um diese „Gefahr“ von den Gemeinden abzuwenden. Das zeigte sich besonders in Wilmersdorf und in Rixdorf. — Das Ergebnis der stattgefundenen Gemeindevahlen ist: Wir haben in 6 Städten des Kreises 68 sozialdemokratische Stadtdorordnete und in 30 Landgemeinden 69 sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigte.

Der Kampf um Erringung weiterer Versammlungslokale hat im abgelaufenen Jahre keine nennenswerten Erfolge gebracht. Am Schlusse des Jahres standen uns in 83 Orten des Kreises etwa 105 Lokale zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Wenn es auch den Parteigenossen gelungen ist, in einer Reihe von Orten die Anzahl der uns zur Verfügung stehenden Lokale zu vermehren, so muß doch beklagt werden, daß selbst in den Orten, wo wir Organisationen haben, die Genossen nicht in der Lage waren, die Versammlungslokale zu halten. Oft trägt unsolidarisches und gleichgültiges Verhalten der Genossen daran schuld. Eine Konferenz der Lokalkommissionen des Kreises hat deshalb beschlossen, sich in einem Flugblatt an die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder zu wenden, um mehr wie bisher durch einmütiges Vorgehen dem Terrorismus der Gegner entgegenzutreten.

Der Kassensbericht zeigt eine Einnahme von 73 518,62 M., eine Ausgabe von 64 469 M., so daß ein Bestand von 9049,62 M. bleibt. An die Verbandskasse sind abgeliefert 19 390 M. für Beitragsmarken, 8100 M. für Monatsbeiträge, 179,43 M. für Zellerwerbungen.

Ehe die Generalversammlung am Sonntag eröffnet wurde, trug die „Charlottenburger Liedertafel“ zwei Lieder vor, welche ein stimmungsvolles Präludium zu den nachfolgenden Verhandlungen bildeten.

Nach Eröffnung der Versammlung erstattete Wollermann den Bericht des Vorstandes. Er gab einige Ergänzungen zu dem gedruckten Bericht. Die Zahl der örtlichen Wahlvereine ist neuerdings auf 45 gestiegen, weil in Lichterfelde in diesem Jahre ein neuer Wahlverein gegründet ist. Die Mitgliederzunahme des Zentralwahlvereins, welche im gedruckten Bericht angegeben ist, kommt in der Hauptsache durch den Eintritt der weiblichen Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich nur um 206 vermehrt. — Die Statistik über den Austritt aus der Landeskirche

ist nur aus 32 Orten eingegangen. In diesen sind 3854 Genossen aus der Kirche ausgetreten.

Pageis ergänzte den Kassensbericht durch Angaben über die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Wahlvereine und schloß mit der Bemerkung, daß man mit den Kassensverhältnissen zufrieden sein könne, namentlich wenn man Rücksicht nehme auf die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Konjunktur.

Die Diskussion brachte nur einige Anfragen und Anregungen aus einzelnen Orten. Der Kassierer Pageis wurde einstimmig entlastet.

Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß aus 43 Orten 115 Delegierte sowie 16 Vorstandsvertreter und der Reichstagsabgeordnete des Kreises anwesend sind. Aus 5 Orten sind 6 weibliche Delegierte erschienen. Die Kreise Krausnick und Markgrafsee sind nicht vertreten.

Frau Thiel gibt einen kurzen Bericht über die Frauenbewegung im Kreise

vor dem Eintritt der Frauen in den Wahlverein. Sie sagte unter anderem: Wenn die früheren Mitglieder der Frauenvereine nicht alle in den Wahlverein eingetreten seien, so liege das daran, daß sich der Anschluß solange verzögerte und daß auch einige Frauen in den Vereinen waren die nicht unseren Kreisen angehörten und deshalb den Uebertritt in den Wahlverein nicht mitmachten.

Heinrichs gab eine Uebersicht über die Tätigkeit der Preßkommission, deren Einzelheiten aus der Berichterstattung in anderen Kreisen bereits bekannt sind. Weiter machte Redner Mitteilungen über den Abonnementstand und die finanziellen Verhältnisse des „Vorwärts“.

In der Diskussion

beflagte sich Gehrke-Charlottenburg über verspäteten Abdruck und zu starke Kürzung von aus Charlottenburg an den „Vorwärts“ gefandten Berichten. — Hoffmann-Kowames bemerkte dazu: Derartige allgemein gehaltene Beschwerden könnten doch nicht nachgeprüft werden; wer Beschwerden habe, der solle sie in jedem Einzelfalle mit Begründung an die Preßkommission senden, damit eine Prüfung und erforderlichenfalls Abhilfe erfolgen könne. — Girsch sagte hierzu: Es handle sich nicht darum, ob im Einzelfalle ein Bericht gefügt werde, wozu selbstverständlich die Redaktion berechtigt sei. Der Kernpunkt der Charlottenburger Beschwerde sei der, daß die Interessen der Vororte im „Vorwärts“ nicht genügend berücksichtigt werden, und, wie die Dinge jetzt lägen, auch nicht so berücksichtigt werden könnten, wie es die Genossen in den Vororten mit Recht fordern könnten. Immer, wenn Wünsche um größere Berücksichtigung der Vororte vorgebracht wurden, sei ihnen entgegengehalten worden, der Etat des „Vorwärts“ vertrage das nicht. Die Frage, wie die berechtigten Interessen der Vororte im „Vorwärts“ zur Geltung kommen könnten, könne hier nicht gelöst werden. Es müßte versucht werden, durch die Preßkommission in Verbindung mit Vertretern der Vororte eine Lösung zu finden. — Jubel bezeichnete diese Beschwerden der Vororte als begründet, doch solle man sich nicht beklagen über die Kürzung unwesentlicher Versammlungsberichte. Abgesehen von Versammlungen, die sich mit wichtigen Parteilaktionen und dergleichen beschäftigen, könnten die Versammlungsberichte erheblich kürzer sein wie jetzt. Aber in dieser Hinsicht müsse Parität walten. Jetzt würden die Versammlungen der Berliner Wahlkreise viel eingehender behandelt wie solche aus den Vororten.

Die Versammlung nahm einen Antrag an, welcher die Preßkommission ersucht, mit den Vorständen der größeren Vororte in kürzester Zeit eine Sitzung abzuhalten, um eine Lösung der in der Diskussion aufgeworfenen Frage herbeizuführen.

Fischer-Schöneberg erstattete den Bericht der Agitationskommission, dessen Einzelheiten bereits früher an anderen Stellen bekannt gegeben worden sind. — In der Diskussion wurde besonders auf die in der Provinz eingerichteten Auskunftsburauen verwiesen. Man wünschte einen weiteren Ausbau dieser Institution, weil sie sich auch in agitatorischer Hinsicht gut bewährt hätte.

Riedel erstattete den Bericht der Lokalkommission, der ohne Debatte entgegengenommen wurde.

Die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre

hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Girsch, 2. Vorsitzender Böste, angestellter Sekretär Wollermann, Kassierer: Groger, Stiefenhöfer, Frau Thiel, Revisoren: Thurow, Weinmann, Riedel, Benzel, Rosenfranz. Aktionsauschuss: Wollermann und Groger. Preßkommission: Heinrichs, Hoffmann, Ull. Agitationskommission: Fischer und Rüter. Lokalkommission: Kohr. Revisor für Groß-Berlin: Weinmann. Vertreterin der Frauen im Verbandsvorstand: Frau Thiel. Preßkommission für die „Brandenburger Zeitung“: Gruhl-Kowames, der „Märkischen Volksstimme“: Köpfe-Neischendorf.

Für die Verbandsgeneralversammlung wurden folgende Anträge angenommen: 1. Den Wahlvereinsbeitrag für weibliche Mitglieder auf monatlich 20 Pf. festzusetzen. 2. Zu beschließen, daß das Lokal „Neue Welt“ zur Waiserei schon in diesem Jahre den Rixdorfer Genossen überlassen werde.

Hierauf wurden noch verschiedene Anregungen und Mitteilungen entgegengenommen und dann die Generalversammlung geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag, den 23. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale von Altem, Hasenheide 15/16, ein Vortrag mit Lichtbildern über: „Die bawische Revolution“ statt. Vortragender: Reichstagsabgeordneter Adolf Geel. Eintrittskarten a 10 Pf. sind bei den Abteilungs- und Bezirksführern zu haben. Offene Kasse findet nicht statt. Da etwas Gutes geboten wird, ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Achtung! Fünfter Wahlkreis. Volksversammlung heute, Dienstag, den 23. März, 8 1/2 Uhr abends, im Alten Schützenhause, Linienstraße 6. Referentin: Genossin Mathilde Wurm.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet Die Einberuferin.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3, eine Versammlung statt. Vortrag des Genossen Ed. Vernstein über: „Revisionismus und unser Programm“. Alle Parteigenossen, die sich als solche legitimieren, haben Zutritt. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute Dienstag abend findet von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt. Der Vorstand.

Köpenick. Heute, Dienstag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Hippa, Grünauer Str. 31, die Wahlvereinsversammlung statt. Die reichhaltige Tagesordnung macht das Erscheinen der Mitglieder nötig. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Restaurant Wwe. Leiche die Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Köhn über: „Weltanschauung und Lebensziele“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten von der Kreisgeneralversammlung. 4. Waiserei. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr bei Schaller, „Vorwärts-Bar“, Provinzstr. 60: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Assyrien und Babylon“. Referent:

Genosse Lewinsohn. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Königs-Wupperhausen und Umgegend. Die Parteigenossen werden hierdurch auf die am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen Schumann in Wildau stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Vortrag über „Konsum- und Genossenschaftswesen“. Außerdem werden verschiedene Berichte gegeben. Die Parteigenossen werden ersucht, zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen.

Berliner Nachrichten.

Im Kampf um die Jugend.

Die Bemühungen der bürgerlichen Gesellschaft, den Nachwuchs der Arbeiterklasse auch nach Vollendung der Schulpflicht möglichst in Denkfesseln zu schlagen, haben durch die sozialdemokratischen Jugendorganisationen ihr wirksames Gegengewicht erhalten. Aber jenen bürgerlichen „Freunden“ der Jugend ist das ein Anlaß geworden, einstweilen ihren Eifer nur noch zu steigern. Viel versprechen sie sich jetzt von der Ausführung des Gedankens, die Fortbildungsschule noch mehr als bisher zur Teilnahme an dem Kampf um die Jugend heranzuziehen. Im Sommer vorigen Jahres wurde in einem Erlaß des Handelsministers dringend gemahnt, die Fortbildungsschule als einen Unterbau der Fürsorgeeinrichtungen für die schulentlassene Jugend zu benutzen. Ueber dasselbe Thema verhandelte am Sonnabend voriger Woche die „Vereinigung zur Förderung des Fortbildungsschulwesens“, die bei dem „Berliner Lehrerverein“ besteht.

Herr Direktor Th. Sander, der über „Die Organisation der Jugendfürsorge in der Fortbildungsschule“ referierte, entwickelte einen vollständigen Plan für die Agitation, die da unter der Fortbildungsschulpflichtigen Jugend betrieben soll. Selbstverständlich gilt ihm alles, was er vorschlägt, als eine rein erzieherische Maßregel. Er betonte sogar ausdrücklich, daß man dabei über den Parteien stehen müsse. Aber für die Veranstaltungen, mit denen die bürgerliche Gesellschaft an die Arbeiterklasse oder an deren Nachwuchs heranzukommen sucht, bedeutet dieses „über den Parteien stehen“ immer nur eine gemeinsame Arbeit aller bürgerlichen Parteien, immer nur einen Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das ist denn auch für die Arbeiterklasse Grund genug, alle „Fürsorge“ bürgerlicher „Volksfreunde“ nur mit Vorsicht zu genießen. Es ist beinahe lustig zu sehen, wie man jetzt — „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“ — sich dazu bequemt, endlich die Psyche des Jünglings verstehen zu wollen. „Nur kein Zwang“, das ist jetzt die Parole derselben Kreise, die bisher nicht laut genug hatten fordern können, daß man die heranwachsende Jugend mit eiserner Faust in ihre Schranken zwingt. Zwanglos soll alles sein, was man der fortbildungsschulpflichtigen Jugend außerhalb des Unterrichts bieten will, die Spiele und Ausflüge, mit denen man im Sommer sie fesseln zu können glaubt, die Vorträge und geselligen Zusammenkünfte, zu denen man im Winter sie zu versammeln gedenkt. Möglichst zwanglos soll es auch zugehen in dem Jugendklubhaus (oder wie man es sonst nennen will), das als räumlicher Mittelpunkt für die fortbildungsschulpflichtige Jugend gedacht ist, als Verkehrslokal, in dem sie sich wohlzufühlen soll. Es müßte da, meinte Herr Sander, sogar so etwas wie eine Selbstverwaltung geben, die man den jungen Leuten getrost zutrauen dürfe. Der Plan, einen solchen Mittelpunkt für die Jugend zu schaffen, wurde auch in der Diskussion als sehr empfehlenswert und wohl durchführbar bezeichnet.

Zum Kriegsführen gehört bekanntlich viel Geld, und auch dieser Kampf um die Jugend läßt sich selbstverständlich nicht ohne bedeutende Geldmittel ausfechten. Herr Sander meinte, die müsse der Staat oder die Gemeinde hergeben, und in der Diskussion stimmte man ihm hierin bei. Staat und Gemeinde pflegen nun allerdings nicht so rasch in denbeutel zu greifen. Aber vielleicht machen sie mal eine Ausnahme und leisten sich das nicht billige Vergnügen. Daß es ihnen nichts einbringt, dafür ist schon gesorgt. Die Arbeiterjugend besitzt heute die erforderliche Einsicht in ihre Klassenlage, um solche Bestrebungen richtig würdigen zu können.

„Bund für Allgemeinbildung“.

Wenn zwei Deutsche zusammenkommen und nichts Vernünftiges mit ihrer Zeit anzufangen wissen, so gründen sie flugs einen — Verein. Es kommt dabei weniger auf bestimmte Ziele und Bestrebungen als auf Befriedigung der Vereinsmeierei an. Und so hat sich denn wieder im Beginn des neuen Jahres ein solches Vereinchen gebildet, das sich den vielversprechenden und pompösen Titel: „Bund für Allgemeinbildung“ zugelegt hat und an dessen Spitze als Begründer und Organisatoren junge Kaufleute und dergleichen im Alter von etwa 18 bis 20 Jahren fungieren. Diese unternehmenden Deutschen wollen, um einem „tiefergefühlten Bedürfnis“ (?) abzuhelfen, sich der mühevollen und weltbewegenden Aufgabe unterziehen, „Allgemeinbildung“ zu verbreiten. Der „Bund“ blickt schon, wie einer der jungen Herren mit stichtlicher Genugtuung in einem am 17. März in den „Arminhallen“ veranstalteten „Heineabend“ erklärte, auf ein Quartal von ersprießlicher und erfolgreicher Tätigkeit zurück. Es wurden alle 14 Tage wissenschaftliche und belehrende Vorträge gehalten und in jedem Vierteljahr soll ein Abend der „Kunst“ gewidmet werden, wovon der betreffende „Heineabend“ schon eine eigenartige Probe gab. Obgleich Freibillette reichlich „abgefegt“ waren, zeigte der kleine Saal erschreckende Mängel. Viel mehr als die 40 Mitglieder, die das Vereinchen umfaßt, waren auch nicht anwesend. Das Programm selbst war nicht schlecht zusammengestellt, um so dürftiger war die Vortragweise der engagierten Kräfte. Nachdem der Redner, der über Heines Leben und seine Werke sprechen sollte, in letzter Stunde am Erscheinen verhindert war, las einer der jungen Männer aus einer Heine-Ausgabe dessen Biographie wörtlich und monoton, ohne Schwung und Nuancierung vor. Dann folgten Rezitationen einer Dame, die noch nicht allzu hohe Ansprüche befriedigen konnten, während der Sänger die wenigen Gäste völlig kalt ließ. Eine hinter uns stehende humoristisch veranlagte Dame sagte ihr Urteil in die drastische Bemerkung

zusammen: „Wär ich doch lieber in den „Kienlopp“ gegangen.“ Alles in allem kann man nicht nur bezüglich der künstlerischen und wissenschaftlichen Darbietungen dieses „Bundes“ von einem wirklich verfehlten und überflüssigen Unternehmen sprechen. Es gibt so viel äußerst leistungsfähige Bildungsanstalten, daß es der Dilettantenarbeit dieses Bundes für „Allgemeinbildung“ tatsächlich nicht bedarf.

Vom Alkoholmißbrauch. In dem neuesten ärztlichen Jahresbericht des Krankenhauses am Friedrichshain, der das Etatsjahr 1907 (1. April 1907—31. März 1908) behandelt und erst jetzt vom Magistrat veröffentlicht wird, finden sich wieder einige warnende Ausführungen über den Alkoholmißbrauch. Sie rühren, wie in den Vorjahren, her von dem Prof. Dr. Stadelmann, dem ärztlichen Direktor der inneren Abteilung des Krankenhauses. Herr Stadelmann ist unter allen ärztlichen Direktoren und dirigierenden Ärzten sämtlicher Krankenhäuser der Stadtgemeinde Berlin der einzige, der in seinen Berichten sich äußert über den Einfluß des gewohnheitsmäßigen Alkoholgenußes auf Entstehung und Verlauf von Krankheiten. Er zählt hierher nicht nur chronische Alkoholergiftung, Säufereleber, Säufereleber, sondern auch die meisten bei ihm zur Behandlung gelangenden Fälle von chronischem Muskelrheumatismus, Herzleiden, Nierenleiden. In der ersten Zeit nach seinem Amtsantritt verteidigte er in den Berichten das von ihm zusammengetragene Material mit einer Kritiklosigkeit, zu der man nur den Kopf schütteln konnte. Später wurde er vorsichtiger, so daß man nunmehr seine Darlegungen ernst nehmen durfte. In dem Bericht für das Etatsjahr 1907 hebt er hervor, daß er 25 Fälle von Säufereleber zu behandeln hatte, wovon 17 — also volle zwei Drittel — tödlich verliefen. Außerdem seien etwa 100 Kranke wegen akuter und chronischer Alkoholergiftung aufgenommen und behandelt worden. Hierbei ist freilich zu beachten, daß im Friedrichshainkrankenhaus der Prof. Stadelmann sich vornehmlich die meisten dieser Kranken zuweisen läßt. Der dirigierende Arzt, der der anderen Hälfte der inneren Abteilung vorsteht, hatte knapp ein Viertelhundert solcher Kranken in Behandlung. Stadelmann führt sodann in seinem Bericht weiter aus: „Um ein Bild über die verheerenden unheilbringenden Folgen des chronischen Alkoholmißbrauches zu bekommen, müßte man hierzu den größten Teil der Fälle von chronischem Muskelrheumatismus (110), der Erkrankungen des peripheren Nervensystems (50), des Herzens, speziell des Herzmuskels (60), der Bluthgefäße, speziell der Arteriosklerose (40), der Nieren (110) usw. hinzurechnen. Bei allen diesen Krankheiten war meist der chronische gewohnheitsmäßige Alkoholgenuß als Ursache nachweisbar.“ Stadelmann glaubt ferner, bei der akuten Lungenerkrankung die hohe Sterblichkeit aus dem chronischen Alkoholmißbrauch erklären zu sollen. Er gibt an, daß er diesmal 128 Fälle akuter Lungenerkrankung zu behandeln gehabt habe, wovon fast die Hälfte tödlich verlaufen seien. „Die Gründe dafür sind“, so fügt er hinzu, „dieselben wie in den früheren Jahren, die ich derzeit ausführlich besprochen habe. Es handelte sich meist um alte, wenig widerstandsfähige, meist durch chronischen Alkoholmißbrauch frühzeitig körperlich und geistig heruntergekommene Säufere.“ Herr Prof. Stadelmann zieht selbstverständlich aus seinen Ansichten über die Schädlichkeit des Alkohols auch die praktische Schlussfolgerung, daß er in der speziell ihm zugewiesenen Hälfte der inneren Abteilung (im Etatsjahr 1907 waren das die Pavillons I, VI, VII, XVI, XVII) die Patienten möglichst des Alkohols zu entwöhnen sucht. Da aber andere Ärzte nicht ganz seiner Meinung sind, so wird es in anderen Abteilungen desselben Krankenhauses minder streng mit der Vermeidung des Alkohols. Während bei Prof. Stadelmann der alkoholliebende Patient vergeblich nach Alkohol schmachtet, kann es in einem anderen Pavillon einem alkoholhasenden Patienten widerfahren, daß man ihm „ein Schlüsschen Wein als Extrahierung“ auszuwählen sucht.

Professor Reuters ist gestern an den Folgen einer Gallensteinoperation in der Klinik des Geheimrats Krieger verstorben. Professor Reuters genoss als Arzt einen anerkannten Ruf und war u. a. auch leitender Arzt des städtischen Krankenhauses Moabit für die innere Abteilung.

Polizeiverordnungen, welche das Besetzen der Treppen und Hausflure vorschreiben, sind auch dann gültig, wenn sie die Hausverwalter auf eine Stufe mit den Hausbesitzern stellen. So hat das Kammergericht in einem Fall entschieden, der die Anwendung einer Zülfür Polizeiverordnung betraf, indem es ausführte: Das Eigentum muß so gehalten werden, daß Gefahren für das Publikum verhindert werden. Jeder, der rechtmäßig den Eigentümer in seinen Funktionen vertritt, habe nicht nur die Rechte des Eigentümers, sondern auch seine Pflichten. Deshalb könne eine Polizeiverordnung bestimmen, daß auch der Hausverwalter verantwortlich sei.

Submissionen. Bei dem Angebot auf Lieferung von Möbeln für das neue Stadthaus in der Stralauer Straße hat die Firma F. Wolff 15 284 M. als meistbietende und Ernst Gaffow Raffl. 14 700 M. als minderbietende Bewerberin verlangt. Die Differenz beträgt also 584 M.

Fahrratenschwindel auf der Wannesebahn. In letzter Zeit waren fortgesetzt bei der hiesigen Eisenbahndirection von Fahrgästen Beschwerden eingelaufen, wonach statt der gewünschten und bezahlten Fahrkarten nach Potsdam nur solche bis nach Steglitz ausgeben würden. Es erfolgte schließlich eine Revision der Schalterräume des hiesigen Wannesebahnhofs und dabei wurde festgestellt, daß in den betreffenden Paketen, die Karten nach Potsdam enthalten mußten, nur die oberste auf Potsdam ausgestellt war, während alle anderen nur bis Steglitz Geltung hatten. Nicht allein bei den Willeits dritter, sondern auch bei denen zweiter Klasse war dies Vorgehen unternommen worden. Die weitere Untersuchung ergab nun, daß hier ein äußerst raffiniertes Betrugsmanöver vorlag. Eine ungetreue Schalterbeamtin, die bisher noch nicht ermittelt werden konnte, ist als Urheberin des Schwindelmanövers zu betrachten. Die Betrügereien liegen bis zum Juni des vergangenen Jahres zurück. In folgender Weise wurden die Untersuchungen ausgeführt: Die Beamtin entnahm ihrem eigenen Schalter ein Paket Steglitzer Fahrkarten zu 99 Stück zweiter und 99 Stück dritter Klasse. Den entsprechenden Betrag von 9,90 M. und 14,85 M., also 99 mal 10 und 99 mal 15 Pfennig legte sie in ihre Kasse, um so am Abend glatt abrechnen zu können. Hierauf legte sie die zur Ausführung der betrügerischen Manipulationen gelauften Fahrkarten in diejenigen Schalterfächer ihrer Nachbarin, in der die Fahrkarten Berlin-Potsdam lagerten. Sie entnahm nun wieder dafür 99 Potsdamer Karten zweiter Klasse a 75 Pf. und 99 Karten dritter Klasse a 50 Pf. Die oberste Karte des Originalpakets der Potsdamer Fahrkarten behielt sie in dem Schalter und täuschte auf diese Weise ihre Kollegin, die annehmen mußte, daß auch die darunter liegenden Karten auf Potsdam lauteten. Die entnommenen Fahrkarten verkaufte die Betrügerin an ihrem Schalter zu den Originalpreisen, wobei sie an jedem Bilet 40 beziehungsweise 60 Pfennig Reingewinn hatte. Bisher konnte festgestellt werden, daß die Beamtin auf diese Weise etwa 500 Mark erschwindelt hat. Ob noch größere Summen herauskommen, wird die weitere Untersuchung ergeben.

Laubeneindrücke engros. In den Laubkolonien der nördlichen Stadtteile werden seit einigen Tagen die Eindrücke der Laubblätter engros ausgeführt. Kein Tag vergeht, an dem nicht ein oder gar mehrere

derartige Diebstähle der Polizei gemeldet werden. In der Kolonie an der Prenzlauer Allee wurden am Sonnabend nicht weniger als fünf Einbrüche verübt. Nahezu 100 Hühner und anderes Geflügel fielen den Tätern zur Beute. Insbesondere handelt es sich hier um eine wohlorganisierte Diebesgesellschaft, die förmliche Raubzüge nach den einzelnen Kolonien unternimmt.

Einen einträglichen Darlehens- und Kautionsgeschäft betrieben die Kaufleute Siegfried Primer vom Rollendorfsplatz Nr. 6 und Otto Krause aus der Lintenstr. 73, die gestern verhaftet wurden. Die findigen Leute verstanden die beiden Schwindelarten geschickt zu vereinigen. Primer gründete am Rollendorfsplatz ein „Zentraldepot“, dessen Bedeutung ihm selbst nicht ganz klar ist. Krause war sein „Kompanion“. Das „Zentraldepot“ vertrieb durch Zeitungsanzeigen in Berlin und in der Provinz Geldsuchenden Darlehen zu mäßigen Bedingungen. Die Betriebsmittel, an denen es ganz und gar fehlte, verschaffte er sich, indem er ebenfalls auf dem Wege der Zeitungsanzeigen Kaffierer mit Bürgschaft suchte. Auf beide Gattungen Bewerbungen genug ein. Soweit die Kriminalpolizei bis jetzt festgestellt hat, brachten 18 Kaffierer Bürgschaften von 200—900 M. Wie es mit den Darlehen steht, weiß man noch nicht. In den mündlichen Verhandlungen mit den Kaffierern, denen eine bequeme und einträgliche Stellung zugesichert wurde, war immer nur von Kauttionen die Rede. In den mit dem Fotographen vorgebrachten Aufstellungsschein aber schamgelletzt die sauberen Geschäftsteile statt „Kauttion“ das Wort „Einlage“ hinein. Eine bequeme Stellung hatten die Kaffierer, denn sie hatten entweder gar nichts zu tun oder nur einige „Recherchen“ für die Darlehensabteilung zu machen. Mit der Einträglichkeit aber war es nicht. Wenn die Leute stuhlig wurden und ihre Kauttion verlangten, so zeigte man ihnen den Schein, nach dem sie durch ihre Unterschrift befähigt, daß sie ihr Geld als Einlage in das Geschäft gegeben hätten. Drohten sie mit der Polizei, warf man sie hinaus und verwies sie auf den Klageweg. Damit einer von dem anderen nichts erfahre, trennte man das Geschäft räumlich, indem Krause seine Wohnung in der Lintenstr. 73 zu einer Filiale des Zentraldepots machte. Die Kriminalpolizei, die das Geschäftsgeschäft seit einiger Zeit beobachtete, machte den Herren am Sonnabendmittags einen unerwarteten Besuch, nahm beide fest und beschlagnahmte alles, was an Schriftstücken und Geld vorhanden war. Während der Durchsuchung der Räume kamen noch zwei Kaffierer, die ihren Posten antraten und die Kauttion abgeben wollten. Als sie erfuhren, daß sie nicht mit den Inhabern des Zentraldepots, sondern mit Kriminalbeamten zu tun hätten, belamen sie erst einen gelinden Schreck, freuten sich dann aber umso mehr, daß sie ihr Geld gerettet hatten. Primer und Krause wurden gestern nachmittags dem Untersuchungsrichter zugeführt. Sie haben wahrscheinlich noch mehr Opfer als die ermittelten achtzehn gefunden.

Kabarett in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, 21. März. Das Sechstages-Kabarett, das am vorigen Montag begann, endete mit dem Siege der amerikanischen Mannschaft Mac Farland-Moran, die in den 144 Stunden 3885,400 Kilometer zurücklegte; Stol-Vertbet endeten 1 Runde zurück vor Brocco-Passierien, Contenet-Stabe, Robl-Stellbrink, deren Abstand ein sehr weiter war. Von den 31 Fahrern, die mannschaftsweise das lange Rennen bestritten, gaben die meisten auf; Theile unser bester Dauerfahrer, schied schon in der 6. Stunde aus; ihm folgte Rosenlöcher in der 18. Stunde, Stubela, Hall und de Mara in der 31. Stunde. Feiny und Hoffmann, die namentlich am zweiten Tage scharfe Vorstöße unternommen und sich vorzeitig aufgaben hatten, gaben gleichfalls auf, blieben aber als Ersagleute noch im Rennen. Jacquelin I. wurde am Donnerstag von der Bahn verwiesen, weil er gegen Stellbrink, der infolge eines Zusammenstoßes mit Boulain zu Fall gekommen war und darüber ungehalten war, sich zu einem lästlichen Angriff hatte hinreißen lassen. Am Sonnabend gaben Alhoff, Scheiermann, Nfser, Tadewald und Hoffmann auf; Feiny bildete mit Jacquelin II eine neue Mannschaft. Am Sonntagmittags waren noch acht Mannschaften im Rennen: Mac Farland-Moran, Stol-Vertbet, Brocco-Passierien, Contenet-Stabe, Robl-Stellbrink, Pawle-Rudel, Feiny-Jacquelin II, Arend-Peter. Um 5 1/2 Uhr nachmittags schieden die vier letztgenannten Mannschaften, die weit zurücklagen, aus dem Rennen, so daß nur je vier Fahrer auf der Bahn blieben; zuletzt kam es nur noch zu einem Kampfe zwischen den beiden Amerikanern und Stol-Vertbet, nachdem in der letzten Stunde auch Brocco-Passierien und Contenet-Stabe nicht mehr saßen. Der letzte Angriff Stols, der kurz vor dem Schluß noch einmal einen Vorstoß gegen Moran unternahm, wies dieser wie alle früheren erfolgreich ab. Reicher Beifall wurde den beiden siegreichen Paaren zu teil, die so tapfer bis zu Ende gekämpft hatten. Die Preise beliefen sich auf 5000, 4000, 3000, 2000 und 1000 M., außer den Startgeldern, die alle Fahrer bezogen.

Ein Trauring ist am Sonnabend in der Zeit von mittags 11—12 oder 12 1/2—1 Uhr vor dem Hause Schreinerstr. 63 verloren gegangen. Gezeichnet war derselbe: R. W. 28. 9. 1902 und W. U. Die Ermittler oder der Finder des Ringes werden gebeten, sich an Wiese, Schreinerstr. 63, Hof II links zu wenden.

Feuerwehrnachrichten. Wegen einer Gasexplosion wurde am Sonntagabend die Berliner Feuerwehr nach der Mittenwalder Straße 49 alarmiert. Als die Feuerwehr anrückte, brannten Wohnräume des Kaufmanns E. Weigner nahe der Firdinger Straße. Dieser wurde in der Wohnung vorgefunden und nach erfolgloser Behandlung mit Sauerstoff die Polizei benachrichtigt, der dann die Leiche übergeben wurde. Nach Angabe eines herbeigerufenen Arztes war der Tod schon volle vier Stunden vor der Explosion eingetreten. Die Explosion war durch Anzünden eines Streichholzes seitens des Fel. Nisch entstanden, das mit dem Säurendabongekommen ist. Das Gas war aus einem geöffneten Gasofen ausgeströmt. Ob Unvorsichtigkeit oder eine andere Ursache vorliegt, konnte nicht festgestellt werden. Etwas später wurde die Feuerwehr nochmals nach der Mittenwalder Str. 31 gerufen. Diesmal handelte es sich um einen Schornsteinbrand. Wegen eines Kellerbrandes rückte die Wehr nach der Straßberger Str. 48 aus. Zwei Wohnungsbrände wurden aus der Schönhauser Allee 159 und Hofenlohestr. 18 gemeldet. Ferner hatte die Wehr auf dem Neubau des Monopol-Hotels in der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße, Belforter Str. 16, Windstr. 51, Adalbertstr. 18 und an anderen Stellen zu tun.

Zwei Wohnungsbrände beschaffigten gestern die Feuerwehr in der Wöhlertstr. 1 und Reuten Friedrichstr. 70, wo Möbel, Gardinen, Portieren u. a. brannten. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Rödertstr. 84a gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Feuer in der Industriehalle Charlottenburg, G. m. b. H., in der Wilschestr. 23, alarmierte am Sonntag die Charlottenburger Feuerwehr. Sofort rückte der Automobilzug zur Brandstelle aus, dem dann die Jäger der Haupttruppe folgten. Der Dachstuhl des mächtigen Gebäudes, das zahlreiche Großdampfer beherbergt, stand in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten, fast unbemerkt, schnell reiche Nahrung gefunden und bedrohten das angrenzende Gebäude. Die Feuerwehr griff deshalb gleich mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrahlen an und benutzte bei ihrem Vorgehen außer den Treppen eine mechanische Leiter. Im Luft zu machen und dem Dualim einen Abzug zu verschaffen, wurde das Dach an mehreren Stellen von den Feuerwehrmännern aufgebaut. Nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit konnte die Feuerwehr gegen 3 Uhr wieder abrücken. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsurache konnte nicht mehr ermittelt werden.

Zehlendorf.

Wozu Gemeindegeld verwendet werden. Daß der Gemeindevorstand Steuermittel verwendet, die dem Gemeindevorstand zu-

widerlaufen, ist schon und schon des öfteren bargelegt worden. Erinnert sei nur an die 5000 M.-Einnahme und den laufenden Jahresbeitrag von 1500 M. an die Schülerrubereinigungen des Gymnasiums. Weiter an die 700 M., welche dem hiesigen Kriegerverein bei zwei Gelegenheiten, zum Anlegen in Bier und Spirituosen belaus höherer Begeisterung für das teure Vaterland gespendet wurden. Das Reueste jedoch ist, daß auch der Gemeindevorstand einem lange gefühlten Bedürfnisse entsprechend, dem — Radfahrersport großes Interesse entgegenbringt.

Der Radfahrerklub „Schwalbe“, welcher sich aus lauter Patrioten zusammensetzt, fühlte das Bedürfnis, sein zehnjähriges Stiftungsfest zu feiern. Um nun der Sache einen recht würdigen Hintergrund zu verleihen, lud man auch den Gemeindevorstand hierzu ein. Dafür stand diesem natürlich das Recht zu, in den Gemeindefällen zu greifen und einen Preis für obigen Sportklub zu stiften. Der Preis bestand in einer Standuhr, wie geruchweise verlaunt, im Werte von 100 M. Ein tüchtiger Gemeindevorstand, wird mancher sagen; aber der Gemeindevorstand kann auch ganz anders, wie nachstehendes Vorkommnis beweist.

Einer unserer Parteigenossen hatte das Angliat, seit dem 4. Juli vorigen Jahres bis jetzt krank an Rheumatismus daniederzuliegen. Während seiner Krankheit starben ihm von fünf Kindern zwei. Er war nicht in der Lage, an die Gemeinde das Geld für die beiden Grabstellen zahlen zu können und ersuchte um Stundung, welche ihm auch zugesichert wurde. Auf Veranlassung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg wurde der Kranke in eine Heilanstalt entsandt, und in dieser Zeit schickte die Gemeinde ihren Vollziehungsbeamten in die Wohnung des Betroffenen, um wegen des zurzeit verstorbenen Kindes zu pfänden. Es handelte sich um den Betrag von lumpigen 7 M., und doch fiel die Pfändung fruchtlos aus; ein Zeichen für die Verarmung der Familie.

Brauchte die Gemeinde wirklich die 7 M. so notwendig, daß sie deshalb zur Pfändung schritt? Konnte der Gemeindevorstand nicht ebenso großes Interesse an der Familie wie an der Betätigung des Radfahrersportes haben und den kleinen Betrag so lange stunden, bis der Familienvater wieder erwerbsfähig war? Aber freilich, hier handelte es sich ja um die Familie eines Proletariats, während bei den Spenden für die Schülerrubereinigungen, beim Kriegerverein und beim Radfahrerklub das Interesse der sogenannten „Staatsbehörden“ in Frage kam. Wie lange sollen diese Zustände in unserer Gemeinde noch dauern, wie lange will die Arbeitererschaft unserer Ortes Vorgänge der geschilberten Art ruhig geschehen lassen? Es wird dringende Zeit, daß auch in unsere Gemeindevertretung Sozialdemokraten hineingewählt werden, dann werden es sich die Herren, welche heute darin das große Wort führen, dreimal überlegen, ehe sie zu den Geldverschwendungen für ganz private Veranstaltungen ihre Zustimmung geben. Erst dann wird es auch möglich sein, in Rot geratene Arbeiterfamilien vor den Uebergriffen unserer Gemeindevorkauftratie zu schützen.

Sichtwalde.

Das Resultat der letzten Gemeindevorstandswahl hat eine nicht geringe Uebererfassung hervorgerufen. Bei der Hauptwahl erhielten bekanntlich Kaufmann Riehn 62, Genosse Ulrich 61 und Eigentümer Ruckert 35 Stimmen. Für die Stichwahl zwischen unserem Genossen Ulrich und dem Kandidaten des „Ortsvereins“ Herrn Kaufmann Riehn kam es also unter anderem darauf an, wie sich der „Grundbesitzerverein“ verhalten würde. In der von ihm einberufenen öffentlichen Versammlung versprachen die Vertreter desselben, für unseren Kandidaten einzutreten. Die Arbeiterschaft baute indessen nicht abzuheben auf diese nicht aus Liebe zur Arbeiterschaft, sondern aus Haß auf den „Ortsverein“ gemachten Versicherungen. Es wurde von unseren Genossen eine intensive Agitation entfaltet; es ist in erster Linie der Erfolg zuzuschreiben. Vor der Drohung des „Ortsvereins“ über eine eventuelle „sozialistische Gefahr“, und nicht zuletzt vor der Androhung von Maßregeln gegenüber den zahlreichen Kriegervereinsmitgliedern und den Post- und Bahnbeamten, knickten die „Reiben“ des Grundbesitzervereins schließlich zusammen. Etliche stimmten gegen und viele enthielten sich der Stimme. Trotz alledem errang die Arbeiterschaft den Sieg. Von 290 Wählern gaben bei der Stichwahl 177 ihre Stimme ab, und zwar für den Genossen Ulrich 91 und für den Kaufmann Riehn 86. Die Arbeiterschaft kann auf diesen Erfolg stolz sein. Von den 91 Stimmen entfallen auf Grundbesitzer nur 11. In das Gemeindepalament, in dem sich Rentiers und Grundbesitzer auf immer ungeheuer wählten, ist die Sozialdemokratie eingedrungen. Run vorwärts! Unsere neuen Anhänger müssen zu Kämpfen für unsere Sache erzogen werden.

Rummelsburg.

Gemeindevorstandswahl. Am Freitag begann bei überfüllter Zuhörtribüne die Beratung des Voranschlags für 1909/10. Kurz einleitend führte der Herr Bürgermeister hierzu aus, daß der diesmalige Voranschlag ein verhältnismäßig wenig günstiges Bild darbietet. Es müsse zugestanden werden, daß die auf allgemeinen Wunsch im Vorjahre erfolgte Herabsetzung des Gemeindesteuerschulds von 125 Proz. auf 100 Proz. als ein verfehltes Experiment sich erwiesen hat. Durch die Kontrolle des Ab- und Zuganges der Bevölkerungsbevölkerung hat sich ergeben, daß der von den Bewerbern der vorjährigen Herabsetzung vorausgesehene große Zufluss von reichen Leuten leider nicht eingetroffen ist. Die eingesehten Mehraufgaben von 497 000 Mark sind hauptsächlich durch die Erhöhung der Beamten- und Lehrgelälter, durch die Amortisation der Zweimillionenanleihe wie durch den ersten halbjährigen Amortisationsbeitrag veranlaßt. Zur Deckung dieser Mehraufwendungen schlägt der Gemeindevorstand in erster Linie die Wiedererhöhung des Gemeindesteuerschulds von 100 Proz. auf 125 Proz. vor. Ferner ist die Erhöhung der Hundsteuer von 20 M. auf 30 M. wie die Erhöhung der Schulgelder an sämtlichen höheren Schulen und die Erhöhung der Wasserwerkgebühren in Aussicht genommen. Ferner sollen die Wasserbezugsgebühren für die Abnehmer der Gemeinde Ober-Schöneweide um 20 Proz. erhöht werden. Der Beigeordnete Köhler gibt dann noch bekannt, daß zur Vermeidung der Schwindlust der Gemeindevorstand beschlossen habe, eine Lungenauskunftsstelle am Orte zu errichten und Tuberkulose durch die Bezirksärzte in eigene Behandlung zu übernehmen. Auch sollen wo nötig auf Kosten der Gemeinde für die Erkrankten zur Vermeidung der Ansteckungsgefahr eigene Zimmer gemietet werden. Unser Genosse John bestritt entschieden, daß die im Vorjahre erfolgte Herabsetzung des Gemeindesteuerschulds auf 100 Proz. auf allgemeinen Wunsch geschehen sei — es sei vielmehr nur das Werk der Sozialdemokratie sei bei der vorjährigen Etatberatung dringend vor diesem Schritt gewarnt worden. Die Verantwortung, daß der Gemeinde nunmehr 100 000 M. verloren gegangen seien — und die Wagnis, in diesem Jahr womöglich den Gemeindesteuerschulds von 100 auf 150 Prozent heraufsetzen zu müssen — trage allein die Grundbesitzerpartei und an ihrer Spitze der Gemeindevorstand. Die Mehrbelastung der Gemeinde Ober-Schöneweide um 20 000 M. durch Erhöhung der Wasserbezugsgebühren um 20 Prozent hält Redner — da Ober-Schöneweide bereits seit 15 Jahren für den jetzigen Preis das Wasser bezieht — auch das Wasserwerk selbst sich bei diesen Preisen mit 12 1/2 Proz. verzinst, für ungerechtfertigt. In den einzelnen Kapiteln des Etats beantragte unser Vertreter die Eingebend begründung unter anderem: Einführung der Anwartschaft des Bestattungswesens, wie die unentgeltliche Abgabe der Vermittlung für die Volksschüler und Fortführung der Mittagsmahlzeit für bedürftiger Schulkinder sowie Einstellung eines größeren Betrages für die Ferienkolonie und bessere Ausgestaltung des Gesundheitswesens. Den für diese Positionen eingestellten Gesamtausgabebetrag von 11 050 M. verteilt auf die äußerst notwendigsten sozialpolitischen Einrichtungen, wie Ferienkolonie 3250 M., Bekämpfung der Schwindsucht 1800 M., Bekämpfung der Kindersterblichkeit 1500 M., Vermittel an Bedürftige 3000 M. und 1500 M. an den Verein Frauenhilfe für warme Frühstückskost an bedürftige Schulkinder, bezieht Redner für einen Ort wie Rummelsburg mit fast 50 000 Einwohnern und einem Etat von über drei Millionen als lächerlich klein. Wenn dagegen andererseits in Betracht gezogen wird, daß der besser situierten Bevölkerung

dem zur Unterhaltung der höheren Schulen ein Gemeindegeld von 128 000 M. gewährt wird und den Hausbesitzern aus Gemeindegeldern 58 000 M. zu den Kanalisationsgebühren beigesteuert werden, so erscheinen dagegen die Armen, die den ärmeren Bevölkerungsschichten geboten werden, in einem recht kläglichen Lichte. Ferner tritt Redner für Vergrößerung der Volksbibliothek und für die Errichtung von Bedürfnisanstalten ein.

Beim Kapitel höhere Schulen bemängelt unser Genosse die diesmalige Fortlassung der Angaben der Schülerzahl an den einzelnen höheren Lehranstalten. — Redner vertritt hierin eine gewisse Ansicht, welche wohl dahin geht — unsererseits nicht feststellen zu können, wie hoch sich der Gemeindezuschuss auf den einzelnen höheren Schulen wie Schillerin beläuft. Beim Kapitel Straßenverwaltung kritisiert Genosse John Ickert, daß die im Vorjahre verabschiedete Vorlage betreffend Erhöhung der Löhne sämtlicher Gemeindegeldarbeiter bis heute der Gemeindevertretung noch nicht unterbreitet worden ist. Auch unterzog unser Redner hierbei das Verhalten des Gemeindevorstandes betreffs der beschlossenen Kostensarbeiten einer scharfen, aber sehr berechtigten Kritik. In der Kommissionsitzung, in welcher seinerzeit die Kostensarbeiten beschlossen wurden, habe Weigeordneter Assessor Köhler mit Empörung erklärt, daß bei einem etwaigen Schneefall eine recht große Zahl Arbeitsloser Verwendung finden sollten. Der gewünschte Schneefall sei nun wohl in reichlichem Maße gekommen, aber leider hat eine in Betracht kommende Einstellung Arbeitsloser nicht stattgefunden — wenn man nicht die Einstellung von 20 Mann am ersten Tage nach dem großen Schneefall und von 10 Mann an den nächsten Tagen bei einer am 16. Februar dieses Jahres in der Gemeinde festgestellten Zahl von über 1000 männlichen Arbeitslosen hierfür gelten lassen will. Weiter rügte Redner Ickert, daß die vor zwei Jahren beschlossene Errichtung eines Volkshauses noch nicht weiter — als bis zu Beschäftigung mehrerer solcher Anstalten gediehen ist. Ebenso bedauert Redner, daß die vor zwei Jahren beschlossene Errichtung eines Kindergartens im größeren Stile sich nur zu einer ganz kleinen Kinderbewahranstalt entwickelt hat. — Hierauf kommt Redner auch auf die Eingemeindungsfrage zu sprechen und bemerkt es, daß allem Anschein nach die Eingemeindung Vorhagen-Kummelsburg nach Berlin die regierungsmäßige Zustimmung nicht erhalten wird. Redner ventiliert hierbei die Frage einer Verschmelzung der Gemeinde Vorhagen-Kummelsburg mit der Stadt Pichtenberg und vertritt dabei den Standpunkt, daß eine solche Verschmelzung ganz besonders auf die finanziellen Verhältnisse beider Orte günstig wirken müßte; so würde z. B. das Kummelsburger Gymnasium, welches zurzeit schon einen jährlichen Gemeindezuschuss von 70 000 M. erfordert, vollständig für beide Gemeinden ausreichen. Auch die Errichtung eines Volkshauses würde für beide Orte genügen. Auch könnte die geplante Erbauung zweier Krankenhäuser wie zweier Rathhäuser bei einer Verschmelzung eine andere Regelung erfahren, durch welche dann unabweisbar große Summen würden erspart werden können. Aber abgesehen von diesen großen finanziellen Vorteilen, drängt auch schon die geographische Lage beider Orte von selbst auf eine Verschmelzung hin. — Nachdem Ritter (Soz.) noch für die beschlossene Aufbesserung der Gemeindegeldarbeiter eingetreten war und gleichzeitig scharfe Kritik an der vorjährigen Herabsetzung des Gemeindegeldzuschlags geübt hatte, nahm der Bürgermeister das Wort zur Erwidmung. Leider beschränkte sich derselbe in seinen Ausführungen auf ein paar wenige Beschwörungsphrasen; so erklärte er ganz einfach, für alle die nicht erfüllten Versprechungen und nicht ausgeführten Beschlüsse nicht mehr verantwortlich gemacht werden zu können — da hierüber der kollegialische Gemeindevorstand zu entscheiden habe. In der Volksbedeungsangelegenheit wird ein auswärtiger sachverständiger Stadtbaurat sich demnächst mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beschäftigen, wofür die im Etat eingestellten 1000 M. genügen. Für die Errichtung des geplanten Kindergartens sind die hierfür etwa im Betracht kommenden Grundstücke zu teuer! Ueber alle anderen Punkte sagte sich der Herr Bürgermeister mit einer gewissen Resignation hinweg. Wegen der geringen Einstellung von Arbeitslosen zum Schneeschmelzen antwortete der Weigeordnete Assessor Köhler mit einer drohenden Raibität — daß es wohl richtig sei, daß er die Einstellung einer großen Anzahl Arbeitsloser versprochen habe; wenn dies nicht geschehen sei, so könne er auch nicht dafür, da dies Gebiet nicht in sein Ressort fällt. (Gelächter.) Hierauf trat der junge Herr Bauunternehmer Römer als Vertreter des Vorhagener Grundbesitzervereins mit der Einführung auf die Bretter, daß das Recht, was sich die Sozialdemokraten durch Vordringung all ihrer Wünsche hier herausnehmen, auch ihm als Vertreter der armen Hausbesitzer zuzuberechnen müsse. Trotz der tieftraurigen Lage seien die hiesigen Hausbesitzer noch gern bereit, 1/2 Proz. höheren Zuschlag zur Gemeindegeldsteuer zu zahlen — wenn andererseits der Gemeindegeldzuschlag auf 100 Proz. erhalten bleibt. (Dieses 1/2 Proz. macht bei einem Haus im Werte von 100 000 M. pro Jahr 25 M. aus.) Nachdem unsere Vertreter die phrasenhaften Ausführungen des Herrn Römer auf ihren wirklichen Wert hin beleuchtet hatten und auch die Erklärungen des Gemeindevorstandes wie des Weigeordneten Köhler in ihrer Nichtigkeit gekennzeichnet worden waren, wurde der ganze Voranschlag der Etatskommission zur Durchberatung überwiesen.

Weißensee.

Schwer verunglückt ist am Sonntag der Malerlehrling Gieseler an der Ufermauer, Ecke Langhandstraße. Als derselbe auf dem Fahrrad die Straße passierte, kam er so unglücklich zu Falle, daß er sich einen Oberschenkelbruch zuzog. Der Verunglückte wurde zunächst nach der Wohnung seiner Eltern, Marienburger Str. 23 und von da nach dem Weißensee Krankenhaus gebracht.

Göhen-Schönhäuser.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Vergabe der Arbeiten zum neuen Verwaltungsgebäude. Es lagen drei Offerten vor, in welchen der Niedrigstfordernde 80 000 und der Höchstfordernde 88 000 M. verlangte. Die Arbeiten wurden dem Unternehmer Schlegel-Berlin als Mindestfordernden übertragen. Unsere Genossen gaben sich Mühe, daß die Streiklausel in den Vertrag mit aufgenommen werden sollte, der dahin gehende Antrag wurde aber abgelehnt. Ebenfalls wurde der von unseren Genossen gestellte Antrag, die Gemeindevertretung um einen Schöffen und drei Gemeindevorsteher zu verstärken, abgelehnt bzw. auf sechs Monate vertagt. Des weiteren beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit den Rechten und Pflichten der Separationsinteressenten. Der vorgelegte Entwurf wurde genehmigt. Unter Verschiedenem fragte Genosse Thiele an, ob die Mitglieder der

Schuldeputation über die den Lehrer Gehl betreffende Angelegenheit Auskunft geben könnten. Die Antwort hierauf ging dahin, daß diese Angelegenheit in geheimer Sitzung der Schuldeputation verhandelt worden sei. Es wird aber erwartet, daß der Lehrer Gehl zum 1. April d. J. seine Stellung verläßt, worinfalls das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden soll.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte 200 M. für die durch Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen. Dergleichen erklärte sie sich mit der Magistratsvorlage einverstanden, eine Anleihe von 115 000 M. zum Bau des Krankenhauses von der Nieder-Barnimer Kreisparasse zu einem Zinsfuß von 4 Proz. und Amortisation von 2 Proz. zu entnehmen. Der Erlass einer Freibankordnung fand Zustimmung. Für die Schuhrüstung zu den Dachdeckerarbeiten am Krankenhaus sollten von der Stadt 400 M. bewilligt werden. Begründet wurde die Forderung damit, daß der Dachdeckermeister Pawel bei der Herausgabe der Dachdeckerarbeiten am 20. November 1908 geschah, die jetzt geltenden Vorschriften zum Zwecke der Verhütung von Unfällen nicht kannte. Dieselben wären erst am 1. Januar 1909 erlassen worden; er hätte demnach in seinem Anschlag für Schuhrüstung, wie sie jetzt gefordert würde, keine Berechnung vorgegeben. Von bürgerlichen Vertretern wurde die Meinung geäußert, daß, wenn die Verordnung erst am 1. Januar 1909 erlassen worden sei, dem Dachdeckermeister nicht nur 400 M., sondern die vollständigen Kosten in Höhe von 700 M. bewilligt werden müßten. Unsere Genossen Wünsche und Strüger betonten, daß derartige Schuhrüstungen schon seit langer Zeit auf den Bauten gefordert werden. Von den Unternehmern würde jedoch zu viel gefordert, indem sie es unterließen, vorschrittmäßige Schuhrüstungen anzubringen. Gätte der betreffende Arbeitgeber auch nur die notwendigsten Schuhrüstungen beobachtet, so wäre vielleicht die Berufsgenossenschaft nicht dazu gekommen, die Arbeiten am Krankenhaus zu verbieten. Die Versammlung beschloß, dem Magistrat die Vorlage mit dem Ersuchen zurückzugeben, die Unfallverhütungsvorschriften durch die Baudeputation prüfen zu lassen.

Hermödorf i. M.

Der diesjährige Gemeindehaushalt schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 158 140 M., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 21 140 M. Ein Sonderantrag für das Gemeinde-Gaswerk balanciert mit 88 940,40 M. Die Jahresabrechnung des Gaswerkes, welche erst am 16. Oktober d. J. vorgenommen werden kann, wird, wie der Gemeindevorsteher Cheemu in der Gemeindevertreterversammlung mitteilte, voraussichtlich einen Ueberschuß von 4000 M. ergeben. Der Kubikmeter Gas kostet 13 Pf. Die Gemeinde war bisher die alleinige Abnehmerin von Gas, sie geht nunmehr mit Nachbargemeinden und einer großen Terraingesellschaft in Verhandlungen über Abgabe von Gas. Demnach besteht die Hoffnung, daß sich das Gaswerk zum Nutzen der Allgemeinheit entwickeln wird. Der Gemeindevorsteher teilte weiter mit, daß durch die neue Lehrerbefoldungsnovelle der Staatszuschuß zu den Lehrergehältern auch für unsere Gemeinde in Fortfall kommt. Der Einnahmeausfall beträgt für Hermödorf jährlich 8800 M. Durch die Annahme der Lehrerbefoldungsnovelle würde auch der für das vergangene Jahr bereits erhaltene Zuschuß an die Staatskasse zurückzufallen sein. Es ist durch diesen Ausfall an Einnahmen der Etat aus dem Gleichgewicht gekommen. Redner schlägt deshalb vor, die Erhöhung der Grundwertsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz. vorzunehmen. Die Gemeindevertretung erklärte sich damit einverstanden. Der Armenetat ist von 4510 M. auf 7580 M. gestiegen. Ebenso die Ausgaben der Volksschule von 48 705,95 M. auf 53 484,08 M. Der Antrag des Genossen Schauer, einen Betrag von 200 M. für Beschaffung von Schulbüchern für arme Kinder einzusetzen, fand nicht die Gegenliebe der Bürgerlichen. Es wurden schließlich 100 M. für diesen Zweck festgesetzt. Auf die Frage unfer Genossen, wie weit die Angelegenheit mit dem Bau einer Turnhalle gediehen ist, teilte der Gemeindevorsteher mit, daß er wahrscheinlich in der aller nächsten Zeit ein derartiges Projekt vorlegen wird. Auf weitere Anregung unseres Vertreters wurde zugesagt, die Straßenbeleuchtung für die Nacht auszudehnen. Genosse Schauer verwies darauf, daß es eine Reihe Arbeiter gäbe, die in Folge Schichtwechsels in den Fabriken früh mit dem ersten Zuge wegfahren oder auch mit dem letzten Zuge nichts nach Hause kommen. Dieselben sind bisher gezwungen gewesen, die weiten Wege im Dunkeln zu gehen. Die alljährlichen Zuwendungen von 2187,95 M. an die hiesige evangelische Kirchengemeinschaft ist gestrichen worden, hoffentlich für immer. Der Gemeindevorsteher teilte weiter mit, daß der Kreiswettbewerb den Antrag betreffs Erhöhung der Zahl der Gemeindevorsteher von 9 auf 12 und die der Schöffen von 2 auf 3 genehmigt hat. Dieser Antrag wurde seinerzeit vom Genossen Schauer gestellt und einstimmig angenommen. Die Abstimmung über den Gesamtetat findet erst nach der Auslegungsfreistatt. Der Gemeindevertretung hat ein Projekt der Eisenbahndirektion betreffs Bahnhofsumbau vorgelegen. Nach diesem letzten Plane bleibt der Bahnhof ungefähr an der jetzigen Stelle, nur daß er einige Meter höhergelegt wird. Die Arbeiten, besonders die der Erdarbeiten, des Wasserwerks haben sich stark verzögert, doch hofft man das Werk zum 1. Juli d. J. soweit fertig zu haben, daß an die Anlieger Wasser abgegeben werden kann.

Röntgental (bei Jepernitz).

Infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Schulz zum Gemeindevorsteher macht sich eine Neuwahl in der dritten Abteilung notwendig. Dieselbe ist zu Mittwoch, den 24. März, nachmittags 2—4 Uhr anberaumt. Als Kandidat für die Sozialdemokratie ist der Genosse Franz Schulz wieder aufgestellt worden. Parteigenossen! Nutzt diese kurze Zeit zu intensiver Agitation für die Wahl des Genossen Schulz aus.

Spandau.

In der öffentlichen Versammlung, welche zur Erinnerung an den 18. März am Donnerstagabend im Lokal des Genossen Wöhle in der Havelstraße abgehalten wurde, referierte Genosse B e r m u t h Berlin. In der Diskussion brachte der Genosse R i h m a n n folgenden Vorkommnis zur Sprache: Am 17. März, abends, hatten mehrere in Berlin wohnende Arbeiter einer hiesigen Fabrik einen Kranz mit roter Schleife, den sie hier hatten anfertigen lassen, nach dem Bahnhof getragen, um denselben mit nach Berlin zu nehmen für den 18. März. Da zu dieser Zeit auch viele Arbeiter von

Berlin kommen, so erregten die Leute mit ihrem Kranz Aufsehen und die hiesige Polizei schritt ein; sie brachte die Kranzträger nach der Polizeiwache, wo sie 2 Stunden festgehalten wurden und dann, nachdem die Schleife vom Kranz entfernt, wieder gehen konnten. Genosse B i e p e r wies auf die drohende Tabaksteuer hin und ersuchte um Annahme der vorgelegten Resolution. Er erzählte auch, daß er an den Reichstagsabgeordneten Pauli-Potsdam einen Brief geschrieben, worin er angefragt, wie dieser sich zu der Steuer stelle. Abg. Pauli habe geantwortet, er trete für die Steuer ein. Genosse S e i o r wies zum Schluß noch auf die am Sonntag, den 21. März, beginnende Agitation für den „Vorwärts“ hin und ermahnte die Genossen, sich rege daran zu beteiligen. Er forderte ferner zum Beitritt in die politische Partei auf.

Potsdam.

Nicht gerade idyllische Zustände scheinen in dem benachbarten Dornstedt zu herrschen. Seit Jahren führt dort die Witwe M. einen schweren Kampf um Ehre und Existenz. Troßdem ihr von ihrem Arbeitgeber jederzeit das Zeugnis einer gewissenhaften und fleißigen Frau ausgestellt wurde, wurde ihr eine zuerkannte Unterstützung genotwendig. Ebenso entlieh man sie an drei verschiedenen Arbeitsstellen. Erst bei der letzten gelang es ihr, den wahren Grund der Entlassung zu erfahren. Der Ortspfarrer Simon hatte an den Kommandeur der Leib-Gendarmarie, bei der sie als Kochfrau beschäftigt war, einen Brief geschrieben, nach welchem sie mit Bezug auf ihren früheren Lebenswandel (vor circa 10 bis 15 Jahren!) nicht würdig sein sollte, in königlichen Diensten zu stehen. Dieser Brief bildete nun die Grundlage einer Klage wegen Verleumdung und Beleidigung, die vor dem Potsdamer Landgericht in der Berufungsinstanz verhandelt wurde. Der Angeklagte konnte den Wahrheitsbeweis nicht führen, auch die Zeugen, die Amtsbrüder Oberpfarrer Köller aus Kowatow und Pastor Ahlisch, konnten positive Beweise nicht vorbringen, sondern machten nur Mitteilung von dem, was sie hier und da gehört hatten. Troßdem der Angeklagte sich durch seine Amtspflichten zu rechtfertigen versuchte, wurde er am Schluß der Verhandlung, die teilweise unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, der Beleidigung für schuldig befunden und unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu — 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tage Haft verurteilt.

Stadtverordnetenversammlung. Nach Beledigung einiger Spezial-etats wurde der Gesamtetat in Einnahme und Ausgabe auf 5 681 610,41 M. festgesetzt. Zur Erhebung kommen 110 Proz. der Einkommensteuer (742 000 M.), 135 Proz. Gewerbe- und Vertriebssteuer und 3 Promille Grundversteuere bei einer Schätzung des Grundwertes von rund 160 Mill. M. Bei der Grundversteuer kam es zu einer Hausbesitzerdebatte, deren Vertreter, die Stadtdv. Herrmann, Winkler und Bernhardt, nur 2/3 oder sogar 2 Promille festsetzen wollten. Dabei ist die Steuer so veranlagt, daß alle reinen Mietshäuser nicht höher belastet werden wie früher, sondern nur die Häuser mit Läden und Gewerbebetriebe, die früher nur die Hälfte der Gebäudesteuer zahlten, die Grundstücke mit großen Gärten und die unbauten Grundstücke. Der Vorschlag der Haus- und Grundbesitzer, den Ausfall bei einer Festsetzung von 2/3 Promille aus der Einkommensteuer herauszuholen, wurde vom Bürgermeister Rodig als unannehmbar erklärt mit Rücksicht auf die im nächsten Jahre ausfallenden circa 400 000 M. der Fleisch- und Schlachtsteuer. Da die Annahme der Vorlage sehr fraglich schien, mußte sich die Versammlung vom Oberbürgermeister Wörsberg ihre Fürsichtigkeit bezw. Unsicherheit vorbehalten lassen. Er tat es diesmal in auffallend scharfer Weise. Die Ausführungen sind aber bezeichnend für den Geist der rein bürgerlichen Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten vertreten nur einen gewissen Interessentenkreis. Danach wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen. — An Abgaben kommen ein: Schlachtsteuer 395 000 M., Grund- und Gebäudesteuer 28 000 M., Biersteuer 88 000 M., Hundsteuer 25 500 M., Unfallsteuer 60 000 M., Luftschadstoffsteuer 14 994 M. und aus der Rechtigkeitssteuer — 8 M. — Für Ausbaggerung des Stadtkanals wurde die Hälfte der Kosten bewilligt. Magistrat und Versammlung hand aber auf dem Standpunkt, daß die Unterhaltung des Kanals als öffentliche Wasserstraße allein Pflicht der Regierung sei. — Die Mehrausgaben für Lehrer beschäftigten schon jetzt die Versammlung. Den Stadtdv. Oberlehrer Stell und Lehrer Kiese waren die Etsbansätze für die Aufbesserungen zu niedrig. Sie wurden aber auf spätere Zeit vertröstet.

Eingegangene Druckschriften.

Nummer 7 des „Süddeutschen Postillon“ (Verlag M. Ernst, München) ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der jüdische Junge (Bild), Balleoallianco oder: Zum schönen Bündnis (Bild), Die unverständliche Strafprozessordnung (Bild), Konterpoint und Freiheit (Bild), Internationale Arbeitergesellschaft (Bild), Allgemeine Sommerferien (Bild), Europäische Einheit (Reisebild), Was in der Welt vorgeht, Wadlüber, Die Steuerreform, Gerichte, Strafe, Worte und Taten, Gute Nachrichten, Bayerische Schulhilfe, außerdem eine große Anzahl kleinerer gut gewählter Beiträge. Die Nummer kostet 10 Pf. und ist überall erhältlich.

Wöchentlich Marktbericht der süddeutschen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Futur stark, Geschäft ruhig, Preise für Rindfleisch unverändert, sonst nachgebend. Wild: Futur knapp, Geschäft ruhig, Preise fast unverändert. Gellügel: Futur genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Futur gering, Geschäft ruhig, Preise im allgemeinen befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 22. März 1909, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C	Station	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C
Strombe.	756	SE	2	bedeckt	3	Dapartanda	761	SE	1	bedeckt	4
Damburg	753	DE	3	halb bed.	3	Petersburg	765	9	1	bedeckt	4
Berlin	756	SE	2	Regen	4	Scilly	763	SE	4	bedeckt	9
Frankf.a.M.	757	SE	3	halb bed.	7	Aberdeen	764	SE	1	bedeckt	4
Hannover	760	SE	3	wolfig	4	Paris	756	SE	2	bedeckt	7
Wien	761	SE	1	bedeckt	4						

Weiterprognose für Dienstag, den 23. März 1909. Gemäßig, teilweise anklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Sunlicht Seife

hat einen märchenhaften Umsatz. 20 Millionen Stück ist der Wochenverbrauch. Über die ganze Erde ist Sunlicht-Seife verbreitet. Dieser enorme Consum ist aber das beste Zeugnis, welches diesem hervorragenden Fabrikat ausgestellt werden kann, das überall in stets gleichbleibender Güte zu haben ist!



